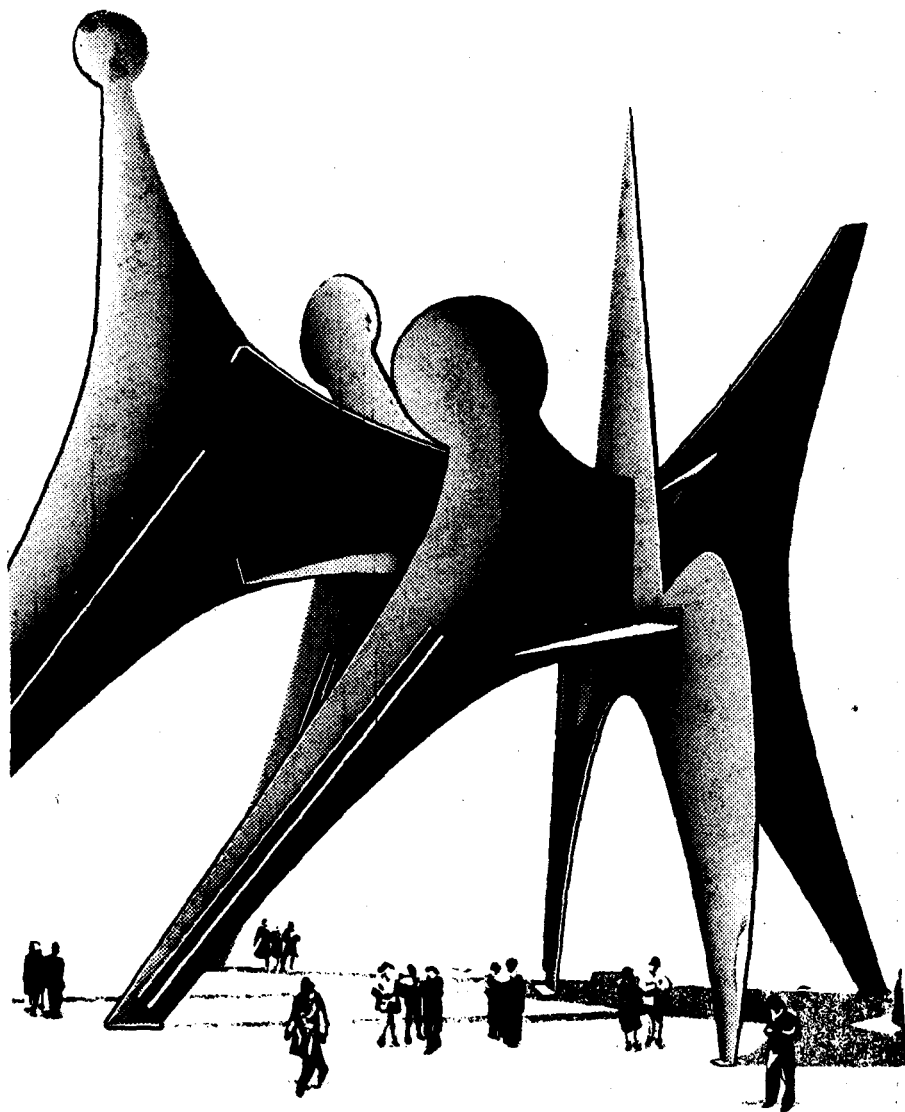


Der Mensch und seine Welt



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

22. Jahrgang / Heft 7/8

Juli-August 1967

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Materialien der

10. Tagung

Aus dem Referat
Max Reimanns . . . 2

Aus dem Bericht
des Politbüros an
die 10. Tagung . . . 16

Gemeinsame

Aktionen für ge-
meinsame Inter-
essen 30

Für Frieden und Sicherheit in

Europa 34

Zur Gewerkschafts- politik in der

neuen wirtschaft-
lichen Lage 38

Die Große Sozia- listische Oktober- revolution 42

Die KPD stellt zur Diskussion

Wie arbeiten wir
überzeugend mit
den Erfolgen
der DDR? 46

Bündnispolitik für
Demokratie, gegen
Kultur- und
Pressemonopole . . 47

Junge Genossen fra- gen — Wissen und Tat antwortet . . . 49

Berichte, Doku- mente, Tatsachen . 52

Tatsachen aus der DDR . . . 54

Für den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte zur Verhinderung der Notstandsdictatur — für Demokratie, Frieden und europäische Sicherheit

Aus dem Referat des 1. Sekretärs des ZK der KPD, Genossen Max Reimann, vor der 10. Tagung des ZK

Ich möchte im Referat im wesentlichen auf vier Hauptprobleme eingehen: 1. die Verschärfung der internationalen Lage durch die imperialistischen Aggressionen und die daraus erwachsenden Aufgaben für die friedliebenden Kräfte; 2. den Kampf gegen die Notstandsgesetze als die ernsteste und akuteste Gefahr in der innenpolitischen Entwicklung; 3. auf die Lage in der SPD und die Entwicklung in der Arbeiterbewegung und unter den demokratischen Kräften; 4. auf einige Fragen im Kampf um die Legalität unserer Partei.

Wir sehen uns einer ersten Verschärfung der internationalen Lage gegenüber. Der Imperialismus verstärkt seine Anstrengungen, den Fortschritt der Menschheit aufzuhalten. Er ist zu gefährlichen Aggressionen übergegangen, denen die friedliebenden Kräfte der Welt in gemeinsamen Aktionen entgegenzutreten müssen. Als Gendarm des Weltimperialismus sind die herrschenden Kreise der USA bestrebt, sich überall in der Welt einzumischen, Verschwörungen und Kriege anzuzetteln, reaktionäre Regime zu stützen, den neokolonialistischen Druck zu verstärken. Die Zurückdrängung der antiimperialistischen Befreiungsbewegung, der progressiven Kräfte in der Welt — das ist das Ziel der Globalstrategie des USA-Imperialismus.

Auf dem Wege der offenen Aggression war der barbarische Krieg gegen das vietnamesische Volk der gefährlichste Schritt. Vor kurzem folgte der vom amerikanischen Geheimdienst angestiftete und nach dem präzisen Plan eines offiziellen NATO-Dokuments durchgeführte Putsch der monarcho-faschistischen Militärclique in Griechenland. Und jetzt erleben wir die seit langer Zeit vorbereitete, vom USA-Imperialismus direkt und indirekt unterstützte Aggression der herrschenden Kreise Israels gegen die arabischen Völker.

Die reaktionären großkapitalistischen und militaristischen Kreise der Bundesrepublik betätigen sich überall als die Helfer und Komplizen des USA-

Imperialismus, als wütende Feinde des antiimperialistischen Befreiungskampfes der Völker. Die Kiesinger-Regierung unterstützt den verbrecherischen Krieg gegen das vietnamesische Volk materiell und politisch und solidarisiert sich mit den unmenschlichen Bombenangriffen auf die nordvietnamesische Bevölkerung. Durch militärische und wirtschaftliche Hilfe stützt sie die monarcho-faschistischen Putschisten in Griechenland, die rassistischen Regime in Südafrika und Rhodesien, den portugiesischen Kolonialkrieg gegen Angola, volksfeindliche Marionettenregime in aller Welt.

Worum geht es bei der Aggression im Nahen Osten?

Das führende Blatt des amerikanischen Monopolkapitals, die „New York Times“, schrieb am 31. Mai, fünf Tage vor dem Überfall Israels auf Ägypten: „Der Nahe Osten stellt die Drehscheibe zwischen Asien und Europa dar... Die USA haben dort seit dem Ende des zweiten Weltkrieges den Platz Frankreichs und Großbritanniens eingenommen, und das Gebiet ist für sie jetzt von erstrangiger strategischer Bedeutung... Im Persischen Golf werden 27 Prozent des Erdöls gewonnen und dort liegen 60 Prozent der Erdölreserven. Amerikanische Firmen haben in dieser Region mehr als zwei Milliarden 500 Millionen Dollar investiert.“

Man muß der „New York Times“ dankbar sein für diese Offenheit. Hier sind die wahren Interessen aufgedeckt — die Milliardenprofite der amerikanischen und britischen Ölmonopole —, die der Aggression der herrschenden Kreise Israels zugrundeliegen. Die Imperialisten fürchten, daß die fortschrittlichen Kräfte in solchen Ländern wie Ägypten, Syrien, Irak, Algerien, die ihre Staaten auf einen nichtkapitalistischen Weg der Entwicklung führen und die Fesseln der wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit vom Imperialismus und von den ausländischen Ölkonzernen sprengen wollen, immer mehr auch die anderen Länder des Nahen Ostens beeinflussen und von der Richtigkeit ihres Weges überzeugen werden. Das aber wäre das Ende des imperialistischen Einflusses und der märchenhaften Profite der Ölgesellschaften im Nahen Osten.

In diese Linie gehören auch die Waffenlieferungen an Israel.

Überall, wo es gegen die Völker geht, gegen ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit, gegen ihren sozialen Fortschritt — da ist Bonn mit von der Partie. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik suchen überall Spannungen und Konflikte zu schüren, weil sie sich davon Nahrung für ihren eigenen friedensfeindlichen Kurs versprechen. Deshalb unterstützen sie auch im Nahen Osten den USA-Imperialismus und die ihm dienenden herrschenden Kreise Israels.

Seit langem haben zunächst die britischen und später die USA-Imperialisten Araber und die jüdische Bevölkerung Israels gegeneinander ausgespielt. Dadurch, daß die reaktionären und chauvinistischen regierenden Kreise Israels ihr Land seit Jahren als Werkzeug des amerikanischen Imperialismus und als Speerspitze gegen die arabische Freiheitsbewegung mißbrauchen lassen — durch ihre Aggression von 1956, durch die Vertreibung von mehr als einer Million palästinensischer Araber, durch den Kurs der Feindschaft gegen die arabischen Völker — haben die herrschenden Kreise Israels eine schwere Schuld gegenüber den Arabern und nicht zuletzt gegenüber der jüdischen Bevölkerung selbst auf sich geladen.

Wie im Jahre 1956 handelt es sich auch diesmal um eine offene Aggression der israelischen Militärclique unter direkter Verletzung aller völkerrechtlichen Verträge und Normen. Das muß der Hitlersche Generalstabsoffizier und Militärexperte der „Frankfurter Allgemeinen“, Weinstein, der den Blitzkrieg Israels feiert, auch ganz offen zugeben. Die Schuld der reaktionären Machthaber in Israel ist um so gravierender, als die arabische Seite ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt hatte. Noch in der Woche vor der israelischen Aggression hatte die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik vorgeschlagen, die ägyptisch-israelische Waffenstillstandskommission einzuberufen.

Wenn Leute wie der KZ-Baumeister Lübke, der nazistische Diplomat Kiesinger und die Hitlergenerale und -offiziere, deren militärische Eroberungszüge gegen ganz Europa erst die Voraussetzung schufen zur Ausrottung von Millionen europäischer Juden, wenn die Springerpresse mit solchen antisemitischen Hetzschreibern wie Starke, Fried und Mohler sich plötzlich als Freunde des jüdischen Volkes aufspielen, dann sollte dies alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in unserem Lande hellhörig machen. Es ist pure Heuchelei, wenn dieselben Kräfte, die Rassenhetze und Antisemitismus dulden, der neonazistischen NPD und der „National- und Soldatenzeitung“ mit Wohlwollen gegenüberstehen und die auf dem CDU-Parteitag sogar der NPD ihre ehrlichen Absichten bescheinigen, heute die DDR des Antisemitismus beschuldigen. In der DDR wurden Nazismus, Rassismus und Chauvinismus mit den Wurzeln ausgemerzt. Die DDR, die überall den Imperialismus und Neokolonialismus bekämpft, steht fest an der Seite des ant imperialistischen Befreiungskampfes der arabischen Völker.

Schon fordern der israelische Ministerpräsident Eschkol und der Kriegsmminister Dayan, daß Israel die eroberten Gebiete für immer an sich reißen soll. Das würde heißen, daß der Aggressor für den Kriegsüberfall, der gegen alle völkerrechtlichen Bestimmungen verstößt, auch noch belohnt wird.

Die entspannungsfeindliche Politik der Kiesinger-Regierung

Die Kiesinger-Regierung ist bemüht, durch ihre entspannungsfeindliche und friedensgefährdende Politik auch in Europa die Spannungen zu erhöhen. Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges und der bestehenden Grenzen in Europa, Alleinvertretungsanspruch, Vormachtstreben in Westeuropa, das sind die erklärten Ziele auch der neuen Regierung. Auf dem Parteitag der CDU in Braunschweig bekräftigte Kiesinger diesen Kurs mit den Worten: „Man verlangt von uns die Hinnahme und die rechtliche Bestätigung des Status quo . . . Das wird man uns nicht abzwängen, nicht auf einmal und nicht in Stückchen.“

Gemeinsam mit den Friedenskräften in aller Welt sollten sich die friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik dafür einsetzen, daß Israel die Truppen hinter die eigenen Grenzen und hinter die Linien zurückzieht, die sie vor Beginn der Kriegshandlungen einnahm.

Trotz des wiederholten Appells des UNO-Sicherheitsrates haben die israelischen Aggressoren die Kriegshandlungen gegen die arabischen Völker nicht eingestellt. Das verschärft die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des Konflikts. Die Führungen der Kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder und ihre Regierungen haben in ihrer Erklärung vom 9. Juni eine ernste Warnung an den Aggressor und seine imperialistischen Hintermänner gerichtet und die unverbrüchliche Solidarität der sozialistischen Länder mit den um ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfenden arabischen Völkern bekräftigt.

Es liegt nicht zuletzt auch im Interesse des jüdischen Volkes, daß Israel aufhört, sich als Werkzeug imperialistischer Ölinteressen gegen die arabischen Völker und ihre Freiheit mißbrauchen zu lassen, daß es sich zu einer Politik der Neutralität, der Aussöhnung und Zusammenarbeit mit den arabischen Nachbarvölkern bereitfindet. Denn nur so kann der Friede in diesem Teil der Welt und auch die Zukunft der jüdischen Bevölkerung Israels gesichert werden.

Die Kiesinger-Regierung weigert sich, die DDR anzuerkennen und normale staatliche Beziehungen zu ihr herzustellen. Da sie aber gegenwärtig keine Möglichkeit sieht, die DDR mit militärischer Gewalt zu beseitigen, ist sie bestrebt, die DDR zu isolieren und von innen auszuhöhlen. Dieser Kurs ist ebenso aussichtslos wie der Adenauers und Erhards.

Die Entwicklung hat bereits eindeutig bewiesen, daß damit keine Erfolge zu erringen sind. Wenn die Regierung gehofft hatte, mit der Offensive des Lächelns und ihrer sogenannten neuen Ostpolitik die europäischen Völker über ihre wahren Absichten täuschen

und die DDR von ihren Verbündeten trennen zu können, so hat sich das als Fehlspekulation erwiesen. Schon heute kann man sagen, die sogenannte neue Ost- und Deutschlandpolitik der Kiesinger-Regierung ist gescheitert, bevor sie richtig begonnen hatte. Sie mußte scheitern, weil die Regierung Kiesinger nach wie vor nicht bereit ist, das politische und militärische Kräfteverhältnis richtig einzuschätzen und unveränderliche Realitäten zu akzeptieren.

Die Antwort der sozialistischen Länder war ebenso massiv wie unmißverständlich. Die Freundschafts- und Beistandsverträge, die die DDR mit Polen, der CSSR und Ungarn abschloß, haben gezeigt, daß kein noch so geschicktes Manöver in der Lage ist, die sozialistischen Länder gegeneinander und gegen die Sowjetunion auszuspielen. **Auf dem VII. Parteitag der SED wurde die unverbrüchliche Solidarität der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien in aller Welt mit**

dem ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat durch die Repräsentanten von mehr als 60 Bruderparteien bekräftigt.

Der VII. Parteitag der SED war Ausdruck der außerordentlich gewachsenen wirtschaftlichen und politischen Kraft wie des internationalen Ansehens der DDR. Er zeigte, wozu die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk fähig sind, wenn sie das Großkapital entmachten und ihre Geschichte selbst gestalten. Von größter Bedeutung für die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik sind die auf dem VII. Parteitag entwickelten Vorschläge der DDR für die Friedenssicherung auf deutschem Boden, für normale staatliche Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik und für ihr friedliches Nebeneinanderleben. Im Bericht des Politbüros ist eine ausführliche Einschätzung der Bedeutung des VII. Parteitages der SED auch für unseren Kampf gegeben worden.

Konferenz von Karlovy Vary — Programm für die friedliche Zusammenarbeit

Von großer Bedeutung im Kampf der europäischen Völker für Frieden und Sicherheit, gegen die aggressiven Bestrebungen der herrschenden imperialistischen Kreise in der Bundesrepublik ist die Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien in **Karlovy Vary**. Auf dieser Konferenz wurde eine präzise Einschätzung der internationalen Lage, der vom amerikanischen Imperialismus und seinen westdeutschen Verbündeten ausgehenden Gefahren gegeben und ein konstruktives realistisches Aktionsprogramm für die friedliche Zusammenarbeit aller europäischen Völker und die Bildung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa ausgearbeitet. Die darin vorgeschlagenen Schritte besitzen besonders große Bedeutung für unsere Bevölkerung. Denn die Politik der herrschenden Kreise erhöht die Spannungen und die Kriegsgefahr. Ihre aggressiven Ansprüche und Ziele, die bedingungslose Unterstützung des USA-Imperialismus gefährden die Sicherheit unseres Landes und drohen die Bundesrepublik in

Abenteuer zu verstricken, die nichts mit deutschen Interessen zu tun haben.

Unser Volk kann nur durch friedliche Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn in West und Ost, im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems und durch Anerkennung der staatlichen und territorialen Gegebenheiten wie der bestehenden Grenzen dauerhaften Frieden und Sicherheit für sich selbst gewinnen. Ein solches europäisches Sicherheitssystem unter gleichberechtigter Teilnahme beider deutscher Staaten würde zugleich ein günstiges Klima schaffen für die Annäherung und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Wir sollten überall dahin wirken, daß in den Gewerkschaften, in der Arbeiterklasse, in den Friedensorganisationen, unter der Jugend und den Geistes-schaffenden die Idee der europäischen Sicherheit und die Vorschläge von Karlovy Vary diskutiert und daß das Ringen um europäische Sicherheit zu einem der Hauptziele der Friedensbestrebungen in unserem Lande werden.

Ergebnisse der Aussprache zwischen der KPD und der KPdSU

Ein hervorragendes Ereignis für unsere Partei und für die fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik im Kampf um Frieden und europäische Sicherheit war die Begegnung einer Delegation unseres Zentralkomitees mit einer Delegation des Zentralkomitees der KPdSU unter Leitung ihres Generalsekretärs, Genossen Leonid Iljitsch Breschnew. Diese Begegnung verlief in einer äußerst kameradschaftlichen und herzlichen Atmosphäre und brachte die volle Einmütigkeit unserer beiden Parteien in allen uns gemeinsam berührenden Fragen zum Ausdruck. Unsere beiden Parteien stimmen völlig überein in der Beurteilung der nach wie vor aggressiven und entspannungsfeindlichen außenpolitischen Ziele der Kiesinger-Regierung. Von größter Bedeutung für alle friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik ist die im Kommuniqué der Beratung bekräftigte Feststellung der KPdSU, daß die Sowjetunion eine Verbesserung der Beziehungen mit der Bundesrepublik wünscht. Das aber verlangt, daß die regierenden Kreise durch praktische Schritte beweisen, daß sie bereit sind, die im Ergebnis des 2. Weltkrieges entstandenen Realitäten und Grenzen anzuerkennen und den Drang nach Atomwaffen aufzugeben. Das Ringen der friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik um eine realistische Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion findet bei den Völkern der Sowjetunion großes Verständnis.

Wir sind den Genossen der KPdSU zu größtem Dank verpflichtet für die allseitige und wirksame Unterstützung, die sie dem Kampf unserer Partei für

die Wiederherstellung ihrer vollen legalen Rechte gewährt. Gemeinsam mit der KPdSU und der großen Mehrheit der Bruderparteien sind wir der Meinung, daß nunmehr günstige Voraussetzungen bestehen, um eine internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vorzubereiten.

Die Gemeinsamkeit unserer Bestrebungen, die historischen Erfolge der Sowjetunion im 50. Jahr der Oktoberrevolution auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Aufbaus, der Wissenschaft und Technik sind ein starker Kraftquell für alle unsere Genossen und für eine wachsende Zahl progressiver Menschen in unserem Land. Wir sind überzeugt davon, daß auch die Regierung und die herrschenden Kreise die Bedeutung dieser Beratung unserer Delegation mit der führenden Partei der Weltmacht Sowjetunion richtig einzuschätzen wissen.

Der Stärkung der brüderlichen Beziehungen und unseres gemeinsamen Kampfes diene auch die Begegnung zwischen einer Delegation des Zentralkomitees unserer Partei mit einer Delegation des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei unter der Leitung seines 1. Sekretärs Todor Shiwkow in Sofia. Auch in dieser Begegnung kam die volle Übereinstimmung unserer beiden Parteien zu allen Fragen der internationalen Lage und des Kampfes gegen die aggressive Politik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik, für die Sicherung des Friedens und die Schaffung eines Sicherheitssystems in Europa zum Ausdruck.

Unser Appell für eine echte Friedenspolitik

Kiesinger und Brandt reden viel von ihrem Wunsch nach einer „europäischen Friedensordnung“. Aber eine europäische Friedensordnung ist unvereinbar mit dem von der Regierung verkündeten Streben, den territorialen Status quo in Europa zu ändern. Eine Regierung, die sich weigert, die bestehenden Realitäten und Grenzen anzuerkennen, die an der Alleinvertragsanmaßung festhält und die Revision der Oder-Neiße-Grenze ver-

langt, stellt **aggressive, kriegerische Forderungen**, auch wenn sie noch so viel von Entspannung redet. Wenn diese Regierung sich obendrein verbissen gegen einen Atomwaffensperrvertrag wehrt und ihren für die Rüstung zuständigen Minister verkünden läßt, die Bundeswehr könne auf die „nukleare Komponente“ nicht verzichten, dann muß das nicht nur bei unseren Nachbarn in Ost und West, sondern auch bei allen friedwilligen

Menschen in der Bundesrepublik größtes Mißtrauen hervorrufen. Die Ernennung des Scharfmachers von Guttenberg zur rechten Hand des Kanzlers ist ein weiteres untrügliches Zeichen für die wahren Absichten dieser Regierung. Denn von Guttenberg ist neben Strauß seit langem der wütendste Verfechter sowohl der „europäischen“ Atommacht als auch des anti-kommunistischen Kreuzzuges zur „Befreiung“ der sozialistischen Länder.

Die Friedenskräfte in unserem Lande können und dürfen nicht zulassen, daß das Volk durch billige Phrasen über den wahren friedensgefährdenden Charakter der Außenpolitik der Regierung Kiesinger/Strauß getäuscht wird. Die verstärkte wirksame Aufklärung in allen Bevölkerungsschichten ist notwendig, um dem Ringen für eine echte Friedens- und Entspannungspolitik, um der Bewegung der Atomwaffengegner und dem gesamten Friedenskampf in der Bundesrepublik eine noch breitere und tiefere Resonanz zu geben. Getreu den großen antimilitaristischen Traditionen unserer Partei und unserer Vorkämpfer Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann kämpfen wir Kommunisten in diesen Bewegungen und Aktionen überall in den vordersten Reihen.

Der Kern der deutschen Frage

Die Regierung und insbesondere ihr Minister Herbert Wehner beteuern, sie wollten ein neues Verhältnis zur DDR herstellen. Das Kabinett beriet wochenlang darüber, ob und wie man auf den Brief des DDR-Ministerpräsidenten Stoph antworten soll. Die Antwort der Regierung zeigt, daß sie noch immer nicht bereit ist, die Voraussetzungen für normale Beziehungen, nämlich die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, zu schaffen. Bonn und die von ihm gesteuerten Meinungsmaschinen erklären, die DDR stelle unannehmbare Vorbedingungen und Maximalforderungen. Damit aber demaskieren sie sich selbst und zeigen, daß es ihnen nicht ernsthaft um normale Beziehungen und Entspannung geht.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt nichts vor, was sie nicht selbst zu tun bereit ist. Sie beansprucht keinerlei Vorrechte, keine Sonderstellung. Sie will nur die

Von dieser Tagung des Zentralkomitees wendet sich unsere Partei an alle Sozialdemokraten und Gewerkschafter, an die friedliebenden Menschen aller Richtungen mit dem Appell:

Vereinen wir unsere Bemühungen für die Durchsetzung einer echten Friedenspolitik in unserem Lande! Treten wir gemeinsam ein

- für die Unterzeichnung eines Atomwaffensperrvertrages;
- für die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs und die Herstellung korrekter staatlicher Beziehungen zur DDR;
- für die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa;
- für den Verzicht auf Atomwaffen in jeder Form und die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der auch beide deutschen Staaten angehören;
- für ein kollektives europäisches Sicherheitssystem unter gleichberechtigter Teilnahme der beiden deutschen Staaten;
- für die Einstellung jeder Unterstützung der USA-Aggression gegen Vietnam!

im Verkehr zivilisierter Staaten üblichen völkerrechtlichen Grundsätze in den Beziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR verwirklichen. Sie will die gegenseitige Respektierung der Gleichberechtigung und Souveränität, die Anerkennung der bestehenden Grenzen, Atomverzicht, vereinbarte Abrüstungsschritte. Das ist friedlich, vernünftig und durchaus realisierbar. Unannehmbar ist es nur für den, der den aggressiven Rüstungskurs und den Alleinvertretungsanspruch nicht aufgeben, der letzten Endes auf die Annexion der DDR nicht verzichten will.

Es ist Bonn, das unannehmbare Vorbedingungen stellt. Denn der Alleinvertretungsanspruch ist absolut unannehmbar, bedeutet er doch, daß die Bundesregierung sich nach wie vor anmaßt, das ganze deutsche Volk in den Grenzen von 1937 zu repräsentieren; daß sie nach wie vor die DDR

als ein ihr „unrechtmäßig“ vorenthaltenes Territorium ansieht, gegen das man jederzeit und mit allen Mitteln vorgehen kann. Solange Bonn diese Haltung nicht aufgibt, kann alles Gerede über „menschliche Erleichterungen“ nur als heuchlerische Ausflucht gewertet werden.

Im Kern der Dinge geht es um die **Friedenssicherung** für das ganze deutsche Volk. Diese Friedenssicherung verlangt die restlose Aufgabe des interventionistischen und kriegerischen Alleinvertretungsanspruchs, sie

verlangt korrekte und normale Beziehungen zur DDR und gemeinsame Abrüstungsvereinbarungen. Alle realistisch denkenden, friedliebenden Bürger der Bundesrepublik sollten sich dafür einsetzen, daß die im Brief des Ministerpräsidenten Stoph enthaltenen Vorschläge der DDR positiv beantwortet werden. Das liegt im Interesse des ganzen deutschen Volkes. Es ist der einzige Weg zu einem friedlichen Neben- und Miteinander der beiden deutschen Staaten, zur Annäherung und Zusammenarbeit auf allen Gebieten.

Notstandsgesetze — akuteste Gefahr der innenpolitischen Entwicklung

Zur Absicherung ihres Revanchekurses und der Kriegsvorbereitungen entwickeln die Herren des Großkapitals und ihre Kiesinger-Regierung ein raffiniert aufeinander abgestimmtes System ökonomischer, politischer, ideologischer Maßnahmen. Sie alle zielen darauf ab, die inneren und äußeren Schwierigkeiten zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, durch Abbau der Demokratie zu überwinden. Das Kernstück dieser ihrer Maßnahmen ist die Notstandsgesetzgebung, deren erste Lesung am 28. Juni im Bundestag stattfinden soll.

Warum — so stellt sich die Frage — hat es die Regierung mit den Notstandsgesetzen so eilig? Die Kampfaktionen der Arbeiter, der Streik bei Hanomag, die Demonstration der Oberhausener Kumpel gegen die Zechenstillegungen und die breite Beteiligung der Bevölkerung an diesem Protest, die Aktivitäten der Atomwaffen- und Notstandsgegner, die Tarifikündigungen der Gewerkschaften und die für Freiheit demonstrierenden Jugendlichen und Studenten zeigen die wachsenden inneren Schwierigkeiten, vor die sich das Monopolkapital gestellt sieht, und machen zugleich deutlich, daß die Widersprüche zwischen ihm und dem Volk zunehmen.

Die Notstandsgesetzgebung ist gegenwärtig die akuteste und größte Gefahr, die alle friedliebenden und demokratischen Kräfte unseres Volkes bedroht. Damit wollen die aggressiven Kreise der Hochfinanz und ihre Kiesinger-Regierung das gesamte

Leben der Bundesrepublik militarisieren, die demokratischen Rechte beseitigen, das Parlament ausschalten, die Rechte der Länder und Gemeinden aufheben, die Gewerkschaften fesseln und den Einsatz von Bundeswehr und Grenzschutz gegen das Volk legalisieren. Die Notstandsverfassung soll die Regierung zu Zwangsmaßnahmen ermächtigen, die das Eigentum und die Freiheit jedes einzelnen Bürgers behrühren.

Was die Notstandsgesetze bezwecken, wurde in diesen Tagen schlagartig beleuchtet, als der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß der Notstand in Konzernbetrieben bereits durch die Bildung bewaffneter Werkschutz- und Werkselebstschutzgruppen geprobt wird. Diese bewaffneten Gruppen, die den Weisungen der Unternehmer und des Innenministeriums unterstehen, sind nichts anderes, als ein Instrument des in der Bundesrepublik herrschenden Großkapitals gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften. Sie haben die Aufgabe, Streiks der Arbeiter und heranreifende soziale und politische Auseinandersetzungen niederzuhalten. Sie sollen den Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer sichern. So erweisen sich die Notstandsgesetze schon jetzt als Instrument des Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse.

Die Öffentlichkeit unseres Landes mußte erleben, wie die Bundesregierung den Besuch des persischen Schahs zum Anlaß nahm, die Notstandsgesetzgebung in Aktion zu praktizieren. Unter dem Vorwand von Sicherheitsvorkehrungen wurde über

ganze Stadtteile der Ausnahmezustand verhängt, Straßen wurden geräumt, Autobahnstrecken gesperrt, Fenster und Türen mußten geschlossen bleiben. Persische Studenten, von denen bekannt war, daß sie für Freiheit und Demokratie in ihrem Lande kämpfen, wurden in Sicherheitsverwahrung genommen bzw. aus der Stadt ausgewiesen. Wohin das führt, wurde in dem brutalen Einsatz gegen demonstrierende Demokraten und in der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg in Westberlin ersichtlich. So skrupellos, wie die herrschenden Kreise während des Schahbesuchs auf Studenten schießen ließen, werden sie auch auf streikende, um ihre Rechte kämpfende Arbeiter schießen lassen. Der Mord an dem Studenten Ohnesorg hat gezeigt, was die Notstandsgesetze bringen würden. Sie wären ein Instrument des

Terrors und der Unterdrückung in den Händen der militaristischen Reaktion gegen jede freiheitliche Regung des Volkes.

Im Kampfe gegen die Notstandsgesetze geht es um die Verteidigung der elementaren demokratischen Grundrechte und Freiheiten, um die Verhinderung eines autoritären Militärstaates. Es geht darum, in der Bundesrepublik eine Entwicklung unmöglich zu machen, die der parlamentarischen Demokratie in Griechenland zum Verhängnis wurde. Dort bestätigte sich abermals eine Erfahrung, die die demokratischen Kräfte in Deutschland 1933 teuer bezahlen mußten. **Stets kommt die Gefahr für die Demokratie von rechts, und gegen diesen Feind hilft nur die gemeinsame Front der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte.**

Wurden die Giftzähne gezogen?

Die SPD-Minister führen die Mitglieder und Wähler der SPD bewußt irre, wenn sie behaupten, in dem nun vorliegenden Regierungsentwurf seien den Notstandsgesetzen die Giftzähne gezogen und die Bedingungen des Kölner SPD-Parteitagessien erfüllt. Der jetzige Entwurf enthält alle die alten antidemokratischen Bestimmungen, dieselben diktatorischen Vollmachten für die Regierung und das Militär. Er würde das Grundgesetz faktisch außer Kraft setzen. Beseitigung der demokratischen Bürgerrechte, Militarisierung des Arbeitslebens, Zwangsverpflichtung der Bürger von 18 bis 45 Jahren, Einschränkung des Koalitions- und Streikrechts, Einsatz von Militär gegen die Bevölkerung, unbegrenzte Vollmachten für die Regierung, den Spannungszustand und damit Kriegsrecht in Friedenszeiten zu proklamieren — das ist auch der Kern des neuen Entwurfs der sogenannten Notstandsverfassung. Mit dem sogenannten Stabilitätsgesetz sind bereits wesentliche Seiten der Notstandsdictatur vorweggenommen.

Mögen die sozialdemokratischen Genossen sich daran erinnern, daß im

März 1933 die bürgerlich-demokratischen Parteien im Reichstag für Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmten und damit politisch und moralisch Selbstmord begingen. Notstandsgesetze in den Händen von Strauß und Kiesinger, Höcherl, von Hassel und Guttenberg — das wäre auch der Selbstmord der SPD. Mögen aber auch die sozialdemokratischen Abgeordneten, die in dieser ernsten Lage eine große Verantwortung tragen, sich daran erinnern, daß es, solange Sozialdemokraten in einem deutschen Parlament sind, immer mutige Sozialisten gab, die den Diktatur- und Militarisierungsplänen der herrschenden Kreise widerstanden und gegen Kriegs- und Notstandsvollmachten ihre Stimme erhoben haben. Diese mutigen Sozialisten haben vor der Geschichte in Ehren bestanden.

Sozialdemokraten und Gewerkschafter, Liberale und Christen, alle, die wie wir Kommunisten eine Militärdiktatur nach griechischem Muster verhindern wollen, sollten sich jetzt im Widerstand gegen die drohenden Notstandsgesetze zusammenfinden.

Diese Gesetze dürfen nicht durchkommen!

Es ist sehr bedeutungsvoll, daß in den letzten Wochen und Monaten in Stellungnahmen und Beschlüssen örtlicher und betrieblicher Gremien, in

den Gewerkschaften, Jugendorganisationen und anderen Vereinigungen, auch der neue Regierungsentwurf eine Abfuhr erhielt, daß die Gewerkschaft-

ten an ihrem prinzipiellen Nein festhalten und sie ihre Bemühungen mit denen des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ vereinigen. Entscheidend aber ist die breiteste Aktivität in den Betrieben, in den Städten, Wohnbezirken und auf dem Lande, die gesteigerte Aufklärung, zu der Gewerkschaften, das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ und die „Kampagne für Abrüstung“ aufgerufen haben. Was not tut, sind die vielfältigsten und jeweils wirksamsten Formen des demokratischen Protestes und der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte.

Vor allem gilt es, die größten Anstrengungen zu unternehmen, um die Antinotstandsbeschlüsse der gewerkschaftlichen Organisationen und Betriebsbelegschaften, von Arbeiterjugend- und studentischen Organisationen in die Tat umzusetzen. Wir Kommunisten appellieren an alle Gewerkschafter, Sozialdemokraten, an die liberalen und christlichen Kräfte des Bürgertums: Stellen wir alles Trennende, alle Meinungsverschiedenheiten zurück. Handeln wir gemeinsam. Folgen wir dem Beispiel der demokratischen Kräfte in Frankreich in ihrem Widerstand gegen die Ermächtigungsgesetze des gaullistischen Regimes! Schließen wir uns zum machtvollen Protest gegen die am 28. Juni geplante Beratung der Notstandsgesetze im Bundestag zusammen. **Verhindern wir**

in vereinter Aktion aller Demokraten die drohende Notstandsdictatur!

Wir möchten auch hier namens des Zentralkomitees erklären: Wir Kommunisten stehen in der vordersten Front und an der Seite all derer, die Demokratie und Freiheit verteidigen. Wir haben unsere Solidarität mit der demonstrierenden Studentenschaft und unseren leidenschaftlichen Protest gegen die an Benno Ohnesorg begangene Bluttat bekundet.

Wir meinen, daß aus der Solidarität der Gewerkschaften mit den Studenten, aus dem engen Bündnis von Arbeiterschaft und Intelligenz, aus dem Bündnis aller demokratischen Kräfte, dessen Grundlagen in jüngster Zeit breiter geworden sind, die Kraft hervorgeht, die fähig ist, die Notstandsgesetze zu verhindern. Jetzt ist die Zeit, all unsere Kraft darauf zu konzentrieren, diese einheitliche demokratische Bewegung zu schaffen.

Im gemeinsamen Handeln aller demokratischen Kräfte wird es nicht nur möglich sein, die Notstandsgesetze zu verhindern, sondern auch die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten zu verteidigen und zu erweitern, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Gewerkschaften zu erringen, die Macht der Monopole zurückzudrängen und Schritt für Schritt den Einfluß der demokratischen Kräfte auf das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben zu verstärken.

Der sozialreaktionäre Kurs der Kiesinger-Regierung

Mit dem Ringen gegen die Notstandsgesetze und die Bonner Rüstungspolitik sind die Aufgaben unmittelbar verbunden, denen sich die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten auf sozialem Gebiet gegenübergestellt sehen. Rüstungspolitik und Notstandsgesetze sind Mittel der Monopolbourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft und zur Verwirklichung ihrer aggressiven Ziele und zugleich die entscheidende Ursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den Abbau des sozialen Lebensstandards. Der sozialreaktionäre Kurs der Regierung ist unmittelbarer Ausdruck und Folge der wahnwitzigen Rüstung. Der Sprecher der IG Metall auf der Be-

zirkskonferenz in Stuttgart hatte absolut recht, als er erklärte: „Man muß wählen zwischen Militärstaat und Wohlfahrtsstaat. Beides zugleich geht nicht.“

Während Rüstungs- und Notstandspolitik die Riesenprofite der Konzerne sichern sollen, bedeuten sie für die werktätigen Massen neue Belastungen. Die letzten Monate haben unsere Feststellung bestätigt, daß es gegenwärtig darauf ankommt, das zu verteidigen, was sich das arbeitende Volk in den Jahren der Konjunktur mit Hilfe der Gewerkschaften erkämpft hat. Die Erfahrungen zeigen, daß nichts gefährlicher ist für die Arbeiter, als das Stillhalten, das Hinnehmen des vom Konzernkapital und der ihm dienst-

baren Regierung gegenwärtig geführten Generalangriffs auf den Lebensstandard der arbeitenden Massen.

Der vorbildliche Kampf der Hanomag-Belegschaft und der Bergarbeiter von Oberhausen sind Beispiel dafür, wie die Arbeiterschaft, die Bauernschaft und alle übrigen werktätigen Schichten für die Durchsetzung ihrer Forderungen kämpfen sollten. Dieser Kampf beweist: nur im aktiven Ringen um die Sicherung des Arbeitsplatzes, im entschiedenen Widerstand gegen jeden Abbau betrieblich vereinbarter

Löhne und Sozialleistungen, gegen Änderungskündigungen und Rückstufung in niedrigere Lohngruppen können die Arbeiter und Angestellten ihren Lebensstandard erfolgreich verteidigen. Nur durch die gemeinsame Aktion und genossenschaftliches Zusammenwirken kann aber auch die Bauernschaft ihre Existenz sichern. Einheitsliches Handeln, Kampfbereitschaft, Solidarität — das ist die einzige Sprache, die die Konzernherren verstehen. Das ist auch der einzige Weg, um dem sozialreaktionären Kurs der Regierung Kiesinger zu begegnen.

Unsere Sofortmaßnahmen für wirtschaftliche und soziale Sicherheit

Alle Werktätigen sollten sich gemeinsam dem Rüstungskurs und seinen sozialreaktionären Folgen widersetzen. Unsere Partei hat eine Reihe von Sofortmaßnahmen vorgeschlagen, die dazu beitragen können, die schlimmsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden und dem Sozialabbau entgegenzuwirken. Wir glauben, daß diese Forderungen den Interessen des ganzen arbeitenden Volkes entsprechen und daß sie zur Grundlage gemeinsamen Handelns werden können:

- Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 bis 7 Milliarden, Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate;
- Einstellung der Milliardenzahlungen für Waffenkäufe und den so-

genannten Devisenausgleich an die USA;

— aktive Lohnpolitik, tarifliche Sicherung der übertariflichen Leistungen;

— Senkung der Lohnsteuer um 10 Prozent, Erhöhung der Steuern auf Höchstprofite und Millionenvermögen;

— keinerlei Preis- und Mieterhöhungen, Aufhebung der monopolistischen Preisbindung;

— Soforthilfe an die Städte und Gemeinden zur Erfüllung der dringenden Aufgaben auf Kosten des Rüstungshaushalts;

— Fortführung des sozialen Wohnungsbaus, Schaffung eines sozialen Miet- und Kündigungsrechts.

Was ist faul in der Wirtschaftsordnung?

Wir dürfen uns aber nicht darauf beschränken, den Werktätigen diese unmittelbaren Forderungen zu erläutern und sie für den Kampf um diese Forderungen zu gewinnen. Unsere Partei trägt als sozialistische Kraft der Arbeiterklasse darüber hinaus gerade heute die große Verantwortung, dem Volk die tieferen Ursachen und Zusammenhänge zu erklären und ihm einen grundlegenden Ausweg zu zeigen. Heute ist für jeden erkennbar, daß das vom Monopolkapital beherrschte Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik nicht in der Lage war, einen krisenhaften Wirtschaftsrückgang zu vermeiden, Vollbeschäftigung und ständiges Wirtschaftswachstum zu sichern. Die Regu-

lierungsmaßnahmen staatsmonopolistischer Art haben nicht verhindern können, daß der wirtschaftliche Schrumpfungsprozeß sich in den ersten Monaten dieses Jahres sogar noch verstärkt hat. Offensichtlich ist etwas faul mit einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die selbst in einem so reichen Lande wie die Bundesrepublik ihren Bürgern nicht das elementare Recht auf Arbeit sichern kann.

Die Unfähigkeit der herrschenden großkapitalistischen Kreise und ihrer Regierung, die dringenden wirtschaftlichen Probleme unseres Landes zu lösen, zeigt sich besonders drastisch im Ruhrgebiet. Seit Jahren ist das Problem bekannt, seit Jahren ist der

Bergbau bedroht, seit langem fordern die Bergarbeiter die Sicherheit ihrer Existenz, verlangen die Gewerkschaften eine vorausschauende Energiepolitik. Aber alle Regierungen ließen die Krise schwelgen, machten immer neue Versprechungen und führten schließlich eine Lage herbei, die einem Notstand gleichkommt.

Wir sollten die Entwicklung im Ruhrgebiet zum Anlaß nehmen, um den arbeitenden Menschen und vor allem der jungen Generation zu zeigen, daß die monopolkapitalistische Ordnung die wirtschaftlichen und sozialen Probleme unseres Landes nicht lösen kann, daß dazu **grundlegende demokratische Umgestaltungen notwendig sind und vor allem die Einschränkung der Macht des Großkapitals**. Anknüpfend an die eigenen Erfahrungen der Werktätigen, sollten wir überall unsere Vorschläge für das

volle Mitbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens, für eine auf die Mitbestimmung gegründete demokratische Planung, für die Überführung der großen Konzerne in den entscheidenden Industriezweigen und der Großbanken in öffentliches Eigentum erläutern.

Die jüngste Entwicklung beweist, daß die Werktätigen die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Abwehr des Sozialabbaus und der schädlichen Folgen der kapitalistischen Rationalisierung, die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Umwälzung zum Nutzen des Volkes nur im entschiedenen Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Macht des Großkapitals, im Ringen um die Stärkung des Einflusses der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften im gesamten gesellschaftlichen Leben erreichen können.

Zur Lage in der SPD

Es sollte alle Werktätigen, jeden Sozialdemokraten und Gewerkschafter alarmieren, wenn der Großbankier Abs, einer der reichsten und mächtigsten Männer der Bundesrepublik, erklärt: „Eine bessere Regierung, als wir sie haben, kann ich mir zur Zeit nicht vorstellen.“ Was gut ist für Abs und Flick, Krupp und Thyssen, war aber noch nie gut für die Arbeiterschaft, für das Volk, war immer gefährlich für den Frieden und die Demokratie.

Obwohl es in der SPD noch weit verbreitete Illusionen über die Regierungspolitik und das Wirken ihrer Minister in dieser Regierung gibt, hat in den letzten Wochen eine deutliche Ernüchterung eingesetzt. Das wurde besonders sichtbar nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, aber auch im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik Schillers und die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Entwurf der Notstandsgesetze.

Die Mißerfolge bei den Landtagswahlen haben bei vielen Sozialdemokraten ernste Besorgnis hervorgerufen, und immer häufiger wird in der SPD die Frage gestellt: Zahlt sich die Große Koalition für die SPD aus? Die Tätigkeit der SPD-Minister in der

Kiesinger-Regierung, das beweisen die Wahlen eindeutig, bewirkt einen Vertrauensschwund unter den Wählern der SPD. Sie hilft der CDU aus der Krise und begünstigt außerdem den Stimmenzuwachs der neofaschistischen NPD, indem sie ihr unzufriedene Wähler in die Arme treibt. Es erweist sich also, daß die Mitverantwortung sozialdemokratischer Minister für die CDU/CSU-Politik die SPD dazu verurteilt, Blutspender der Reaktion zu sein. Schon höhnt die großbürgerliche Presse, die Führer der CDU/CSU müßten an sich halten, um ihrer Schadenfreude über die Wahlniederlagen der SPD nicht allzu offen Ausdruck zu geben.

In der SPD wächst die Unruhe und Unzufriedenheit über den Kurs der Parteispitze und der sozialdemokratischen Minister. Es wird sichtbar, daß die Befürchtung vieler Sozialdemokraten in den Städten, Gemeinden und Ländern zunimmt, die SPD könne bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik auf der Strecke bleiben. Das kommt auf zahlreichen Bezirks- und Unterbezirkskonferenzen der SPD in der letzten Zeit zum Ausdruck. Immer häufiger nehmen Sozialdemokraten auf diesen Tagungen, nehmen Jungsozialisten und Falken gegen den

Wehner-Kurs Stellung. Sie sind unzufrieden mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die alle Lasten auf die Volksmassen abwälzt. Viele fordern die Ablehnung der Notstandsgesetze. Sie verlangen die Kürzung der Rüstungsausgaben, die Sicherung der Löhne und des Lebensstandards, die Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung und finanzielle Hilfe für die Gemeinden.

Die Forderung sozialdemokratischer Organisationen nach Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zeugt davon, daß auch die organisierten Bestrebungen wachsen, eine Bestandsaufnahme der Ergebnisse der Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU/CSU vorzunehmen und eine selbstän-

dige sozialdemokratische Politik mit echten Alternativen zu entwickeln.

Alle Sozialdemokraten, die sich den gewerkschaftlichen Beschlüssen verpflichtet fühlen und die den Wehner-Kurs ablehnen, tragen jetzt eine große Verantwortung für die Arbeiterbewegung, für die Zukunft ihrer Partei.

Alle Sozialdemokraten, die gegen die Notstandsgesetze und den Sozialabbau eintreten, sollten sich an ihre Bundestagsabgeordneten und an die sozialdemokratischen Minister wenden und gemeinsam mit allen Notstandsgegnern darauf hinwirken, daß die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten ihre Sperrminorität gegen die Notstandsgesetze zur Geltung bringen.

Die Verantwortung der Kommunisten

Diese Veränderungen in der Stimmung und in der Haltung vieler Sozialdemokraten erhöhen die Verantwortung jeder Parteiorganisation, jedes Kommunisten für das Gespräch mit den sozialdemokratischen Genossen, für unsere Bemühungen um das gemeinsame Handeln mit ihnen. Wir sollten stets davon ausgehen, daß die große Mehrheit der Sozialdemokraten nach wie vor für eine Friedens- und Verständigungspolitik und gegen die Atomrüstung, für den Schutz des Grundgesetzes und gegen eine Notstandsdictatur, für sozialen und kulturellen Fortschritt und gegen Sozialabbau eintreten. Wir sollten mit den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften, in den Städten und Gemein-

den jeden Anknüpfungspunkt suchen und nutzen, um die sozialdemokratischen Genossen zum gemeinsamen Vorgehen für die friedlichen, demokratischen und sozialen Interessen des Volkes zu gewinnen. Je geduldiger und überzeugender wir das Gespräch und die Zusammenarbeit mit ihnen anstreben, umso mehr werden wir ihnen auch helfen, in ihrer eigenen Partei für die Veränderung des Kurses und für eine Alternativpolitik wirksam zu werden. Unsere Partei ist der Auffassung: im Interesse des Friedens und der Demokratie ist es notwendig, die Gemeinsamkeitspolitik der SPD-Führung mit der CDU/CSU aufzugeben und die reaktionären Kräfte der CDU/CSU aus der Regierung zu verdrängen.

Wir fordern die Aufhebung des widerrechtlichen Verbots unserer Partei!

Die großen Aufgaben, vor denen die demokratischen Kräfte im Ringen um die Verhinderung der Notstandsgesetze, für die Verteidigung des Grundgesetzes, im Kampfe gegen den Sozialabbau und für eine echte Friedenspolitik stehen, erfordern mehr denn je eine starke legale kommunistische Partei Deutschlands. Die Forderung nach Aufhebung des widerrechtlichen Verbots unserer Partei wird immer nachdrücklicher in der Öffentlichkeit erhoben. Jetzt kommt es darauf an, besonders in der Arbeiterschaft, in den Gewerkschaften und

unter sozialdemokratischen Genossen aktive Unterstützung in diesem Kampfe zu finden. Diese Unterstützung wird umso stärker sein, je mehr Kommunisten durch ihr Auftreten das Vertrauen der arbeitenden Menschen gewinnen, je überzeugender wir unsere Politik und unsere Ziele erläutern.

Es zeugt vom zunehmenden Vertrauen der Arbeiter zu unserer Partei, wenn auf der Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier in München mit nur zwei Stimmenthaltungen ein Brief an Justizminister Heinemann angenommen wurde, in dem die Auf-

hebung des KPD-Verbots mit der Begründung gefordert wird, sie habe stets die Interessen der Werktätigen unterstützt.

Die Regierung und ihre Organe sind durch die breite Kampagne im In- und Ausland gezwungen, zu manövrieren. Sie sind in die Defensive gedrängt, weil die **demokratische Öffentlichkeit in ganz Europa alarmiert und darüber empört ist, daß der Neonazismus in voller Freiheit wirken kann, während die Partei, die im deutschen antifaschistischen Widerstandskampf bei weitem die größten Opfer brachte, verboten ist.**

Das erklärt auch die demagogischen Versuche einiger Regierungssprecher, die Sache so hinzustellen, als ob die Kommunisten jederzeit eine neue Partei gründen könnten. Offensichtlich ist damit eine Partei gemeint, die dem Marxismus-Leninismus abschwört. Aber das wäre, ganz gleich, wie sie sich nennen würde, keine kommunistische Partei. Es wäre ein Gebilde von Gnaden und zu Nutzen der Bundesregierung, weil sie zwangsläufig in eine Frontstellung gegen die DDR, gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten gedrängt würde. Ich habe bereits in meinem Brief an Bundeskanzler Kiesinger dargelegt, daß es nicht um irgendeine Neugründung, sondern um die Aufhebung des widerrechtlichen Verbots, um die Amnestie aller verfolgten Kommunisten und Demokraten geht, weil nur so die Gerechtigkeit und Polizeiwillkür beendet und eine wirklich freie politische Betätigung der KPD, der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik erreicht werden kann.

Der Kampf für die Legalität muß zur Sache unserer gesamten Partei werden. Alle Leitungen und Grundorganisationen sollten sich konkrete Aufgaben stellen, wie sie entsprechend ihren betrieblichen und örtlichen Bedingungen am besten für die Aufhebung des KPD-Verbots wirksam werden können.

Gleichzeitig sollten wir im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Oktoberrevolution unsere Anstrengungen erhöhen, um unsere Partei politisch und organisatorisch zu stärken. Das in der Öffentlichkeit geweckte

Interesse für unsere Partei, das durch unser politisches Wirken geschaffene Vertrauen müssen wir stets nutzen, um neue, vor allem junge Kräfte für die Partei zu gewinnen.

Inzwischen sind einige undurchsichtige, abenteuerliche Elemente bemüht, die westdeutsche Arbeiterbewegung weiter zu spalten und unter plumpem Geschrei gegen die Sowjetunion, gegen die DDR und unsere Partei, bei wohlwollender Duldung des Verfassungsschutzes, eine sogenannte Freie Sozialistische Partei maoistischer Prägung zu bilden. Zwar ist, dank dem Auftreten klassenbewußter Sozialisten, die anberaumte Gründungsversammlung gescheitert, aber die Organisatoren werden ganz sicher ihre Spaltungstätigkeit fortsetzen.

Gegenwärtig sind Bestrebungen der linkssozialdemokratischen Kreise um die ASO und den Sozialistischen Bund im Gange, die Vereinigung der in der Bundesrepublik wirkenden Gruppierungen links von der SPD weiterzuführen mit dem Ziel, der Bildung einer linkssozialdemokratischen oder sozialistischen Partei. Das sind in der Mehrheit positive und ehrliche sozialistische Kräfte, obwohl es von manchen uns gegenüber Vorbehalte und Vorurteile gibt. Zugleich müssen wir beachten, daß in diesen Gruppen auch einige eingefleischte Antikommunisten wirken, die gegen die Arbeitereinheit gerichtete Zwecke verfolgen.

Wir sind für die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit allen ehrlichen linkssozialdemokratischen und sozialistischen Kräften, auf der Basis der gemeinsamen Klasseninteressen, des Strebens nach demokratischen und antimonopolistischen Umgestaltungen und der gemeinsamen sozialistischen Ideale. Wir sind der Meinung, daß im Prozeß des Zusammenwirkens noch bestehende antikommunistische Vorbehalte überwunden werden können, und daß wir so auch ideologisch zu einer immer stärkeren Annäherung kommen werden. Aber wir sagen offen, daß wir nicht glauben, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Bildung einer besonderen linkssozialdemokratischen oder sozialistischen Partei in der Bundesrepublik der Arbeiterbewegung nützen würde.

In jüngster Zeit können wir wichtige Entwicklungen unter den besten gewerkschaftlichen Kräften in der SPD bemerken, die in verschiedenen Gebieten bemüht sind, einen Arbeiterflügel und Arbeitsgemeinschaften in der SPD zu bilden, die für eine Alternativpolitik in der SPD wirken wollen.

Nicht aus engen, parteiegoistischen Gründen, sondern weil die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung die Notwendigkeit einer geschlossenen, ideologisch klaren marxistisch-leninistischen Partei für die Arbeiterklasse erhärtet, sollten wir jetzt alles daran

Entwurf eines Parteiprogramms wird ausgearbeitet

Das Zentralkomitee hatte aus seiner Mitte eine Kommission zur Ausarbeitung eines Dokuments gewählt. Diese Kommission und die von ihr beauftragte Arbeitsgruppe sind tätig gewesen und hatten einen Entwurf fertiggestellt. Wir sind aber im Verlauf der Arbeiten zu der Auffassung gelangt, daß es in der jetzigen Situation für unsere Partei notwendig und günstig wäre, einen Programmentwurf auszuarbeiten, den wir der gesamten Partei zur Diskussion vorlegen und den wir mit vielen Sozialdemokraten und fortschrittlichen Menschen beraten. Wir glauben, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung der jüngsten Zeit, die Bildung der Kiesinger-Regierung unter Einschuß der sozialdemokratischen Minister einen Einschnitt in der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik darstellen. Die herrschenden monopolistischen Kreise haben ihr Programm der „Formierung“ der Gesellschaft, also der verschärften innenpolitischen und sozialen Reaktion, der Beseitigung des Grundgesetzes, der gesteigerten Kriegsvorbereitung entworfen und konzentrieren alle Kräfte darauf, dieses Programm zu realisieren. Die Notwendigkeit, diesem Kurs eine geschlossene Abwehrfront der Arbeiterschaft und aller demokratischen Kräfte entgegenzustellen, macht es erforderlich, dem werktätigen Volk ein Gegenprogramm zu geben, das nicht nur auf den Tag und die unmittelbaren nächsten Aufgaben berechnet ist, sondern den Weg der Bundesrepublik sowohl für die demokratische,

um unsere Partei ideologisch und organisatorisch zu stärken.

Es gibt keine Kraft, die unsere Partei ersetzen kann. Nur die KPD hat in der Bundesrepublik eine klare, wissenschaftlich begründete Zielsetzung sowohl für demokratische Umgestaltungen der Bundesrepublik wie für den Sozialismus. Nur unsere Partei besitzt die im Klassenkampf der Arbeiter unentbehrliche bewußte Disziplin und Aktionsfähigkeit sowie die notwendigen Erfahrungen, um sowohl gegen revisionistische wie gegen sektiererische Bestrebungen erfolgreich anzukämpfen.

antimonopolistische Umgestaltung des Landes als auch im Kampfe um die sozialistische Zukunft entwirft. Das scheint uns auch notwendig vom Gesichtspunkt der Lage und der Entwicklung der Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung selbst. Sowohl die zu einer Alternative drängenden und nach einer echten Arbeiterpolitik strebenden Kräfte innerhalb der SPD als auch die linken sozialdemokratischen und sozialistischen Kräfte außerhalb der SPD, vor allem die werktätige Jugend, sollten von uns eine Antwort erhalten, wie der Weg zu einer friedlichen und demokratischen Bundesrepublik, zu tiefgehenden demokratischen Umgestaltungen und zum Sozialismus gebahnt werden kann. Unsere Partei muß sich als die Kraft ausweisen, die eine tiefe wissenschaftliche Analyse der gegenwärtigen Lage und der Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik gibt und die auch den realen Ausweg zeigt. Zugleich können wir in einem Programm unsere Vorstellungen in der nationalen Frage, über den Weg zur künftigen Vereinigung der beiden deutschen Staaten gründlicher und überzeugender darstellen, und so noch stärker als nationale Kraft in Erscheinung treten.

Dies sind einige der Gründe, die uns dazu bewegen haben, dem Zentralkomitee vorzuschlagen, den Auftrag an die Kommission dahingehend zu ändern, daß sie beauftragt wird, dem Zentralkomitee auf seiner nächsten Tagung den Entwurf eines Parteiprogramms der KPD vorzulegen.

Aus dem Bericht des Politbüros an die 10. Tagung des Zentralkomitees

Erstattet vom Genossen Josef Ledwohn, Mitglied des Politbüros des ZK

Seit der 9. ZK-Tagung haben wichtige Ereignisse in der Bundesrepublik die Tätigkeit der Partei und aller demokratischen Kräfte bestimmt. Der sozialreaktionäre Kurs, die aggressiven Machtansprüche, die gegen den Frieden gerichtete Politik der Bundesregierung und der westdeutschen Monopole kennzeichnen den verschärften Rechtskurs, schufen eine neue Lage, stellten und stellen die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte vor neue große Aufgaben. In dieser Zeit fanden zwei auch für uns sehr wichtige politische Ereignisse statt, wie der VII. Parteitag der SED und die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Karlovy Vary.

Die beiden bedeutsamen Tagungen zeigen die Kraft und Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas und ihren festen Willen, zur Sicherung des Friedens zu einer einheitlichen Offensive überzugehen. Die Konferenz von Karlovy Vary, an der eine Delegation unseres Zentralkomitees unter Führung des Ersten Sekretärs, Max Reimann, teilnahm, war ein hervorragender und zeitgemäßer Beitrag zur Festigung der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung.

Die Konferenz von Karlovy Vary ist von grundsätzlicher Bedeutung. Sind doch zum ersten Mal in der Geschichte die kommunistischen Parteien der kapitalistischen und der sozialistischen Länder Europas zu einer Tagung zusammengekommen und haben in einer Erklärung dargelegt, wie durch Aktionen unser Erdteil zu einem friedlichen Kontinent entwickelt

werden kann. Damit haben die kommunistischen und Arbeiterparteien Europas dem aggressiven Block Bonn/Washington, den Kriegstreibern in den USA und in der Bundesrepublik eine positive reale Alternative für Frieden und Sicherheit in Europa entgegengestellt.

Im echten Geist des proletarischen Internationalismus beschloß die Konferenz eine Erklärung gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und gegen die Militärdiktatur in Griechenland.

Auf der Konferenz waren aus 24 Ländern Europas kommunistische und Arbeiterparteien vertreten, die alle von dem entschlossenen Willen beseelt waren, ein System kollektiver Sicherheit in Europa zu schaffen.

Auf dem VII. Parteitag der SED war unsere Partei ebenfalls durch eine offizielle Delegation vertreten.

Der VII. Parteitag strahlte eine große Kraft aus, zeigte das Selbstbewußtsein der siegreichen Arbeiterklasse und die klaren Positionen der SED als einer marxistisch-leninistischen Partei, die das ganze Volk im Rahmen der Nationalen Front zur Vollendung des Sozialismus in der DDR führt.

Der Parteitag legte die Perspektive der DDR bis 1980 dar, die ein bedeutendes Wachstum der Industrie und Landwirtschaft auf der Basis der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft, der modernsten Technik und einer weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie, des sozialistischen Bildungssystems und der sozialistischen Kultur vorsieht.

Die große nationale Bedeutung des VII. Parteitages der SED

Der VII. Parteitag der SED ist von großer nationaler Bedeutung. Die Verwirklichung der auf dem Parteitag gefaßten Beschlüsse wird die DDR weiter stärken und festigen. Sie wird immer anschaulicher für die breiten Massen der Werktätigen in der Bundesrepublik die Überlegenheit des Sozialismus über den staatsmonopolistischen Kapitalismus zeigen und so

immer sichtbarer zum geschichtlichen Beispiel für die Zukunft ganz Deutschlands werden.

Die beschlossene Perspektive der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft zeigt deutlich, wie die DDR im ökonomischen Wettstreit mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland rasch vorwärts kommt. Stagnation, Produktionsrück-

gang, Krisen und Planlosigkeit kennzeichnen die Situation des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Steigerung der Industrieproduktion in der DDR bis 1970 um 37—40 Prozent, also um etwa 7,5 Prozent im Jahresdurchschnitt; die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung um 20—25 Prozent; der Anstieg der Investitionen um 48—52 Prozent; das Anwachsen des Nationaleinkommens um 28—32 Prozent gegenüber 1965; die Erhöhung des Angebots an Industriewaren um 28—30 Prozent; das Anwachsen des Realinkommens je Kopf der Bevölkerung um 19—21 Prozent in der gleichen Zeit — das sind konkrete Schritte, wie der wirtschaftliche Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus ausgefochten wird, von dem die ganze deutsche Arbeiterklasse profitiert. Die Arbeiter in der Bundesrepublik können sich immer mehr davon überzeugen, daß die Arbeiterklasse in der DDR die wissenschaftlich-technische Revolution meistert, die Produktions- und

Wirtschaftsentwicklung in der Hand hat und damit die eigene Zukunft sichert. In diesem Prozeß der Produktionsmeisterung entwickeln sich auch die einzelnen Arbeiter durch das sozialistische Bildungssystem zu selbstbewußten, freien, kulturvollen Persönlichkeiten. **Die Entwicklung der DDR beweist eindrucksvoll, daß der Sozialismus auch für einen hochentwickelten Industriestaat das richtige und beste Gesellschaftssystem ist.**

Durch den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR erhalten alle fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik neue Impulse im Kampf für Frieden und Demokratie. Im vollendeten Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der DDR und in der Durchsetzung einer demokratischen Umgestaltung der Bundesrepublik liegt auch die Perspektive für die Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihrer schließlichen Vereinigung.

Antworten auf Fragen zu unserer nationalen Politik

Genossen haben gefragt, warum wir die Forderung nach der Konföderation nicht mehr erheben.

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik haben alle Vorschläge der DDR für eine Konföderation zurückgewiesen. Sie sind nach wie vor nicht bereit, normale Beziehungen herzustellen, d. h. die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu akzeptieren. Folglich bestehen gegenwärtig und in nächster Zeit keinerlei Voraussetzungen für eine Konföderation. Unter den jetzigen Bedingungen würde diese Forderung der Kampf der DDR um Anerkennung und unsere Bestrebungen für normale gleichberechtigte Beziehungen zwischen der Bundesrepublik

und der DDR erschweren und wäre geeignet, Illusionen zu erzeugen.

Für den Kampf zur Lösung der nationalen Frage hat die SED neue Maßstäbe gesetzt. Wir Kommunisten sind mit einer wachsenden Zahl klassenbewußter Arbeiter und Sozialisten in der Bundesrepublik völlig einig mit der SED, die auf ihrem VII. Parteitag eindeutig unterstrich: **daß der Weg zur Vereinigung beider deutscher Staaten niemals ein Weg ins Gestrn sein darf. Die deutsche Arbeiterklasse hat die Spaltung Deutschlands nicht herbeigeführt und sie wird sich niemals damit abfinden. Der Imperialismus hat die Einheit Deutschlands gesprengt. Die Arbeiterklasse beider deutscher Staaten hat die gemeinsame Aufgabe, die Einheit wieder herzustellen.**

Die fortschrittliche Lösung der nationalen Frage

Unser Partei muß in diesem Geiste ihre nationale Politik entwickeln. Es geht um die grundlegende Frage: Soll das künftige einheitliche Deutschland ein Land des Fortschritts oder des Rückschritts sein? Der Kampf für die Lösung der nationalen Frage ist notwendigerweise: Kampf der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik mit ihren

Verbündeten gegen die Macht der Monopole, bis zur Brechung dieser Macht, Kampf gegen die Herrschaft der Militaristen, bis zur Beseitigung ihres Einflusses. Im Kampf um Mitbestimmung, Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte entstehen die Kräfte, die in der Bundesrepublik eine demokratische Umgestaltung der Wirtschaft,

des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens durchsetzen können.

Das ist nach Lage der Dinge sicher ein langwieriger historischer Prozeß, in dem die demokratischen und sozialistischen Kräfte erstarken und gemeinsam die politische Führung erobern werden. Dazu sagte Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag:

„Und so kommt also früher oder später die Zeit, da es zwei deutsche fortschrittliche, antinazistische und antiimperialistische Staaten nebeneinander geben wird, wobei auch der westdeutsche antinazistische und antiimperialistische Staat nur unter der Führung der Arbeiterklasse geschaffen werden kann. Wenn aber erst einmal zwei fortschrittliche deutsche Staaten nebeneinander und miteinander leben, jeder von ihnen unter Führung der Arbeiterklasse im Bunde mit den Bauern, den Intellektuellen und allen friedliebenden Bürgern, dann kann es nicht lange dauern, bis diese beiden fortschrittlichen, friedlichen, demokratischen und antiimperialistischen Staaten sich miteinander verständigen. Dann kann es nicht mehr lange dauern, bis sie sich über den Weg zur Schaffung eines friedlichen, antiimperialistischen und fortschrittlichen deutschen Staates einigen!“

Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf dieser historischen Wegstrecke können und müssen Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sein.

Der VII. Parteitag der SED ist aber auch von großer internationaler Bedeutung. Seine Beschlüsse zeigen die

wachsende Rolle der DDR als wichtiger Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa. Die allseitige Stärkung der DDR ist für alle europäischen Völker lebenswichtig, weil die DDR eine mächtige Barriere ist gegen alle aggressiven Pläne der Bonner Revanchisten und Militaristen.

Große Bedeutung haben auch die Reden, die Leonid Breschnew, Wladislaw Gomułka und andere auf dem Parteitag in Berlin gehalten haben. Breschnew wandte sich scharf gegen den zur Staatspolitik der Bundesrepublik erhobenen Antikommunismus und warnte vor der NPD, deren Anführer die Bazillen der braunen Pest kultivieren, die in der heutigen westdeutschen Gesellschaft immer noch ihre Lebensfähigkeit beweisen. Gomułka erinnerte an das nazistische Völkermorden, rief zur Wachsamkeit auf und forderte, nicht zuzulassen, daß sich so etwas je wiederhole. Die Gefahr beginne bei der Entfesselung des Nationalismus, bei der Wiedererweckung des Militarismus, bei der Verbreitung des Revanchegeistes.

Die politischen Ereignisse seit unserem 9. Plenum, seit dem VII. Parteitag und der Konferenz in Karlovy Vary bestätigen voll die auf diesen Tagungen dargelegte Politik. Unsere Parteien gehen bei der Aufgabenstellung für Frieden und Sicherheit in Europa von einer marxistisch-leninistischen Einschätzung der internationalen Lage aus. In der Erklärung von Karlovy Vary wird festgestellt: Die Haupttendenz der internationalen Entwicklung ist das Anwachsen der Kräfte des Friedens und des Sozialismus. Gleichzeitig verstärkt sich jedoch die Aggressivität des USA-Imperialismus.

Die Konferenz von Karlovy Vary und die Politik der europäischen Sicherheit

Gegen den gefährlichen imperialistischen Kurs der USA und ihres Komplizen, der Bundesregierung, ist aber in der Welt eine mächtige Abwehrbewegung entstanden. Wichtige Hinweise auch für uns über neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Arbeiterbewegung und aller progressiven Kräfte sind in der Erklärung der Konferenz von Karlovy Vary enthalten, worin es heißt:

„Neue und positive Tendenzen zur internationalen Entspannung und

zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten läßt die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung einiger Länder Westeuropas erkennen. Neue Tendenzen treten in den christlichen Kreisen hinsichtlich der Probleme des sozialen Fortschritts und Friedens an den Tag. Entstanden sind ferner weitere Möglichkeiten für Kontakte und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen. Das Zusam-

menwirken der Kommunisten und der Sozialisten mit den Gläubigen in der Frage der europäischen Sicherheit kann zum Frieden auf unserem Kontinent beitragen.“

Die Konferenz in Karlovy Vary konnte auch deshalb zu der Feststellung gelangen, daß die Frage der europäischen Sicherheit unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen zur dringenden, aber auch realen Aufgabe geworden ist. Diese Aufgabe muß im Kampf gegen die Politik des USA-Imperialismus und seines deutschen Verbündeten gelöst werden. Walter Ulbricht hat in seinem Referat auf dem VII. Parteitag ebenso wie alle Vertreter der Bruderparteien, die in Berlin und Karlovy Vary das Wort ergriffen, festgestellt, daß die Feinde der Sicherheit und des Friedens der amerikanische Imperialismus und sein engster Partner der westdeutsche Imperialismus mit seiner Revanchepolitik sind.

Die einheitliche Beurteilung der imperialistischen Feinde durch unsere Bruderparteien, die Antwort, von wem die Gefahr ausgeht, ist — wie wir das aus den jüngsten Erfahrungen wissen — von größter Bedeutung. Die Erklärungen unserer Bruderparteien stimmen überein mit der Einschätzung unserer Partei, daß die Hauptgefahr für den Frieden in Europa vom deutschen Militarismus ausgeht.

Die Bedeutung der einheitlichen Einschätzung der Feinde des Friedens und der Sicherheit besteht darin, daß von ihr die Möglichkeit ausgeht, unter dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis den Frieden und eine echte Sicherheit Europas zu erkämpfen. Jeder Versuch, gegenüber dem deutschen Imperialismus

eine Beschwichtigungspolitik zu betreiben, beschwört Gefahren herauf, die uns z. B. als Ergebnis des berichtigten Münchener Abkommens von 1938 noch deutlich in Erinnerung sind. Auch heute gibt es nicht wenige Versuche, die aggressiven Absichten der deutschen Imperialisten zu tarnen, z. B. die Haltung der Regierung der USA zu der Forderung der Kiesinger-Regierung, ihr die Tür offenzuhalten, um doch noch in irgendeiner Form Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten, als berechnete Interessenvertretung zur technischen Nutzung der Atomenergie hinzustellen. Oder der Beschluß der NATO-Minister über eine angebliche Änderung ihrer strategischen Konzeption. Es wird ein neuer Begriff eingeführt: „strategische Rotation“. Gewisse kleine Truppenteile sollen von Europa nach den USA gebracht werden, diese bleiben der NATO unterstellt und sollen in Spannungszeiten per Luftbrücke wieder zurückgebracht werden. Gleichzeitig werden Pläne geschmiedet, das Militärpotential der Bundesrepublik noch zu erhöhen. Darin kommt die aggressive Komplizenschaft der herrschenden Kräfte in den USA und der Bundesrepublik zum Ausdruck. Damit werden dem westdeutschen Imperialismus neue Möglichkeiten gegeben, seine eigenen aggressiven Pläne noch stärker zu verfolgen und seine Hegemonie in der NATO noch mehr zu festigen.

Die in Karlovy Vary beschlossenen Vorschläge dagegen bieten eine wirkliche Grundlage, den Frieden in Europa zu sichern. Die Vorschläge gehen aus von der Notwendigkeit, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu respektieren und jeden Versuch ihrer Revision zu verwerfen.

Unsere besondere Verantwortung

Die Erklärung der Konferenz von Karlovy Vary stellt besonders unsere Partei vor große Aufgaben, ist die Bundesrepublik doch ein Knotenpunkt der Spannungen und Gefahren in Europa und der ganzen Welt. Zu Recht heißt es in dem einstimmig beschlossenen Dokument:

„Europa, das zwei Weltkriege erlebte, bleibt das neuralgische Gebiet der Konfrontation der Hauptkräfte des imperialistischen Lagers und der sozialistischen Gemeinschaften. Ein

bewaffneter Konflikt zwischen ihnen würde die Gefahr in sich bergen, sich in einen totalen nuklearen Krieg zu verwandeln. Diese Gefahr lastet auf dem Leben der europäischen Völker, hemmt den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, die internationalen Beziehungen und zieht eine riesige Vergeudung materieller Mittel im Rüstungswettlauf nach sich.“

Die demokratischen Kräfte sind auch bei uns in der Bundesrepublik ein realer und wichtiger Faktor im Kampf

um die Sicherung des Friedens in Europa.

In der Berichtsperiode haben die Leitungen und Mitglieder unserer Partei große Anstrengungen unternommen, um weitere Teile der Bevölkerung gegen die aggressive Politik der Kiesinger/Strauß-Regierung zu mobilisieren.

Etwa 15 000 Bürger haben den Ostermarschaufruf unterschrieben. Darunter bekannte Professoren, Schriftsteller, führende Gewerkschaftsfunk-

tionäre und sozialdemokratische Abgeordnete. 150 000 Teilnehmer an den Veranstaltungen der Kampagne sind eine beachtliche Kraft.

Der diesjährige Ostermarsch wird mit Recht als ein Erfolg eingeschätzt, weil durch ihn günstige Bedingungen geschaffen wurden für einen weiteren Aufschwung und eine Verbreiterung der Bewegung gegen den friedensgefährdenden antidemokratischen und sozialreaktionären Kurs der Bonner Machthaber und der Regierung der Großen Koalition.

Wachsende Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam

Der ständige Nachweis, daß die USA-Imperialisten durch eine immer weitergehende Eskalation ihres schmutzigen Krieges einen Weltkrieg heraufbeschwören und der Nachweis, daß die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten dem vietnamesischen Befreiungskampf eine wachsende und wirksame Hilfe leisten, wird der Protestbewegung gegen den Aggressionskrieg noch mehr Kraft verleihen. Es fanden vielfältige Aktionen für die Beendigung des USA-Krieges in Vietnam statt. Besonders wichtig ist es, daß auch in den Gewerkschaften zahlreiche Beschlüsse angenommen wurden gegen die Aggression in Vietnam. Ausdruck der Sympathie für das vietnamesische Volk ist u. a., daß auf ein Konto der Bank für Gemeinwirtschaft schon über 500 000 DM als Hilfe für das um seine Freiheit kämpfende vietnamesische Volk eingingen.

Unser Zentralkomitee hat im Mai

Zur Politik der Großen Koalition

Auf dem 9. Plenum haben wir davor gewarnt, etwa zu glauben, durch den Eintritt sozialdemokratischer Führer in die Regierung würde eine andere Politik eingeleitet. Genosse Max Reimann hat zur Diskussion mit Sozialdemokraten über die Fragen der Großen Koalition der „Sozialistischen Korrespondenz“ ein Interview gegeben, das Anfang Februar veröffentlicht wurde. Damit wurde eine gute Grundlage gegeben für ein klärendes Gespräch zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Heute ist das Wesen der Koalitionsregierung schon leichter zu erkennen. Heute ist bereits objektiv eine Bilanz

aus Mitteln der Partei eine wertvolle Sanitätsausrüstung an die Botschaft der Demokratischen Republik Vietnam übergeben. Heute ist das Eintreten für die Beendigung der USA-Aggression bereits zum Hauptberührungspunkt aller Friedenskräfte in der Bundesrepublik geworden. Die immer ernstere Bedrohung des Weltfriedens durch die schnell wachsende Eskalation des USA-Krieges in Vietnam zwingt uns aber, die Aktionen gegen diesen Krieg und seine Unterstützung durch die Bundesregierung wesentlich zu verstärken.

Das zeigt, wie wichtig und notwendig die aktive Mitwirkung von Kommunisten in dieser Bewegung ist. Die Kommunisten lassen sich dabei davon leiten, daß man ständig nachweisen muß, daß von der Politik der Bundesregierung nach wie vor die Hauptgefahr für die Bedrohung des Friedens und eine wirksame Entspannungspolitik in Europa ausgeht.

der Regierungspolitik möglich. Was hat die Regierung in ihrer sechsmonatigen Amtszeit getan? Sie hat den alten reaktionären und aggressiven Kurs der Adenauer-Erhard-Regierungen mit verschärften Methoden fortgesetzt. Das ist der Kurs des kalten Krieges. Der Rüstungsetat wurde um 2 Milliarden erhöht. Wider alle Vernunft zahlte die Regierung 4 Milliarden als Devisenausgleich an die USA. Erneut hat sich die Regierung zu Milliarden-Devisenausgleichszahlungen an die USA und Großbritannien verpflichtet, trotzdem der laufende Staatshaushalt mit 8 Milliarden Mark verschuldet ist. Die Regierung hat den Unternehmern Steuer-

erleichterungen zugeschanzt und Zuschüsse für die Sozialversicherung gestrichen. Statt einer neuen Politik gegenüber den sozialistischen Staaten vertritt die Regierung weiter die re-vanchistischen Grenzforderungen. Der Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR blockiert jede vernünftige Regelung zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Auf der internationalen Arena tun Kiesinger und Brandt alles, um einen Atomwaffensperrvertrag zu torpedieren. Wie eh und je ist die Bundesregierung Störenfried und isoliert mit ihrer Politik die Bundesrepublik immer mehr.

Nein, diese Regierung hat keine neuen Wege beschritten. Sie führt die alte Politik weiter und zwar im schnelleren Tempo und mit verschärften Methoden. Gerade das ist es, was wir auf dem 9. Plenum als verschärften Rechtskurs bezeichneten. Dadurch ist eine

neue Lage entstanden, die durch verschärfte Expansionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus charakterisiert ist.

Mit diesem Weg gerät die Bundesregierung in immer tieferen Widerspruch zu den Interessen der überwiegenden Mehrheit des Volkes, die zu-tiefst am Frieden, an sozialer Sicherheit, an guten Beziehungen der Bundesrepublik zu allen Ländern interessiert ist. Das Unbehagen über die Politik der Regierung ist wieder im Wachsen. Es wäre aber ein großer Irrtum zu glauben, der Gegensatz zwischen Regierung und Volk müsse automatisch zu einer stärkeren demokratischen Opposition und zu einer Linksentwicklung führen. Schon auf dem 9. Plenum und im Interview für die „Sozialistische Korrespondenz“ wurde dargelegt, daß die Mitarbeit der rechten SPD-Führer in der Kiesinger-Regierung der CDU/CSU nutzt.

Politik der Blutspende für die CDU/CSU

Die Rolle der SPD-Minister in der Kiesinger/Strauß-Regierung ist eindeutig. Sie sind Erfüllungsgehilfen. Brandt reist in der Welt umher und intrigiert gegen einen Atomwaffensperrvertrag. Alle SPD-Minister haben für den Lücke-Entwurf einer Notstandsverfassung gestimmt. Wehner heizt besonders die Diversionspläne gegen die DDR an. Schiller erweist sich mit seinen Maßnahmen gegen die Werktätigen als treuester Sachwalter des staatsmonopolistischen Systems. So nimmt es nicht Wunder, daß auf dem CDU-Parteitag Kiesinger den aggressiven und sozialreaktionären Kurs erneut bekräftigen konnte. Strauß und Erhard konnten unter dem Beifall der Delegierten feststellen, daß die SPD-Minister in der Außen- und Innenpolitik wie auch in der Wirtschaftspolitik die Grundsätze der CDU/CSU übernommen haben.

Die CDU/CSU will die SPD in der Regierung verschleißen, sie in den Augen der Massen diffamieren, ihr die Schuld für die volksfeindlichen Maßnahmen aufladen und so für die CDU/CSU die führende Rolle als Regierungspartei der Monopole sichern. Und in der Tat, der rasche Vertrauensschwund, dem die CDU ausgesetzt war, ist gestoppt. Die Wahlen in Westberlin,

in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben die CDU gestärkt, der NPD Auftrieb gegeben, aber die Positionen der SPD geschwächt.

Unsere Partei hat bei diesen Wahlkämpfen von einer eigenen Plattform aus besonders die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns der Arbeiter, aller werktätigen Schichten, der Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, zur Abwehr der volksfeindlichen Politik der Regierung Kiesinger/Strauß vertreten. Trotz dieser Anstrengungen müssen wir aber unterstreichen, daß unsere Kräfte nicht ausreichen, die Millionen Wähler über die wahre Lage aufzuklären und ihnen die richtigen Alternativforderungen zu erläutern. Eine Schwäche unserer Arbeit besteht auch darin, daß die Leitungen noch ungenügende Anstrengungen unternehmen, damit eine größere Zahl von Mitgliedern unserer Partei bei solchen Wahlkämpfen offensiv das direkte Gespräch mit den Menschen führt. Einschätzend muß mit allem Ernst festgestellt werden: trotz wachsenden Unwillens über die sozialen Folgen der Regierungspolitik und die Pläne zur Notstandsverfassung ist die Verwirrung in der Bevölkerung über die Politik der Großen Koalition stark. Als besonders gefährlich müssen wir

unterstreichen, daß auch im Stimmenergebnis der Wahlen eine Rechtsentwicklung zum Ausdruck kommt.

Eine Untersuchung der Wahlergebnisse zeigt, daß zahlreiche Wähler der SPD nach rechts zur CDU und NPD abgeschwenkt sind. Diese Entwicklung zwingt uns zu ernsthaften Überlegungen, wie wir den Kampf auf diesem Gebiet weiter entwickeln. Sicherlich muß der Schwerpunkt darauf gelegt werden, zu einem stärkeren Zusammenwirken der Kräfte der Arbeiterklasse, der Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten und links-

sozialistischen Kräfte, die sich außerhalb der SPD befinden, zu gelangen; wobei das Bündnis zwischen allen diesen Kräften und den demokratischen Bürgern, die aus unterschiedlichen Gründen gegen die CDU/CSU, gegen die Politik der Großen Koalition sind, weiterzuentwickeln ist. Nur in der stärkeren Mobilisierung der Kräfte der Arbeiterklasse und der Festigung des Bündnisses mit anderen demokratischen Volksschichten liegt die Gewähr, daß eine politisch wirksamere Alternative geschaffen und die notwendigen Kräfte zu ihrer Durchsetzung mobilisiert werden.

Wachsende Opposition in der SPD

Unter dem Eindruck, daß die Haltung rechter SPD-Führer der eigenen Partei schadet, beginnt in der SPD die Opposition sich neu zu regen. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt verteidigte z. B. auf dem Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd die Politik der SPD-Führung in der Regierung. Er stieß bei der Mehrheit der Delegierten auf offenen und heftigen Widerspruch.

Dr. Hasselow wies darauf hin, daß die SPD primär von Arbeitern und Angestellten gewählt wurde. Danach müsse sich eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik orientieren. Die konzentrierte Aktion habe wie zu Erhards Zeiten mehr die Unternehmerinteressen im Auge. Ein anderer Delegierter sagte: Die Eile und der Fleiß, den man in der Notstandsgesetzgebung an den Tag lege, passe nicht zur propagierten Entspannungspolitik. Ein Friedensvertrag wäre die beste Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte. Heinrich Hemsath wandte sich dagegen, daß alle — wie er sich ausdrückte —, von Majonica bis Helmut Schmidt, gegen den Atomwaffensperrvertrag bellten. Ähnliche Stimmen gab es auf den Unterbezirkskonferenzen in Duisburg, Köln und auf der zentralen Falkenkonferenz.

Trotz neu aufkommender Opposition müssen wir die Lage in der SPD nüchtern einschätzen. Die Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre ist noch in Illusionen über die Möglichkeiten einer sozialdemokratischen Politik in dieser Koalitionsregierung befangen. Die wieder anwachsende Kritik in der SPD an der Politik der Führung, das Verlangen nach einer eigenen sozialdemokra-

tischen Politik zeigt aber, wie richtig es war, daß in dem Interview für die „Sozialistische Korrespondenz“ darauf hingewiesen wurde, daß die Mitglieder und Funktionäre der SPD und die 13 Millionen Wähler eine große Kraft darstellen. Ob die Regierung Kiesinger/Strauß ihren reaktionären, aggressiven Kurs durchsetzen kann, hängt davon ab, wie stark und geschlossen alle demokratischen Kräfte dagegen auftreten und wie sie ihre Forderungen nach einer neuen Politik nachdrücklich auch an die sozialdemokratischen Minister richten. Von der Aktivität der Volksmassen wird es in erster Linie abhängen, daß eine neue Politik durchgesetzt wird.

In unserer Partei gibt es, wie die Bezirksleitungen berichten, immer wieder Unklarheiten auch in diesen Fragen. In Bremen vertraten einige Genossen den Standpunkt:

„Wir müssen eine prinzipiellere Haltung zur SPD haben — wenn in gewissen Perioden SPD-Führer sich mal fortschrittlich gebärden, so ist das alles nur Dummenfang, jetzt sieht man es ja wieder, — und auch die Leute um Brenner werden noch umkippen.“

Natürlich müssen wir eine prinzipielle Haltung zur SPD haben. Diese ist in unseren Dokumenten und auch in der Einschätzung der Rolle der rechten SPD-Führung in der Regierung Kiesinger durch die 9. ZK-Tagung gegeben. Es ist aber nicht richtig, die rechten SPD-Führer und die Leute um Brenner praktisch gleichzustellen. Ähnliche Argumente mit linken, sek-

tierischen Tendenzen gibt es auch in anderen Bezirken. Die Tatsachen selbst beweisen, daß in der SPD gegensätzliche Kräfte wirksam sind. In dem eben genannten Argument kommt doch ein tiefer Unglaube an die Arbeiter, die in der SPD und den Gewerkschaften organisiert sind, zum Ausdruck.

Natürlich entsteht eine andere Politik in der SPD nicht spontan. Ebenso ist eine richtige Politik der Gewerkschaften keineswegs bereits durch gute Beschlüsse gewährleistet.

Ein Argument anderer Art lautet:

„Es kann sein, wie es will, SPD-Minister sind besser als CDU-Minister. Sie haben noch Verbindung zu den Gewerkschaften. Sie fühlen sich der Gewerkschaft verpflichtet.“

Das Argument ist falsch. Denn zum Beispiel Schiller oder Wehner fühlen sich leider keineswegs der Arbeiter-schaft verpflichtet. Ihre Taten weisen sie aus als treue Sachwalter des staats-monopolistischen Systems. In dem Interview für die „Sozialistische Korrespondenz“ wird klar gesagt, daß es erforderlich ist, dem gefährlichen Konzept der Regierung Kiesinger/Strauß, auch deren Wirtschaftspolitik, eine eigene Konzeption, eine selbständige Politik der Arbeiterklasse und aller

demokratischen Volkskräfte entgegen-zustellen. Diese Konzeption muß davon ausgehen, daß unser Volk nicht durch Machtpolitik und Krieg, sondern nur durch friedliche Arbeit, durch hohe Leistungen in Wissenschaft und Technik, in Kunst und Kultur Ansehen und Rang in der Welt gewinnen kann. Nur so werden gute und sichere Lebensverhältnisse, die der modernen Zeit entsprechen, für unser Volk gewährleistet.

Man muß sich an die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten wenden. Man darf auch den sozialdemokratischen Ministern keine Ruhe lassen. Sie müssen immer wieder erneut mit den Forderungen des Volkes konfrontiert werden. Dazu hat unsere Partei detaillierte Programme entwickelt. So die Vorschläge für eine demokratische Friedenswirtschaft, Vorschläge für eine demokratische Landwirtschaft, Grundsätze für eine demokratische Kultur- und Bildungspolitik, ein Jugendprogramm und nicht zuletzt haben unsere ZK-Tagungen konstruktive Vorschläge für Frieden und Sicherheit in Europa gemacht. Das alles gilt es als Alternative zur Kiesinger/Strauß-Regierung zu nutzen und mit den Sozialdemokraten, den Gewerkschaften in Aktionen zur Geltung zu bringen.

Mehr Beachtung unseren kulturpolitischen Grundsätzen

Angesichts des immer heftiger werdenden Kampfes in verschiedenen Bundesländern um eine bessere Schulpolitik, seien zu den eben erwähnten Grundsätzen für eine demokratische Kultur- und Bildungspolitik noch einige Worte gesagt: Unsere Partei hat vor einigen Monaten den Entwurf für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik zur Diskussion gestellt. Die Frage, wohin die Bundesrepublik treibt, ist nicht zuletzt auch ein Problem der Kultur. Die Fragen der Volksbildung und Kultur gewinnen in den Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Kräften des Monopolkapitals und den demokratischen Kräften des Volkes an Gewicht.

Es gibt eine Reihe wertvoller Anregungen und Vorschläge aus der Par-

tei zu diesem Dokument. Wir müssen aber feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Leitungen und Grundorganisationen den Entwurf noch nicht beraten und noch nicht geprüft haben, welche Schlußfolgerungen sie für ihre Arbeit daraus ziehen können. Wir sind der Meinung, daß hier eine Änderung nötig ist. Zu unseren Bemühungen um die Schaffung einer breiten antimonopolistischen Front aller demokratischen Kräfte gehört die Beratung und kollektive Herausarbeitung der Vorschläge unserer Partei für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik, gehören die Anstrengungen, auch auf diesem Gebiet in der Diskussion und Aktion das Bündnis zwischen der Arbeiterschaft und der fortschrittlichen Intelligenz zu schaffen.

Die Notstandsgesetze dürfen nicht durchkommen!

Nachdem der Bundesrat den neuen Regierungsentwurf der Notstandsverfassung Ende April gebilligt hat,

soll bekanntlich am 28. Juni die erste Lesung der Bonner Diktaturgesetze im Bundestag erfolgen. Wie der Inhalt der

Notstandsverfassung aussieht, hat das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ durch die Veröffentlichung des Entwurfs bekanntgemacht.

Vielfältig sind in den letzten Wochen und Monaten die Stellungnahmen und Beschlüsse örtlicher und betrieblicher Gremien in den Gewerkschaften, Jugendorganisationen und anderen Vereinigungen, in denen unmißverständlich auch der neue Regierungsentwurf eine Abfuhr erhielt. Nach der Abschwächung des Widerstandes gegen die Notstandsgesetze um die Jahreswende ist ein erneutes Anwachsen der Aktivitäten gegen die Notstandsgesetze festzustellen.

Aus Berichten und Einschätzungen geht hervor, daß sich das Bündnis der Arbeiter mit der Intelligenz und anderer demokratischer Kräfte zur Abwehr der Notstandsgesetze weiter entwickelt.

Der Regierungsentwurf beweist, daß die Gründe, die die führenden Partiegremien der SPD unter dem Druck einer breiten Antinotstandsbewegung in ihrer Saarbrücker Entschließung vom Mai 1965 veranlaßten, ihre Zu-

stimmung zu den Notstandsgesetzen damals zu verschieben, nach wie vor gegeben sind. Auch steht der vorliegende Entwurf im Widerspruch zu einigen Bedingungen, die der SPD-Parteitag 1962 in Köln in einer Entschließung festlegte. Darum handeln auch die Sozialdemokraten richtig, die im Sinne dieser Beschlüsse ihrer Partei gegen die Notstandsverfassung auftreten. Auf Konferenzen der Unterbezirke der SPD in München, Augsburg und Offenbach, in Frankfurt und Süd-Hessen, in Köln, Duisburg, Gelsenkirchen und anderen Gebieten wurde die Beteiligung von SPD-Ministern an der Kiesinger-Regierung kritisiert und der Protest gegen die Notstandsgesetze erneuert.

Wir Kommunisten begrüßen die Erklärung des DGB-Vorstandes, der die Gültigkeit der Antinotstandsbeschlüsse des 6. und 7. DGB-Kongresses betont. Rosenberg, Brenner und andere Gewerkschaftsführer haben auch in den letzten Tagen erneut jede Notstandsgesetzgebung abgelehnt und ihren Willen bekundet, die Notstandsgesetze zu verhindern.

Den Neonazismus nicht unterschätzen

Unsere Partei hat gemeinsam mit allen friedliebenden Kräften in der Bundesrepublik vor den neonazistischen Gefahren gewarnt, die sich aus der Bonner Politik der Atomrüstung, der Gebietsansprüche, der Alleinvertretungsmaßnahme, der Förderung des Revanchegeistes ergeben. Die im Januar 1967 abgegebene Erklärung der Regierung der Sowjetunion zu der gefährlichen neonazistischen und militaristischen Entwicklung der Bundesrepublik war eine eindringliche Warnung an die Völker Europas, aber im besonderen an das Volk der Bundesrepublik.

Die herrschenden Kräfte in Bonn versuchen, unterstützt von rechten Führern der SPD, das Anwachsen und die Erfolge der neonazistischen NPD zu bagatellisieren, so wie das jetzt wieder auf dem CDU-Parteitag geschehen ist. Die Minister Lücke und Heck werden nicht müde, die NPD reinzuwaschen, sie als nationale, konservative Kraft darzustellen; offensichtlich zu dem Zweck, die NPD als Reserve aufzubauen, sie hoffähig zu machen, damit die NPD, wenn die SPD genü-

gend geschwächt ist, als Koalitionspartner in die Regierung genommen werden kann.

Die Tatsache, daß neben Bayern und Hessen die NPD im Landtag von Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und nun auch in Niedersachsen vertreten ist, alarmiert uns erneut.

Das Politische Büro des ZK hat sich in einem Beschluß mit der Entwicklung, dem Wesen und der Rolle der NPD beschäftigt. In mehreren Artikeln wurde die Partei zu dieser Problematik angeleitet. Wir würden einen großen Fehler machen, wenn wir die Gefahr des Neonazismus nur in der NPD sehen und den Kampf gegen ihn auf die NPD beschränkten. CDU, CSU und NPD sind Parteien des Monopolkapitals. Kampf gegen Neonazismus muß Kampf gegen die Politik der Kiesinger/Strauß-Regierung sein.

Es ist von großer Bedeutung, wenn Sozialdemokraten, Christen, Kommunisten und andere demokratische Kräfte gemeinsam gegen den Neonazismus vorgehen. Durch Aktionen konnte die NPD daran gehindert werden,

ihren vorgesehenen Parteitag durchzuführen. In Nürnberg wurde verhindert, daß die NPD für ihren Parteitag einen Saal erhielt. Dort wurde die Sache richtig gemacht. In den Gewerkschaften gab es einen politisch begründeten Beschluß zur Verhinderung des Parteitages der NPD in Nürnberg. In einem Flugblatt wurde die Bevölkerung informiert und zu einer Kundgebung aufgerufen. So entstand eine breite Bewegung, von den Betriebsräten bis zum Oberbürgermeister, die zu dem örtlichen Erfolg führte. Eine bemerkenswerte Initiative gibt es in Mannheim, wo sich ein Komitee gegen den Neonazismus bildete.

Von gewerkschaftlichen Gremien aus entwickelt sich immer stärker die Forderung nach dem Verbot der NPD. Im Januar wandte sich der Bundesvor-

stand des DGB in einem entsprechenden Appell an den Bundesrat, die Bundesregierung und die Landesregierungen. **Wir Kommunisten sind für ein solches Verbot und stehen dabei auf dem Standpunkt: ohne Verfahren müßte der Innenminister gegen diese nazistische Nachfolgeorganisation vorgehen, weil das Grundgesetz festlegt, daß die nach dem Krieg erlassenen Bestimmungen über das Verbot der Fortführung einer nazistischen Bewegung rechtsgültig sind.**

Auch hier zeigt sich, daß die Bundesregierung nicht an ein Verbot der NPD denkt. Damit wird noch klarer: das Problem des Neonazismus erschöpft sich nicht in der NPD. Mehr denn je ist es notwendig, den Wurzeln der neonazistischen Entwicklung in der Bundesrepublik zu Leibe zu gehen.

Zur Wirtschaftspolitik der Kiesinger/Strauß-Regierung

Angesichts der krisenhaften Entwicklung bei uns und der Senkung des Lebensstandards breiter Massen gewinnt die große Perspektive der vollen Entfaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR noch mehr an Bedeutung. Dort gibt es keine Krise, keine Arbeitslosigkeit. Vollbeschäftigung, stetiges wirtschaftliches Wachstum und laufende Erhöhung des Lebensstandards sind garantiert.

Ministerpräsident Willi Stoph kündigte schon auf dem VII. Parteitag u. a. die Einführung der 5-Tage-Woche und eine Verlängerung des Urlaubs an. Der Ministerrat hat inzwischen die erforderlichen Beschlüsse gefaßt, um am 28. August die durchgängige 5-Tage-Woche zu realisieren. Ein längerer Urlaub tritt ebenso in Kraft wie eine Rentenerhöhung und eine Verbesserung des Kindergeldes sowie eine Anhebung der Mindestlöhne für die unteren Einkommensgruppen.

Das alles zeigt anschaulich, mit dem Sozialismus geht es auch in Deutschland aufwärts, während der Kapitalismus sich auf dem absteigenden Ast befindet.

Der Eintritt sozialdemokratischer Führer in das Kiesinger/Strauß-Kabinett wurde auch damit begründet, eine neue Wirtschaftspolitik durchzusetzen, um Stabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung zu erreichen.

Schon die Regierungserklärung Kie-

singers ließ erkennen, daß die Folgen der inneren Widersprüche und Krisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Werktätigen abgewälzt werden sollen. Sicherung und Wachstum der Profite, das ist das Hauptziel der Wirtschaftspolitik dieser Regierung.

Wie ist die wirtschaftliche Lage nach 6 Monaten Großer Koalition? Die wichtigsten Fakten sind bekannt. Trotz Frühjahrssaison gibt es noch fast fünfhunderttausend Vollerwerbslose und 173 000 Kurzarbeiter. Dazu kommt, daß seit der Jahreswende weit über 200 000 Gastarbeiter entlassen wurden.

Die industrielle Gesamtproduktion ist auch im 1. Quartal 1967 laufend unter dem jeweiligen Niveau des Vorjahres geblieben. D. h., daß die Industrieproduktion seit einem halben Jahr nicht nur stagniert, sondern absolut rückläufig ist.

Welches Ausmaß dieser Kriseneinbruch erreicht hat, mögen einige Zahlen beweisen. Laut Wirtschaftswissenschaftlichem Institut des DGB betrug der Rückgang der Produktion im März 1967 gegenüber März 1966 in der

Industrie Steine-Erden	20,8%
beim Maschinenbau	12,1%
in der Autoindustrie	25,7%
in der Textilindustrie	15 % und
in der Lederindustrie	22,8%

Für die weiteren Aussichten der Konjunktur sind die Auftragseingänge

ein ziemlich sicheres Barometer. Die Auftragseingänge sind aber im März gegenüber dem März des Vorjahres noch stärker zurückgegangen als die Produktion: in der Gesamtindustrie um 13,4 Prozent, bei den Verbrauchsgütern um 22,4 Prozent, bei den Investitionsgütern um 15,1 Prozent, im Bauhauptgewerbe um 27,8 Prozent.

Das WWI schlußfolgerte richtig, daß das 1. Quartal die Krisenhaftigkeit der westdeutschen Konjunktur voll hat zutage treten lassen. Diese Tendenzen haben sich ohne Unterbrechung weiter fortgesetzt.

Wenn in der Partei in der letzten Zeit öfter die Frage gestellt wurde, ob die Wirtschaft in Westdeutschland

sich in einer Krise befindet, so muß man aufgrund der objektiven Fakten feststellen: seit einem halben Jahr gibt es eine zyklische Krise, wie sie Karl Marx als gesetzmäßig für die kapitalistische Wirtschaft bezeichnet hat. Diese zyklische/ Krise fällt zusammen mit länger andauernden Strukturkrisen im Bergbau, der Stahlindustrie und anderen Industrien, der massenhaften Freisetzung von Arbeitskräften durch Einführung neuer Produktionstechniken nach modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Diese Krisenerscheinungen zeigen anschaulich, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus die moderne Produktionsentwicklung nicht beherrscht.

Abbau der Löhne und Sozialleistungen stoppen

Eine andere Seite der Erhöhung der Ausbeutung ist der Generalangriff der Monopole auf den Lebensstandard der Werktätigen. Es begann mit den Maßhalteparolen Erhards, dem Abbau sozialer Leistungen in den Betrieben, der Forderung nach einem Lohnstopp, und jetzt ist bereits der direkte, offene Lohnabbau auf die Tagesordnung gesetzt. Krupp setzte einen generellen Lohnabbau von 5 Prozent durch. Hanomag forderte einen Abbau von 6 Prozent. Der Effektivlohn der Fliesenleger soll und 30—40 Prozent gesenkt werden. Das alles sind alarmierende Zeichen. Die ganze Arbeiterklasse ist zwingend vor die Notwendigkeit gestellt, mit Kampfmaßnahmen ihren Lebensstandard zu verteidigen. Unser Zentralkomitee hat auf der 8. und 9. Tagung bereits diesen Sachverhalt aufgedeckt und die Aufgabe gestellt, das zu halten, was die Arbeiter haben, um von dieser Grundlage aus neue Kämpfe um Verbesserungen zu führen. In unseren Vorschlägen für eine demokratische Friedenswirtschaft wurde

ein Ausweg aus den krisenhaften Schwierigkeiten in der Wirtschaft gezeigt. Unserer Meinung nach arbeiten jedoch unsere Leitungen und Betriebsgruppen noch viel zu wenig mit diesen Vorschlägen, die eine ausgezeichnete Alternative zur Wirtschaftspolitik der Großen Koalition sind.

Die Wirtschaftspolitik der Kiesinger-/Strauß-Regierung, die auf dem CDU-Parteitag noch einmal bekräftigt wurde, findet bei den werktätigen Massen bereits starke Kritik. Auf diesem Gebiet erfahren Millionen, die Mehrheit der Bevölkerung, wie teuer ihr die Durchsetzung der Wirtschaftspolitik kommt, die den Rüstungsplänen der Militaristen untergeordnet ist. Die hochtrabenden Worte, wie „konzertierte Aktion“, „aufgeklärte Marktwirtschaft“, „soziale Symmetrie“, die Schiller gebraucht, sollen nur verhüllen, daß es dabei um die formierte Gesellschaft geht, in der die Profitancen für die Monopole erhöht und das staatsmonopolistische System gefestigt werden soll.

Das neue Wirtschaftszwangsgesetz der Monopole

Mit einer weiteren Änderung des Grundgesetzes ist z. B. vor kurzem das sogenannte Wirtschafts-Stabilisierungsgesetz beschlossen worden. In Wahrheit ist dieses Gesetz ein Teil der Notstandsgesetze und schränkt die Finanzhoheit der Länder und Gemeinden ein. Das Gesetz gibt der Regierung die Vollmacht, die Konzerne für ihre reaktionäre und antisoziale Betriebs-

und Wirtschaftspolitik noch zu präzisieren, z. B. in Form einer Investitionshilfe, durch einen Abzug von der Einkommenssteuer bis zur Höhe von 7,5 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten von Investitionsgütern.

Die Einkommenssteuer einschließlich des Steuerabzugs vom Kapitalertrag kann um 10 Prozent herabgesetzt wer-

den. Es ist leicht einzusehen, daß damit die großen Konzerne zusätzliche Milliarden Gewinne erzielen können. Es wird auch in diesem Gesetz sichtbar, daß in der Wirtschaft der Bundesrepublik der Profit das höchste Prinzip ist. So begünstigt die Regierung die Konzerne, die skrupellos Hunderttausende Arbeiter und Angestellte entlassen und mit Kurzarbeit den sozialen Druck in den Betrieben maßlos steigern. Diese Regierung hat die Mehrwertsteuer im Bundestag durchgebracht. Neue Belastungen werden damit ab 1968 den Verbrauchern auferlegt.

Nach der Konzeption der Bundesregierung hängt die Belebung der Konjunktur absolut von den Gewinnerwartungen der Unternehmer und Bankherren ab. Die Konzeption, die von Schiller als „aufgeklärte Marktwirtschaft“ bezeichnet wird, findet den offenen Beifall der Unternehmerzeitschriften. Im „Handelsblatt“ wurde festgestellt, daß diese Art Konjunkturpolitik von der Wirtschaft mit Wohlgefallen registriert wird.

Heuchlerisch wird im § 1 des Stabilisierungsgesetzes behauptet, mit dem Gesetz sollte ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt werden. Was ist das für ein Gleichgewicht, wenn die Profite steigen und die Löhne sinken; wenn die Macht der Konzern-

herren wächst und Arbeiter erwerbslos werden, wenn der Rüstungsetat steigt und der Sozialetat gekürzt wird? Ist es etwa eine Gleichgewichtsmaßnahme, wenn 1967 für 1,8 Milliarden Mark in den USA und Großbritannien Waffen gekauft werden? Oder was soll man dazu sagen, daß die Bundesbank für 2 Milliarden DM USA-Schatzanweisungen kauft? Das ist doch nichts anderes als eine Kriegsanleihe, mit der die Kiesinger-Regierung direkt den Krieg der USA in Vietnam finanziert.

Wir Kommunisten sind mit den Gewerkschaften für eine Stabilisierungspolitik und für eine Ankurbelung der Konjunktur. Dazu haben wir in unserem Wirtschaftsprogramm bereits im September vorigen Jahres Vorschläge gemacht.

Die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften brauchen wirksame Konjunkturinstrumente. Es ist die Mitbestimmung, die maßgebliche Beteiligung der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften an den Entscheidungen im Betrieb, der Wirtschaft und allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens notwendig. Damit würden sich auch die Investitionen so steuern lassen, daß wirtschaftliche Stabilität und Lebensstandard der Bevölkerung gesichert werden.

Massenkaufkraft stärken!

In der Prognose des WWI zur Wirtschaftsentwicklung wird zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß

„eine wirksame Konjunkturbelebung . . . in diesem Jahr nur durch eine verstärkte Inlandsnachfrage erzielt werden kann“.

Wie richtig das ist, zeigen Berechnungen, daß durch den Abbau der Effektivlöhne und Sozialleistungen in den Betrieben und Preissteigerungen im Jahre 1967 eine Verminderung der Massenkaufkraft von etwa 15 Milliarden DM eintritt. Das zeigt, wie notwendig zu einer Belebung der Konjunktur eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Renten ist.

Wie verhalten sich die Gewerkschaften in dieser neuen Lage und zu den Aufgaben, die ihnen notwendigerweise zufallen? Zunächst muß festgestellt werden, daß die Gewerkschaften

unter einen zunehmenden Druck geraten sind.

In der Unternehmerpresse gab es heftige Attacken gegen die Gewerkschaften. Die Spaltung des DGB wurde heraufbeschworen. Eine neue Standortdebatte sollte den Gewerkschaften aufgezwungen werden. Es ging dabei um den Kampf der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze, die demokratische Grundhaltung in den gesellschaftlichen Fragen und um die aktive Lohnpolitik. Unsere Partei hat sich energisch gegen alle diese Angriffe auf die Gewerkschaften gewandt und die Einheit der Gewerkschaften verteidigt.

Es gibt aber auch in den Gewerkschaften selbst Unsicherheit und ein gewisses Nachgeben gegenüber der Wirtschaftspolitik der Regierung der Konzerne und Monopole, die von Schiller praktiziert wird, mit dem wir

uns nicht abfinden können. Es sind im wesentlichen Illusionen darüber, daß durch die konzertierte Aktion, durch eine mittelfristige Finanzplanung, das Stabilisierungsgesetz, durch Zinsverbilligungen ein stabiles, abgewogenes wirtschaftliches Wachstum erreicht werden könnte. Darüber bedarf es in

den Gewerkschaften einer gründlichen Diskussion. Hier erhebt sich für uns als Partei die Frage, ob unsere Leistungen die Mitglieder unserer Betriebsgruppen genügend befähigt haben, diese Diskussionen im Sinne unseres Wirtschaftsprogramms führen zu können.

Richtige gewerkschaftliche Vorstellungen für neuen Weg in der Wirtschaftspolitik

Es gibt aber auch richtige Vorstellungen in den Gewerkschaften über einen anderen Weg, als den der Regierung. Die IG Metall fordert bekanntlich Senkung der Rüstungsausgaben, Verkürzung des Wehrdienstes, Erhöhung der Massenkaukraft, beispielsweise auch durch eine zehnprozentige Senkung der Lohnsteuer, Aufrechterhaltung der Tarifautonomie. Auch in der „Welt der Arbeit“ wird die Erhöhung der Einkommen als wichtig für die Belebung der Konjunktur angesehen. Das sind richtige Erkenntnisse, die zusammen mit unserem Wirtschaftsprogramm zu einer klaren Wirtschaftskonzeption, zu einer Alternative zur Wirtschaftspolitik der Kiesinger-Regierung entwickelt werden müssen.

Gleichzeitig sollte unsere Partei alles tun, um in konkreten Fällen des Abbaus von Leistungen im Betrieb den aktiven Widerstand zu organisieren. Einzelne Beispiele zeigen, daß die Arbeiter bei richtiger Aufklärung und Organisation durchaus bereit sind, für ihre Rechte zu kämpfen. Ich erinnere nur an die erfolgreichen Streikaktionen bei Hanomag in Hannover und Bremen, bei HOAG in Oberhausen

sowie bei Heidenreich & Harbeck in Hamburg.

Die Streikaktionen bei Hanomag und die große Solidarität, die mit den streikenden Arbeitern erreicht werden konnte, ist für die Entfaltung des Kampfes gegen den Angriff der Monopole von grundsätzlicher Bedeutung. Hier zeigte sich, daß durch die einheitliche Aktion von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten auch übertarifliche Effektivlöhne erfolgreich verteidigt werden können. Es ist besonders zu unterstreichen, daß die IG Metall und auch der örtliche DGB die Aktionen unterstützt haben. Die Streikaktionen bei Hanomag bringen deutlich zum Ausdruck, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter über die Wirtschaftspolitik der Konzerne und ihrer Regierung zunimmt, daß eine neue Etappe des verschärften Kampfes der Arbeiter um ihre sozialen und demokratischen Rechte beginnen kann. Unsere Aufgabe ist es, den Streik von Hanomag als Beispiel für alle ähnlichen Situationen in den Betrieben der ganzen Bundesrepublik hinzustellen, dabei zu helfen, daß die Gewerkschaften diese entschlossene Abwehr von Angriffen auf die effektiven Löhne zur Richtschnur ihres Handelns machen.

Für aktiven Kampf um höhere Löhne

Bekanntlich läuft am 30. Juni der Tarifvertrag in der metallverarbeitenden Industrie ab. Weitere Tarife laufen ab im Bereich der ÖTV, der Post, der DAG und der Bundesbahn. Etwa 4 Millionen Arbeiter stehen vor einem Lohnkampf. Der größte Teil dieser Tarife ist bereits gekündigt. Einige Gewerkschaften fordern eine Erhöhung der Löhne und Gehälter bis etwa 5 Prozent. Die IG Metall hatte einen Teil der Lohnsätze gekündigt, ohne konkrete Lohnforderungen zu erheben.

Der Gesamtverband der Metallindustriellen hat in provokatorischer Weise von sich aus alle Tarife in der Metallindustrie gekündigt und fordert die Verlängerung der jetzigen Tarife bis März nächsten Jahres. Damit will Gesamtmetall gleichzeitig einen Stopp der Tariflöhne und Freiheit für weitere Senkung der Effektivverdienste von Betrieb zu Betrieb. Der IG Metall geht es in dieser Situation in erster Linie um die tarifliche Absicherung der tatsächlichen Verdienste. Diese Haltung der IG Metall gibt die Mög-

lichkeit, auf breiter Front von den Gewerkschaften unterstützte betriebliche Kämpfe gegen den laufend durchgeführten Lohnraub zu führen. Das ist der Kern der Sache. Diese richtige Orientierung muß unterstützt und mit allen Kräften praktiziert werden.

Bedenklich ist der augenblickliche Verzicht auf eine Forderung nach Erhöhung der Löhne der Metallarbeiter. Für eine Erhöhung der Löhne gibt es aber viele gute Gründe:

- ① sind die Preise gestiegen und sie steigen weiter;
- ② haben die Konzerne Riesengewinne gemacht, machen weiter große Gewinne und haben erhebliche Rücklagen angehäuft;
- ③ ist die Produktivität weiter gewachsen;
- ④ verstößt der Verzicht auf eine Lohnerhöhung gegen die wachsende Erkenntnis, daß die Konjunktur durch eine Erhöhung der Massenkaukraft belebt werden muß;
- ⑤ ist in den tarifpolitischen Grundsätzen ausdrücklich neu festgelegt, daß die Gewerkschaften an der

aktiven Tarifpolitik, d. h. dem Kampf um einen höheren Anteil am Sozialprodukt festhalten.

Große Anstrengungen gilt es noch zu machen, damit die Arbeiter in der Stahlindustrie ihre Forderungen durchsetzen können. Dort gibt es bekanntlich seit Ende Januar einen tariflosen Zustand. Die Vertrauensleutekonferenzen der Westfalen-Hütte, Mannesmann Duisburg und der Mülheimer Eisenwerke erhoben einheitlich die Forderung nach einer fünfprozentigen Lohnerhöhung und einer Verbesserung der Vergütung für Lehrlinge um 20,00 DM. Die IG Metall hat offiziell eine Lohnforderung von 3,8 Prozent erhoben. Daß es bis jetzt noch keine größere Aktivität der Stahlarbeiter für höheren Lohn gibt, hat im wesentlichen seine Ursachen darin, daß bei großen Teilen der Stahlarbeiter ein Unglaube vorhanden ist, daß man in dieser Krisenlage Lohnerhöhungen durchsetzen könnte. Wir müssen in diesen Fragen, Klarheit schaffen, wie man trotz der Krisensituationen Lohnerhöhungen durchsetzen kann.

Unsere aktive Energiepolitik

Im Bergbau gibt es in der jüngsten Zeit wieder eine wachsende Unruhe, Unzufriedenheit und Empörung. Ein Schwerpunkt war die Demonstration und Großkundgebung mit roten und schwarzen Fahnen in Oberhausen gegen die Stilllegung der Zeche Concordia. Dabei hat auch unsere Partei eine große Aktivität entfaltet.

Die Demonstration in Oberhausen hat etwas Neues gezeigt. Es kam eine breite antimonopolistische Front von den Bergarbeitern, über die Geschäftsleute bis zur Stadtverwaltung, zustande. Es gab heftige Kritik an der Bonner Wirtschaftspolitik; Forderungen nach Überführung der Betriebe des Bergbaus in öffentliche Hand wurden erhoben und weitere politische Aktivitäten wurden angekündigt. Das Auftauchen von roten Fahnen kann eine politische Bedeutung gewinnen, in dem Sinne, daß stärker für einen Ausweg gekämpft werden muß; während die schwarzen Fahnen zwar auch Protest bedeuten, aber doch

auch eine gewisse Resignation über das Zechensterben symbolisieren.

Den von der Regierung Kiesinger und ihrem Wirtschaftsminister Schiller entworfenen Plan für die Kohlepolitik kann man nur als eine zynische Herausforderung der Bergarbeiter ansehen. Wie der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Bürgermeister von Erkenschwieck, Heinz Netta, nachgewiesen hat, würde die Senkung der Förderkapazität um 35 Millionen Tonnen 120 000 Arbeitsplätze im Bergbau und in den Zulieferindustrien vernichten. Das kommt einer Wertzerstörung von 12 Milliarden Mark gleich. Den von den Zechenstilllegungen direkt oder indirekt betroffenen Arbeitern und Angestellten droht ein jährlicher Lohnverlust von mehr als einer Milliarde Mark im Jahr.

Die Realisierung dieses Planes wäre das Todesurteil gegen Tausende Bergarbeiterfamilien und viele Bergarbeitergemeinden und -städte. Ein-

mütiger, kraftvoller Widerstand — nur das kann die Antwort der Bergarbeiter und des ganzen Ruhrgebietes sein. In der IG Bergbau, in den Städten und Gemeinden sollten sich Sozialdemokraten, Christen, Parteilose gemeinsam mit uns Kommunisten für die folgenden lebenswichtigen Forderungen einsetzen:

— Sofortiges Verbot jeder Zechenstilllegung, keinerlei Prämien für Zechenschließungen;

— Bezahlung aller Feierschichten;

— Beendigung der Kohleimporte und Kontingentierung der Öleinfuhren und Beschränkung des Ausbaus weiterer Raffineriekapazitäten;

— Überführung des Bergbaus in öffentliches Eigentum unter demokratischer Verwaltung bei voller Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften;

— eine moderne Energiepolitik, die neben der Verwendung anderer Energieträger eine rationelle Nutzung und Veredelung der Kohle ermöglicht und so die Zukunft der Bevölkerung im Ruhrgebiet gewährleistet.

Das Politbüro hat vor einigen Wochen einen Beschluß zur Arbeit unter

den Arbeitslosen angenommen.¹⁾ Damit hat unsere Partei eine ausgearbeitete Argumentation zu diesen Fragen erhalten und sind Vorschläge für diese spezielle Arbeit entwickelt. Die Arbeitslosigkeit wird als Geißel des Kapitalismus gekennzeichnet, die auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus wirksam ist. Die Monopole sind an einer industriellen Reservearmee interessiert, um den Druck auf Lohn und soziale Leistungen zu verstärken. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit wird verursacht durch den Tiefstand des Zyklus in der Wirtschaftsentwicklung, der zusammenfällt mit den Auswirkungen der technischen Revolution und den länger wirkenden Strukturkrisen. Die Arbeitslosigkeit hat jetzt bereits zu einer Steigerung der Ausbeutung in den Betrieben geführt.

Im Beschluß wird die Gemeinsamkeit der Interessen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen betont. Es wird unterstrichen, daß der Kampf der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern, den Gewerkschaften gegen Entlassung, für Vollbeschäftigung auf der Basis eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums geführt werden muß. Unser Wirtschaftsprogramm kann dazu ein Ausgangspunkt sein.

Gemeinsame Aktionen für gemeinsame Interessen

Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, auf der Konferenz in Karlovy Vary

Im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen die Probleme der Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens in Europa. Aber selbstverständlich können wir diese Aufgabenstellung nicht nur als eine kontinentale betrachten. Wir sehen den engen Zusammenhang zwischen den Bemühungen und dem Ringen der Völker aller Kontinente gegen die imperialistische Aggression, für nationale Unabhängigkeit und Freiheit und die Sicherung des Weltfriedens. Jeder Erfolg im Kampf gegen die imperialistische Aggression in diesem oder jenem Erdteil ist ein

Erfolg aller kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antikolonialistischen Bewegungen. Alle Völker stehen dem gleichen imperialistischen Feind gegenüber, der überall den Frieden und den Fortschritt bedroht. Darum gibt es auch einen untrennbaren Zusammenhang zwischen dem Kampf des heldenmütigen vietnamesischen Volkes gegen den USA-Imperialismus und dem Kampf, den wir in unseren Ländern für die Sicherheit und den Frieden auf unserem Kontinent führen.

Unsere Partei stimmt vollkommen der Auffassung zu, daß die Kräfte des Sozialismus weiter wachsen, der Imperialismus aber schwächer wird. Zur gleichen Zeit aber wird der Imperialis-

¹⁾ Siehe auch den Beitrag in dieser Ausgabe „Zur Gewerkschaftspolitik in der neuen wirtschaftlichen Lage.“

mus abenteuerlicher und aggressiver. Das betrifft in erster Linie den amerikanischen wie den westdeutschen Imperialismus. Zwischen dem amerikanischen und dem westdeutschen Imperialismus herrscht trotz bestehender Gegensätze eine enge Komplizenschaft in der militärischen und strategischen Zusammenarbeit. Das ermuntert die westdeutschen Imperialisten in ihrem Vormachtstreben und in ihrer Revanchepolitik, während die Völker und zahlreiche Staaten Europas, darunter auch kapitalistische Staaten, Entspannung und Sicherheit wollen. Das schafft gute Voraussetzungen für das Zustandekommen eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa.

Die neue Regierung Kiesinger/Strauß spricht, um eine neue Politik vorzutäuschen, gegenwärtig von der Schaffung einer europäischen Friedensordnung. Es war der neue Kanzler Kiesinger, der vor kurzem zum amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey sagte: „Es kann keine Entspannung zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik geben, solange Deutschland nicht wiedervereinigt ist.“ Das ist die alte Methode der deutschen Imperialisten: Erfüllt erst unsere Forderungen — die stets weitergespannt werden — und dann kann man über Entspannung reden. Das ähnelt der Methode Hitlers, der sich auch des Wechselbades massiver Erpressermethoden und scheinheiliger Friedensbeteuerungen bediente.

Hitlers „Mein Kampf“ wie der „Entwurf für Europa“ von Franz Josef Strauß entsprechen damals wie heute der Konzeption der extremsten reaktionären und aggressiven Kreise des deutschen Monopolkapitals. Strauß bestimmt im neuen Kabinett die politische Richtung und ist der Ideologe des Neonazismus und des Strebens nach neuer Vormachtstellung des westdeutschen Imperialismus. Der Grund-

tenor seines „Entwurfs für Europa“ lautet:

Überwindung des Status quo zur Verschiebung der politischen Machtverhältnisse. Die von Strauß konzipierte „neue“ Ostpolitik, die er auch als europäische Vorwärtspolitik bezeichnet, ist Bestandteil der militärischen Vorwärtsstrategie des Bonner Generalstabes. Die hartnäckigen, diplomatischen und propagandistischen Störmanöver der Regierung Kiesinger/Strauß zur Verhinderung eines Atomwaffensperrvertrages dienen dem Zweck, auf verschiedenen Wegen an Atomwaffen zu gelangen, wozu auch die Forderung nach einer europäischen Atomstreitmacht gehört.

Vielfach wird an die Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Führer die Hoffnung auf eine realistischere Politik geknüpft. Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte des deutschen Imperialismus, daß sozialdemokratische Führer in dem Augenblick in die Regierung genommen wurden, als die herrschenden imperialistischen Kreise es von ihren Interessen und ihren Zielen her für erforderlich hielten.

Die CDU sah sich mit ihrer „Politik der Stärke“ einem tiefen Vertrauensschwund, einer verstärkten Gegenwehr im Inneren wie einer wachsenden außenpolitischen Isolierung gegenüber. Die sozialdemokratischen Führer wurden in die Regierung genommen, um den alten Kurs weiterzuführen und zu forcieren. Es ging also nicht um eine Teilung der Macht, sondern um die alte Politik mit neuen Methoden weiterführen zu können und die außenpolitische Isolierung zu durchbrechen. Das bestätigte vor wenigen Tagen Kiesinger in einer Versammlung vor Unternehmern, indem er sagte: „Die große Koalition war nur möglich, weil die SPD sich innen- und außenpolitisch in ihrem Programm immer mehr dem der CDU angenähert hatte. Bis jetzt sind wir nicht schlecht gefahren.“

Sozialdemokratische Minister sollen Massen zum Stillhalten bewegen

Die Rolle der sozialdemokratischen Minister in der Regierung Kiesinger/Strauß besteht vor allem darin, die Massen zum Stillhalten zu bewegen, den verschärften Kurs auf Massenbelastungen und auf eine Notstands-

diktatur durchzusetzen. Die sozialdemokratischen Minister sollen helfen, die innenpolitischen Bedingungen zu schaffen, damit die Expansionspolitik nach außen mehr Spielraum bekommt. Diese Expansionspolitik richtet sich zu-

erst und vor allem gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie richtet sich darüber hinaus gegen die sozialistischen Länder wie auch gegen kapitalistische Länder Europas. Es wird immer deutlicher, daß die herrschenden Kreise der Bundesrepublik große Anstrengungen machen, um ihre ökonomische, militärische und politische Vorherrschaft in der EWG auszubauen und ihren Einfluß in der NATO zu verstärken.

In dieser Politik liegen auch die Ursachen, die gegenwärtig das schnelle Anwachsen des Neonazismus bedingen. Man darf den Neonazismus nicht allein in der Existenz und dem Wachstum der NPD sehen. Die NPD wird von den imperialistischen Kreisen und der Regierung wohlwollend unterstützt, gerade weil die nazistischen Kräfte und der Neonazismus ebenso in der CDU/CSU wirksam sind. Die wesentlichen Ziele und Parolen der NPD stimmen mit denen von Strauß, Kiesinger, Guttenberg und anderen Führern der CDU/CSU völlig überein. Antikommunismus und Revanchismus, die grundlegende Doktrin aller Regierungen der Bundesrepublik und auch solcher rechten SPD-Führer wie Wehner, sind der Boden, auf dem der Neonazismus gedeihen und wachsen kann. Da die westdeutsche Bundeswehr von Hitleroffizieren aufgebaut und im Geiste des deutschen Militarismus und Revanchismus erzogen wurde, ist es nicht zufällig, daß die NPD gerade unter den Offizieren und dem Stammpersonal dieser Armee ihren stärksten Einfluß hat.

In wesentlichen Teilen dieser Einschätzung stimmen mit uns auch viele Gewerkschafter, erhebliche Teile der humanistischen Intelligenz und demokratische Bürger überein.

Bei dieser Lage ist es nicht zufällig, daß die Bundesregierung durch ihren Innenminister Lücke entschieden alle Forderungen aus der demokratischen Öffentlichkeit nach einem Verbot der NPD ablehnt und sich gleichzeitig gegen diejenigen wendet, die die Aufhebung des KPD-Verbots verlangen. Die Aufrechterhaltung des Verbots unserer Partei, verbunden mit der Notstandsgesetzgebung und dem Angriff auf die Grundrechte der Gewerkschaften ist Ausdruck des verschärften ag-

gressiven Kurses nach innen und außen.

Wir sind der Meinung, daß eine klare Einschätzung der Lage und konstruktive Vorschläge für ein System kollektiver Sicherheit in Europa, wie wir sie hier auf der Konferenz in Karlovy Vary beraten, unserer Partei und den friedliebenden und demokratischen Kräften in der Bundesrepublik helfen werden, den Widerstand gegen Neonazismus und Kriegsvorbereitung, für eine Politik der Entspannung, der Abrüstung und des Friedens zu verbreitern. Die Haltung vieler Gewerkschafter und Sozialdemokraten, die Aktivität der Kampagne für Abrüstung und des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ beweisen, daß in der Bundesrepublik — wenn auch nicht stark genug — aktive Kräfte für eine realistische, auf Entspannung und Verständigung gerichtete Politik wirken. Nicht nur unsere Partei, sondern auch in den Gewerkschaften, in der Arbeiterjugend, von den Studenten, von Kreisen der Intelligenz, werden die Forderungen erhoben nach Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesregierung, der Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und der bestehenden Grenzen in Europa. Zur Überwindung der Krisenerscheinungen in der westdeutschen Wirtschaft fordern sie eine einschneidende Kürzung der Rüstungsausgaben zugunsten der Sozialausgaben.

Entgegen der Sabotage der Bundesregierung gegenüber einem Atomwaffensperrvertrag wird von ihnen die bindende Erklärung gefordert, daß die Bundesrepublik diesem Vertrag beiträgt, auf atomare Bewaffnung, gleich in welcher Form, verzichtet und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone unterstützt. In der Bevölkerung der Bundesrepublik verstärkt sich die Ablehnung des amerikanischen Krieges gegen das vietnamesische Volk und seiner Unterstützung durch die Bundesregierung. Auch die sozialen Auseinandersetzungen sind härter geworden, da im Zusammenhang mit den Krisenerscheinungen der westdeutschen Wirtschaft die Bundesregierung ihren sozialreaktionären Kurs verschärft, um die Finanzierung der Rüstung und die Mammutprofite der Mo-

nopole auf Kosten der werktätigen Massen zu sichern. Darum will die Regierung Kiesinger/Strauß mit den Notstandsgesetzen sowohl alle Kräfte

in den Dienst ihrer Kriegspolitik stellen als auch ein Instrument zur Unterdrückung der Volksmassen und vor allem der Gewerkschaften schaffen.

Ideen der Kommunisten werden wirksam

Unsere Partei kämpft seit vielen Jahren gegen den Strom des Antikommunismus, des Chauvinismus und des gewaltigen Propagandaapparates zur Manipulierung und Irreführung der Massen.

Dabei konzentrieren wir unsere Politik besonders auf die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, auf klärende Aussprachen mit ihnen, auf die Verbreitung sozialistischen Gedankenguts, auf gemeinsame Aktionen für unsere gemeinsamen demokratischen und sozialen Interessen. Das ist der Weg, um mehr und mehr Sozialdemokraten von der Gemeinsamkeitspolitik der rechten SPD-Führer mit der CDU/CSU zu lösen, damit sie stärker mit den Gewerkschaften und allen demokratischen Kräften für eine Politik des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts eintreten.

Die Friedensanhänger in der Bundesrepublik werden aus dieser Beratung und ihren Ergebnissen große Kraft und neue Initiativen für ihr Handeln schöpfen. Die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa entspricht auch den wahrhaft nationalen und friedlichen Interessen der westdeutschen Bevölkerung. Damit, würde in der Bundesrepublik den Gefahren des Revanchismus und Neonazismus Einhalt geboten. Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist ganz besonders interessiert an einem europäischen Sicherheitssystem, weil sich hier die Hauptkräfte der beiden Militärpaktsysteme gegenüberstehen und ein Zusammenstoß zwischen ihnen die sofortige Vernichtung der Bundesrepublik zur Folge hätte.

Mit der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa würde die Bundesrepublik aufhören, Brückenkopf der USA-Imperialisten, Speerspitze gegen die sozialistischen Länder zu sein. Von ihrem Boden würden die mehr als 5000 Atomsprengköpfe verschwinden, die atomare Gegenschläge anziehen würden. Mit der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicher-

heit in Europa würde die Bundeswehr beschränkt werden auf die Aufgabe der Verteidigung der Grenzen der Bundesrepublik. Dadurch könnten der aufgeblähte Rüstungsetat um die Hälfte vermindert und diese Mittel zur Lösung der dringenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben verwandt werden. Durch kollektive Sicherheit würden auch die Gefahren für Freiheit und Bürgerrechte, die sich aus der Notstandsdictatur ergeben, abgewendet werden. Kollektive Sicherheit für alle Völker Europas entspricht also dem nationalen und demokratischen Anliegen unserer ganzen Bevölkerung, würde allen, die an Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit interessiert sind, nur Nutzen bringen.

Ein friedliches Leben unserer Bevölkerung erfordert von uns den eigenen Einsatz aller verantwortungsbewußten Kräfte für den Beitritt der Bundesrepublik zu einem System der europäischen Sicherheit. Auf diesem Wege wird es gelingen, die Beziehungen der europäischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen nach den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz und der Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit auf der Basis des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln. Dadurch werden die Völker in die Lage versetzt, alle ihre Potenzen dem Wohlstand, der Kultur und dem Fortschritt zu widmen.

Darum begrüßt die KPD diese Beratung mit dem Ziel, zu einer gemeinsamen Erklärung zu kommen, in der auch Gedanken und Vorschläge unserer Partei und westdeutscher Friedensbewegungen und -anhänger eingegangen sind. Wir werden all unsere Kraft dafür einsetzen, daß sich in der Bundesrepublik eine Politik des Friedens und der europäischen Sicherheit durchsetzt und wir dadurch unserer Verantwortung gegenüber den Friedensinteressen aller europäischen Völker gerecht werden.

Für Frieden und Sicherheit in Europa

Zur Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien Europas in Karlovy Vary

VON MAX SCHÄFER

Europa — das ist nicht das Kleinst-Europa der EWG. Europa reicht vom Atlantik bis zum Ural. In ihm sind die Kommunisten die stärkste politische Kraft. Zwei Drittel Europas gehören zum Gebiet sozialistischer Staaten. Und in einigen der größten kapitalistischen Länder Europas, wie Frankreich und Italien, sind die Kommunisten die stärksten Parteien. Kein Wunder, daß die Konferenz in Karlovy Vary größte Beachtung auch in der Bundesrepublik fand.

Das Problem der europäischen Sicherheit ist von größter Bedeutung für Europa und für den Frieden der Welt. Für die Bevölkerung der Bundes-

republik ist es geradezu eine Lebensfrage. Hier im Herzen Europas stehen sich die militärischen Hauptkräfte des kapitalistischen und des sozialistischen Lagers unmittelbar gegenüber. Ein Zusammenstoß zwischen ihnen würde sich sofort zu einem atomaren Weltkrieg ausweiten. Für die Bundesrepublik könnte dies nur die totale Zerstörung zur Folge haben.

Es entspricht darum den unmittelbaren Lebensinteressen der europäischen Völker und der Bevölkerung der Bundesrepublik, daß ein System europäischer kollektiver Sicherheit zustande kommt.

Günstige Möglichkeiten

Heute bestehen günstigere Voraussetzungen für die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa infolge des Wachstums und des zunehmenden Einflusses der Kräfte des Friedens und des Sozialismus.

Die Politik des kalten Krieges, die Lüge von der „kommunistischen Bedrohung“ erlitten eine Niederlage. Das ist vor allem das Ergebnis der aktiven Friedenspolitik der sozialistischen Länder, der konsequenten Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Der aggressive Kurs der Imperialisten in Europa erlitt eine Niederlage auch durch den Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien und durch die Aktionen der Volksmassen in Westeuropa. Die wachsende Verteidigungsmacht der sozialistischen Länder, die wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften der Sowjetunion errichteten einen starken Abwehrriegel auf dem Wege des Krieges.

Die Völker Europas wollen Frieden und Entspannung. Die sozialistischen Länder Europas haben sich stets für die Schaffung eines Systems kollektiver europäischer Sicherheit, für die Auflösung der Militärblöcke, für die Beseitigung der Militärstützpunkte, für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen,

für Abrüstung und Entspannung eingesetzt. Die Regierung der DDR hat, zuletzt erneut auf dem VII. Parteitag der SED, der Bundesregierung Vorschläge der Entspannung, der Abrüstung und der Friedenssicherung gemacht.

Aber auch in den kapitalistischen Ländern sind die Voraussetzungen für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems günstiger geworden. Der Antikommunismus verliert an Wirkung. Es wachsen die Interessengegensätze zwischen den Völkern Westeuropas und dem amerikanischen und westdeutschen Imperialismus. Darüber sagte Genosse Waldeck Rochet, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs in Karlovy Vary: „Die westeuropäischen Länder, die Verbündeten der USA in der NATO haben hingegen begonnen, sich dessen bewußt zu werden, daß es gefährlich ist, blind im Fahrwasser Washingtons zu fahren, denn dies könnte sie in einen Krieg hineinziehen, der ihren nationalen Interessen fremd wäre.“

Hier liegen die Ursachen für die Krise der NATO. Im Jahre 1969 läuft der NATO-Vertrag aus. Die USA- und die westdeutschen Imperialisten wollen dieses Bündnis des Krieges und zur Unterdrückung der Völker aufrechterhalten und durch eine Reform noch stärker in den Dienst ihrer aggressiven

Politik stellen. Die Völker haben jedoch die Möglichkeit, eine Verlängerung des NATO-Paktes zu verhindern. Dann würde auch die Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung des Warschauer Vertrages entfallen. „Auf der Beratung in Bukarest (der Warschauer Vertragsstaaten) erklärten die Teilnehmer der

Zusammenkunft abermals, daß mit der Aufhebung des Atlantikpaktes auch der Warschauer Vertrag außer Kraft treten würde und daß ein System europäischer Sicherheit an ihre Stelle treten müßte.“ (Leonid Breschnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU, in Karlovy Vary).

Komplicenschaft Bonn—Washington

Der Imperialismus ist schwächer, aber umso abenteuerlicher geworden. Man darf nicht die Kräfte unterschätzen, die auf eine Verschärfung der Spannungen hinarbeiten und die Kriegsgefahr erhöhen. Die Hauptgefahr geht vom USA-Imperialismus aus, der das Rad der Geschichte zurückdrehen und den Völkern das Recht streitig machen will, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Er steigert seinen barbarischen Interventionskrieg gegen das vietnamesische Volk, woraus die ernsteste Gefährdung für den Weltfrieden erwächst.

Aus der Komplicenschaft des Bonner Regimes mit Washington entsteht die größte Gefahr für den Frieden in Europa und für die Sicherheit der Bundesrepublik selber. Die Bonner Machthaber unterstützen den schmutzigen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk politisch und materiell und jetzt erneut durch den Kauf von zwei Milliarden DM mittelfristiger USA-Schatzanweisungen, d. h. von Kriegskrediten.

Die Bundesrepublik ist für die USA Speerspitze im Kampf gegen die sozialistischen Länder, zugleich ist sie der Brückenkopf der USA in Europa, von dem aus die USA sich in die Angelegenheiten aller westeuropäischen Staaten einmischen und einen Druck auf ihre Partner in der NATO ausüben. Andererseits hoffen die westdeutschen Imperialisten, durch das Bündnis mit den USA ihre eigenen

imperialistischen Ziele verwirklichen zu können. Darum wird in der Erklärung der Konferenz von Karlovy Vary gesagt, daß „der Bonner Staat, an dessen Spitze die revanchistischen und militaristischen Kräfte gelangten, ... zur Hauptstütze der globalen Strategie der USA in Europa“ wurde.

Die Krise der Politik des kalten Krieges hat, in Verbindung mit den Krisenerscheinungen in der westdeutschen Wirtschaft, Ende 1966 zur Veränderung der Regierung in Bonn geführt. Die Regierung Kiesinger/Strauß und der sozialdemokratische Außenminister Willy Brandt sprechen nun viel von Entspannung und einer „europäischen Friedensordnung“. Aber die gegenwärtige Regierung hat keines der unrealistischen aggressiven Ziele aufgegeben. Sie besteht nach wie vor darauf, Atomwaffen zu bekommen, die DDR zu erobern, die Grenzen von 1937 wiederherzustellen. Sie weigert sich, die Lage, wie sie im Ergebnis des II. Weltkrieges entstanden ist, anzuerkennen.

Was die Regierung unter „europäischer Friedensordnung“ versteht, so führte Max Reimann in Karlovy Vary aus, „hat Strauß in seinem Buch ‚Entwurf für Europa‘ klar ausgesprochen. Diese europäische Friedensordnung ist die Schaffung eines kapitalistischen Europa, das vom Atlantik bis zum Bug und zum Schwarzen Meer reicht und unter der Vorherrschaft der deutschen Imperialisten und Militaristen steht“.

Kiesinger-Regierung betreibt expansive Politik

Die Kiesinger und Strauß betreiben eine expansive Politik, zunächst ökonomisch und politisch. Das sagt Strauß sehr offen mit den Worten: „Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Des-

halb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen.“¹⁾

Daß die Vertreter einer solchen expansiven Politik den Kurs der Bonner Regierung bestimmen, kommt auch in der Ernennung des Freiherrn von und zu Guttenberg zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt zum Ausdruck. Guttenberg propagiert, „noch vor dem

¹⁾ „Entwurf für Europa“, S. 150

Gegner zu nuklearen (Atom-)Waffen zu greifen²⁾ und spricht offen die Sprache des Krieges: „Alles steht zur Verfügung ... Ideen, Menschen, Kenntnisse, Güter und Waffen. Es kommt darauf an, all dies zur rechten Zeit auf dem rechten Wege und zum rechten Ziele anzuwenden.“³⁾

Um so bedeutsamer ist es, daß es einen deutschen Friedensstaat gibt, die Deutsche Demokratische Republik. Ausdrücklich heben die Vertreter der 24 kommunistischen und Arbeiterparteien in der Erklärung in Karlovy

Vary hervor, daß die Existenz und die Entwicklung eines sozialistischen deutschen Staates, der auf dem Boden des Friedens steht, grundlegende Bedeutung für das deutsche Volk und für den Frieden in Europa besitzt. „Ihre wachsende Kraft und ihre konstruktive Friedenspolitik schieben den Plänen des westdeutschen Imperialismus einen starken Riegel vor. Die Anerkennung der DDR und die Verteidigung ihrer souveränen Rechte ist zu einer der Hauptaufgaben des Kampfes um die europäische Sicherheit geworden.“

Friedenstaten sind notwendig

Von größter Bedeutung für den Frieden in Europa und für die Interessen der Bevölkerung der Bundesrepublik wäre es, daß sich in der Bundesrepublik eine Politik durchsetzt, die den Anforderungen eines Systems kollektiver Sicherheit entspricht. Wenn die Worte von Entspannung und Frieden in Europa, welche die Bundesregierung neuerdings gebraucht, ernst genommen werden sollen, dann müssen diesen Worten entsprechende Taten folgen, vor allem: die Einstellung aller Störmanöver gegen einen Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen; die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs und die Anerkennung der DDR; die Anerkennung der bestehenden Grenzen, vor allem an Oder und Neiße und der Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Erklärung, daß das Münchener Abkommen von Anfang an ungültig ist.

Die Bundesrepublik braucht also auf nichts verzichten, was sie tatsächlich besitzt. Was sie jedoch aufgeben muß, sind die Ansprüche auf Dinge, die sie nicht besitzt, wie die Gebiete jenseits von Oder und Neiße, auf das Gebiet der DDR, auf Gebiete der CSSR, auf Atomwaffen.

Es ging nicht darum, wie die Verteidiger des kalten Krieges und der Expansionspolitik behaupten, die Bundesrepublik zu isolieren, sondern vielmehr darum, Bedingungen zu schaffen, daß vom Boden der Bundesrepublik nicht ein dritter Weltkrieg ausgehen kann. Daran ist die Bevölkerung der Bundesrepublik in erster Linie selbst

interessiert, zumal durch eine solche Politik die Ausgaben für das wahnwitzige Wettrüsten und die Politik des kalten Krieges radikal gekürzt und die freiwerdenden Mittel für die notwendigen Sozialinvestitionen und damit für die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze verwandt werden könnten.

Eine friedliche Bundesrepublik wird einen gleichberechtigten Platz neben den anderen europäischen Nationen in einem System der europäischen Sicherheit einnehmen. Ausdrücklich erklärte der Leiter der Delegation der KPdSU in Karlovy Vary:

„Die Sowjetunion ist keineswegs der Ansicht, daß die europäischen Völker Westdeutschland meiden sollten. Ihm steht wie allen anderen Staaten der Weg zu einer auf Gleichberechtigung beruhenden internationalen Zusammenarbeit, zur Teilnahme an den europäischen Angelegenheiten offen.

Wir haben unsererseits wiederholt erklärt und sagen es aufs Neue: Die Sowjetunion ist nicht gegen eine Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, und sie ist bereit, alles zu tun, was dazu notwendig ist. Wenn die heutige Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Lage in Europa nüchtern herangeht, wenn sie keine Anschläge auf die Interessen der anderen Völker und Länder verübt, wenn sie ihren Wunsch, den Frieden auf unserem Kontinent zu festigen, durch Taten erhärtet, so werden wir zu denen gehören, die einen solchen Kurs unterstützen.“

²⁾ „Wenn der Westen will“, Seite 123

³⁾ a. a. O. Seite 234

Für die Demokratisierung der Bundesrepublik

In der Erklärung der Konferenz und den Reden der Ersten Sekretäre der Bruderparteien wurde gesagt, daß die Verteidigung und Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik von den Völkern Europas gefordert wird. Die Demokratisierung der Bundesrepublik berührt sowohl die Lebensinteressen der Bevölkerung Westdeutschlands als auch die Sicherheit aller europäischen Völker. Das schreckliche Leid, das der zweite Weltkrieg über die Völker Europas und auch über das deutsche Volk selber brachte, begann mit der Errichtung des Hitlerfaschismus, mit der Verfolgung der Kommunisten und aller Demokraten im Jahre 1933.

Die expansive Politik, das Streben nach Vorherrschaft und die Forderung nach Gebieten anderer Staaten wird heute nach innen untermauert durch die Notstandsgesetze, die Duldung und Förderung des Neonazismus und das

Festhalten am KPD-Verbot. Es drängen sich für die Völker Europas die Parallelen zum Erstarken der Nazi-partei, der Errichtung des Faschismus und zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges auf. Darum versichern die Vertreter der kommunistischen Parteien Europas fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik ihre Unterstützung und Solidarität im Kampf um Demokratie.

„Dies bedingt die allseitige Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik für das Verbot neonazistischer Organisationen und jeglicher revanchistischer Propaganda, für den Verzicht auf die Notstandsgesetze, für die Gewährleistung freier Betätigung für die demokratischen und friedliebenden Kräfte und für die Legalisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands.“

Ein Aktionsprogramm

Die Erklärung enthält nach der marxistisch-leninistischen Einschätzung der Lage in Europa ein Aktionsprogramm des Kampfes um Frieden und Sicherheit in Europa. Daß gerade die Kommunisten ein derartiges umfassendes Programm vorlegen, entspringt ihrem Verantwortungsgefühl für die Zukunft ihrer Völker und der Tatsache, daß sie die geschlossene und vorwärtsdrängende Kraft im Kampf für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt sind. Die Kommunisten erweisen sich als Vertreter der nationalen Interessen ihrer Völker und als proletarische Internationalisten, indem sie ein Programm haben, das unserem Kontinent Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit der Staaten auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet garantiert.

Das Programm des „Europas“ der Strauß, Kiesinger und Guttenberg ist ein Programm der Spaltung Europas. Ihr Europa ist ein Kleineuropa unter ihrer Vorherrschaft, als Werkzeug ihrer unrealistischen und abenteuerlichen Machtpolitik. Das Programm der Kommunisten ist die Zusammenarbeit aller europäischen Völker für ihre friedlichen Interessen und damit letzt-

endlich zum Wohle der ganzen Menschheit.

Es ist darum auch nicht zufällig, daß in den konstruktiven Vorschlägen der europäischen kommunistischen Parteien für Frieden und Sicherheit in Europa viele Forderungen enthalten sind, die auch von nichtkommunistischen Kreisen in der Bundesrepublik erhoben werden. Manche Vorschläge von Karlovy Vary stimmen überein mit Forderungen der Gewerkschaften, mit den Forderungen der Kampagne für Abrüstung oder anderer Friedensorganisationen der Bundesrepublik, aber auch mit Forderungen, die von Sozialdemokraten und von Christen sowohl evangelischen wie katholischen Glaubens erhoben werden. Die Kommunisten sind bereit, auch den Ansichten Anderer Gehör zu schenken und auf einer gegenseitig annehmbaren Grundlage deren Ansichten und Vorstellungen zu berücksichtigen, wenn sie die Verbesserung der politischen Atmosphäre auf unserem Kontinent zum Ziele haben.

So ergibt nicht nur die Gemeinsamkeit der Interessen, sondern auch die Übereinstimmung mit vielen Forderungen und Ansichten, die Möglichkeit

zu gemeinsamen oder zu gleichgerichteten Aktionen der Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und

Christen, der Menschen verschiedener gesellschaftlicher Schichten von der Arbeiterklasse bis zum Bürgertum.

Für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung

Die Vorbereitungen und der Verlauf der Konferenz von Karlovy Vary haben den Beweis erbracht, daß es möglich ist, Übereinstimmung über komplizierte internationale Probleme zwischen den kommunistischen Parteien zu erzielen, die unter den unterschiedlichsten Bedingungen ihren Kampf führen müssen. Karlovy Vary zeigt einen Weg zur Verstärkung der kommunistischen Weltbewegung. Es ist der Weg, die Lösung der drängenden Probleme gemeinsam in Angriff zu nehmen, eine Übereinstimmung in der Einschätzung, wie in den Hauptforderungen herbeizuführen. Das ermöglicht erst jeder kommunistischen

Partei, auf der Grundlage des von allen gemeinsam Erarbeiteten ihren nationalen Aufgaben gerecht zu werden. Dieser Weg wird im Kampf gegen den Imperialismus, für den Frieden zu neuen Erfolgen führen.

Die Konferenz von Karlovy Vary erbrachte einen Beweis für die Nützlichkeit und Notwendigkeit internationaler Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien. Durch den erfolgreichen Verlauf der Beratung in Karlovy Vary und die dort von allen 24 Parteien, die Delegationen entsandt hatten, gefaßten Beschlüsse wird auch die Atmosphäre für die Durchführung einer Weltkonferenz verbessert.

Zur Gewerkschaftspolitik in der neuen wirtschaftlichen Lage

Von HUGO MACHELETT

Die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung ist gekennzeichnet durch über 500 000 Arbeitslose, über 250 000 Kurzarbeiter (im 1. Quartal 1967) mit weniger als 5% der Normalarbeitszeit und durch einen Lohn- und Sozialabbau in den Betrieben, der alles bisher Dagewesene in den Schattens stellt.

Erstmalig seit 1950 kommt es zu einem Rückgang der Nominallöhne und in Verbindung mit weitersteigenden Preisen zu einer rapiden Senkung des Reallohnes der Beschäftigten. So sank in NRW der Wochendurchschnittslohn allein von Oktober 1966 bis Februar 1967 um 5,3 Prozent.

Die Sorge um den Arbeitsplatz, um Wiedereinreihung in den Arbeitsprozeß, um die Aufrechterhaltung des erreichten Lebensstandards, um die nackte Existenz der Familie ist in dieser oder jener Form in fast alle Arbeiter- und Angestelltenfamilien eingezogen und zum Problem Nr. 1 geworden.

Die Monopolherren nutzen das Druckmittel der Entlassungen, der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zugunsten höherer Profite aus. Dabei

sollen ihnen die Betriebsräte zur Hand gehen. Sie sollen die Belegschaften in Bummelanten, Kranke, Deutsche und Ausländer, Männer und Frauen, Organisierte und Unorganisierte spalten und so bei Entlassungen, Lohn- und Sozialkürzungen „mitbestimmen“.

Gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte haben recht, wenn sie eine solche „Mitbestimmung“ ablehnen, die sie obendrein selbst in Mißkredit bringt und das einheitliche Handeln der Belegschaft untergräbt. Werden doch die wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms nach wie vor von den Monopolen abgelehnt. Sie tragen für die Folgen ihrer selbstherrlichen, nur auf Höchstprofite orientierten Wirtschafts- und Unternehmenspolitik allein die Verantwortung.

Die Monopolherren stellen heute verstärkt ihren Herr-im-Hause-Standpunkt heraus, während sie eine echte gewerkschaftliche Mitbestimmung in Fragen der Produktion, der Investitionen, der technischen Entwicklung und der Gewinne verweigern. Die von ihnen vertretene Politik der Revanche und der Aufrüstung verschlingt Milliardenbeträge,

die dem Reproduktionsprozeß (ständige Erneuerung und Wiederholung des Produktionsprozesses) entzogen werden. Dadurch werden inflationäre Zustände geschaffen und die Wirtschaftskraft überfordert. Bei dieser Politik können die gewählten Betriebsräte nicht noch als Erfüllungshelfer der Direktion wirken.

Die neue Situation erfordert höchste gewerkschaftliche und betriebliche Einheit und Solidarität, aktives Han-

deln der Gewerkschaften zur Durchsetzung richtiger wirtschaftspolitischer Forderungen, um stabiles Wirtschaftswachstum und gesicherte Arbeitsplätze zu erreichen. Das zu verhindern, die gewerkschaftliche Kampfkraft zu lähmen, dafür brauchen die Monopole und ihre CDU/CSU sozialdemokratische Minister in der Regierung, nachdem Erhard mit seinem Frontalangriff gegen die Gewerkschaften scheiterte.

Die wirtschaftliche Lage und die Wirtschaftspolitik

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation wird sich erst dann grundlegend ändern, sich zur Stabilität, Vollbeschäftigung und wachsendem Wohlstand hin entwickeln, wenn mit der großwahnsinnigen aggressiven Politik, mit der ausschließlich auf Höchstprofite orientierten Wirtschaftspolitik und der Planlosigkeit des Wirtschaftens Schluß gemacht wird. Aggressive Politik, Höchstprofite, Planlosigkeit und krisenhafte Entwicklung sind dem Monopolkapitalismus eigen. Sie können nur mit der Überwindung der Alleinherrschaft der Monopole, mit der Zurückdrängung ihrer Macht in Wirtschaft und Staat, mit wachsendem ökonomischen und politischen Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften Schritt für Schritt überwunden werden.

Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der SED, vollzieht sich in der DDR ein systematischer, sozialgesicherter Aufschwung der Wirtschaft. Die Arbeiter in der Bundesrepublik aber sind nicht dümmere als ihre Kollegen in der DDR. Auch sie sind in der Lage, die Früchte der technischen Revolution für das ganze Volk nutzbar zu machen, wenn sie den ihnen gebührenden Einfluß in Wirtschaft und Staat erzwingen.

Was gegenwärtig an Belastungen durch die Große Koalition auf die Werktätigen zukommt, ist nicht nur Folge der Sünden der Vergangenheit. Sie sind das Ergebnis einer verfehlten, unsozialen Wirtschaftspolitik. Auch mit sozialdemokratischen Ministern in der Regierung bleibt es bei der maßlosen Überlastung unserer wirtschaftlichen Kraft, bei den wachsen-

den Staatsausgaben für die Rüstungspolitik, bei der staatlichen Fürsorge für den Profit der Monopole auf Kosten des Volkes. Damit bleibt auch die Existenzunsicherheit am Arbeitsplatz und im gesellschaftlichen Leben. Hier lag die Berechtigung des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen Erhard begründet, und hier ist auch die Berechtigung der wachsenden gewerkschaftlichen Kritik an Wirtschaftsminister Schiller zu suchen.

Die von Schiller so optimistisch angekündigte Wiederbelebung der Wirtschaft wird nicht einmal von den Konzernherren ernst genommen. Die industrielle Produktion lag 1966 um 25,4 Prozent höher als 1961. Trotzdem stieg die Zahl der Beschäftigten bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung von 114 Stunden pro Jahr und Beschäftigten lediglich um 0,8 Prozent. Von 1958 bis 1966 stieg die Produktion in der Textilindustrie um 48 Prozent, die Zahl der Beschäftigten sank aber um 14 Prozent. Vor 1960 bis 1966 stieg die Produktion in der feinmechanischen und optischen Industrie um 20 Prozent, die Zahl der Beschäftigten aber sank trotz einer Arbeitszeitverkürzung von 7,6 Prozent um 2,7 Prozent. In den Metallgießereien stieg die Produktion um 11,8 Prozent, die Zahl der Beschäftigten sank um 6,1 Prozent. Im Schiffbau sank zwar die Produktion um 4,4 Prozent, aber die Zahl der Beschäftigten sank um 17 Prozent. Das Beispiel des gesamten Bergbaus sieht noch ernster aus. Die industrielle Nettoproduktion lag im März 1967 um 7,4 Prozent unter dem Vorjahrsstand. Die gegenwärtige industrielle Kapazitätsauslastung liegt bei 75 Prozent. Die Monopole sind ausschließlich an Rationalisierungsinvestitionen, also an

weiterer Freisetzung von Arbeitskräften interessiert. Die Kaufkraft auf dem Binnenmarkt wird durch Arbeitslosigkeit, Lohn- und Sozialabbau, Preiserhöhungen, neue Mieterhöhungen und durch die jetzt beschlossene neue Mehrwertsteuer weiter gesenkt. Dieser Kaufkraftverlust ist um ein Vielfaches höher als die von Wirtschaftsminister Schiller über den zusammengepumpten Eventualhaushalt an die Wirtschaft gegebenen Mittel.

Diese Zahlen kennen auch Strauß und Schiller. Sie kennen auch die Profite, die die Monopole durch diese Entwicklung erzielen und erzielen. Schiller weiß, daß selbst die von ihm für 1967 angenommene, durch nichts gerechtfertigte Produktionserhöhung von 2 Prozent die Unsicherheit am Arbeitsplatz und das Arbeitslosenproblem nicht lösen können.

Zudem gibt es ausreichend Beispiele dafür, daß jetzt in vielen Betrieben allein unter dem Druck der Entlassungen Produktionserhöhungen mit niedrigerer Belegschaftszahl bzw. verkürzter Arbeitszeit erreicht werden. Obwohl saisonbedingt in vielen

Arbeitsamtsbezirken der Bundesrepublik die Zahl der Arbeitslosen abgenommen hat, steigt in Nordrhein-Westfalen die Arbeitslosigkeit weiter und die Zahl der Kurzarbeiter ebenfalls. Wer hier durch Schillersche Prognosen geprellt und beschwichtigt werden soll, nachdem für die Monopole die Staatsgelder bereits reichlicher fließen, ist offensichtlich.

Alles deutet daraufhin, daß diese Wirtschaftspolitik und die maßlose Rüstung zu einer ähnlichen Lage führt, wie sie seit Jahren in den USA mit einer selbst in der Hochkonjunktur nicht verschwundenen Millionenarmee von Erwerbslosen vorhanden ist. Das um so mehr, als auch die großen Konzerne der Bundesrepublik an einer solchen Arbeitskraftreserve interessiert sind. Siegfried Balke hat im „Arbeitgeber“ vom April 1967 576 000 Arbeitslose (2,7 Prozent aller Beschäftigten) als „international anerkannten Vollbeschäftigungs-Status“ bezeichnet. Hier trifft sich der Monopolvertreter mit dem sozialdemokratischen Minister Schiller, der das sogar noch für 3 Prozent behauptet.

Beispiel Hanomag

Jedes Vertrösten auf die baldige Rückkehr hochkonjunktureller Zeiten lähmt daher die gewerkschaftliche Kraft. Allein die Bereitschaft ihres vollen Einsatzes ist in der Lage, die gegenwärtigen Probleme zu lösen. Der erfolgreiche Abwehrkampf der Hanomag-Belegschaft, die vorbildliche Solidarität vieler Betriebsbelegschaften und Gewerkschaften sind ein überzeugendes Beispiel, wie unter den gegenwärtigen Bedingungen eine für die Arbeiterklasse erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit aussehen muß. Worauf es jetzt ankommt, ist die offene Darlegung der Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der Ursachen der Krise der Staatsfinanzen vor den Belegschaften in den Gewerkschaftsversammlungen und unter den Arbeitslosen. Notwendig ist die Entwicklung von Forderungen, mit deren Durchsetzung diese Ursachen in der Politik, in der Wirtschaftspolitik, in der monopolkapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung überwunden werden können.

Was die Gewerkschaften jetzt brauchen, ist eine wachsende Aktivität gegen die Notstandsgesetze, mit deren Hilfe der alte Kurs diktatorisch fortgesetzt werden soll und eine erweiterte Mitbestimmung der Gewerkschaften zur Durchsetzung demokratischer Alternativen.

Notwendig ist, daß solche Forderungen wie die der IG Metall nach Kürzung des Rüstungsetats aktiv vertreten werden, ebenso die nach Kaufkrafterhöhung des Volkes, zum Beispiel auch durch Senkung der Lohnsteuer um 10 Prozent.

Notwendig ist der entschiedene gewerkschaftliche Abwehrkampf gegen Lohn- und Sozialabbau in den Betrieben und eine aktive Lohnpolitik mit solchen Forderungen, die eine Kaufkrafterhöhung zur notwendigen Belebung der Wirtschaft gewährleisten und die Effektivverdienste tarifvertraglich absichern.

Die Gewerkschaften benötigen eine eigene wissenschaftlich begründete

Konzeption einer demokratischen und sozialen Wirtschaftspolitik. Ein solch konstruktives wirtschaftspolitisches Programm der Gewerkschaften ist auf Grund vieler herangereifter Fragen dringend notwendig.

Was die IG Metall auf zwei Automationskonferenzen an Analysen der technischen Entwicklung und Abwehrmaßnahmen gegen die Folgen der unter monopolkapitalistischen Bedingungen vor sich gehenden technischen Revolution dargelegt hat, ist vorbildlich. Was jetzt nottut, ist, diese Erkenntnisse zu nutzen für die Entwicklung einer wirtschaftspolitischen Konzeption zur Meisterung der technischen Revolution im Interesse der Arbeiterklasse und zum Wohle des ganzen Volkes. Wie bei der Bewegung „Notstand der Demokratie“ werden sich sicherlich auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet Wissenschaftler bereitfinden, gemeinsam mit den Gewerkschaften diese so dringende Aufgabe im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze und des sozialen Fortschritts zu lösen.

Mit dem wirtschaftspolitischen Programm der KPD, den wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms, den fünf Forderungen der IG Metall, sind bereits wichtige Gesichtspunkte für eine umfassende Alternative zusammengetragen worden.

Unsere Vorschläge für Rechte der Arbeitssuchenden

Für den Arbeitssuchenden ist von Bedeutung, wie die Existenz seiner Familie bis zur Wiedereinreihung in den Arbeitsprozeß gesichert werden kann, welche Möglichkeiten der Umschulung seine Arbeitslosigkeit verkürzen können. Den Arbeitslosen gilt es, in engster Verbindung mit den Gewerkschaften, aktive Unterstützung zu geben bei ihren Forderungen nach weiterer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, die gleichbleibend bis zur Wiedereinstellung gezahlt werden muß. Eine weitere wichtige Forderung ist die Gleichsetzung der Änderungskündigung mit der allgemeinen Kündigung, um eine erpresserische Lohnsenkung durch die Unternehmer zumindest zu erschweren. Voller Kündigungsschutz der Wohnung, erwei-

Auch die gewerkschaftlichen Arbeitskreise für Automation könnten zur fruchtbringenden Mitarbeit herangezogen werden. Die Gewerkschaften sollten auch in der Sowjetunion und in der DDR Erfahrungen sammeln. In den sozialistischen Ländern wird die technische Revolution ohne die katastrophalen Folgen für die arbeitenden Menschen, im Interesse einer stabilen Aufwärtsentwicklung der Produktion und des Lebensstandards der Bevölkerung gemeistert. Das Studium der Dokumente des VII. Parteitag der SED und besonders der praktische Erfahrungsaustausch in den Betrieben, Wirtschaftsleitungen, Instituten und Gewerkschaften der DDR würde sicherlich zu einer Bereicherung der bereits vorhandenen Vorstellungen beitragen.

In den Betrieben gibt es viele hemmende Illusionen und oft auch Resignation und Stillhalten. Viele Arbeiter sehen keinen Ausweg, hoffen auf Besserung, ohne zu wissen, durch was und durch wen diese Besserung zu erreichen ist. Hoffnung kann aber schnell umschlagen in Enttäuschung. Diese Enttäuschung trifft dann auch die Gewerkschaften. Das Sammelbecken für Enttäuschte bietet sich bereits in Form der NPD an, die in faschistischer Demagogie Scheinlösungen anbietet und jede antigewerkschaftliche Stimmung fördert und nutzt.

terte staatlich finanzierte Umschulungsmöglichkeiten, Beihilfen für die Sicherung der Schul- und Berufsausbildung der Kinder sind wichtige Forderungen, die stärkstens im allgemeinen gewerkschaftlichen Kampf vertreten sein müssen.

Entscheidend für den Arbeitssuchenden aber ist und bleibt das Finden eines seiner Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatzes. Und gerade in dieser Frage haben die Arbeitslosen ein Recht auf volle gewerkschaftliche Unterstützung, auf volle Einbeziehung in den gewerkschaftlichen Kampf um eine stabile Wirtschaftsentwicklung gemeinsam mit den in den Betrieben beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Deshalb sollten solche Vorschläge von Gewerkschaftsfunktionären und

Arbeitslosen aufgegriffen werden, wie in den Betrieben so auch für die Arbeitslosen gewerkschaftliche Vertrauenskörper zu bilden, um einen engen wechselseitigen Kontakt zwischen den Arbeitslosen, der Gewerkschaft und den Betriebsbelegschaften im Interesse des gemeinsamen Kampfes sicherzustellen.

Solche Arbeitslosenvertretungen sollten schnellstens an allen Schwerpunkten der Arbeitslosigkeit, insbesondere in den Großstädten, wo sich viele Arbeitslose konzentrieren, geschaffen und gewerkschaftlich angeleitet werden. Sie sollten regelmäßige Zusammenkünfte organisieren, auf denen ihre Forderungen kollektiv beraten und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisiertheit sichtbar gemacht werden können. Vorträge über die wirtschaftliche Entwicklung, die Ursachen der Arbeitslosigkeit, den Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten durch die Gewerkschaften organisiert werden. Dazu gehören auch kulturelle Veranstaltungen für die Arbeitslosen, ihre Frauen und Kinder. Solch eine ge-

werkschaftliche Aktivität unter den Arbeitslosen wird auch viele noch unorganisierte Kolleginnen und Kollegen dazu bewegen, Mitglied der Gewerkschaft zu werden. Hier sollte auch in Verbindung mit der klassenerzieherischen Aufgabe die Solidarität bei der Überwindung auftretender Schwierigkeiten bei der Versorgung der Familie, bei Wohnungsfragen, bei der Durchsetzung von Beihilfen entwickelt werden. Geeignete Berater, Solidaritätskassen, Hausbesuche, unmittelbar praktische Hilfe der Arbeitslosen untereinander können manche Notlage, mit der der Einzelne nicht fertig wird, überwinden helfen.

Die gemeinsame gewerkschaftliche Aktivität der Arbeitslosen und der in den Betrieben Beschäftigten ist das sicherste Unterpfand gegen die Absicht des Großkapitals, die einen gegen die anderen auszuspielen, und für die Durchsetzung einer wirtschaftspolitischen Konzeption, die Vollbeschäftigung, beständiges Wirtschaftswachstum, kontinuierlich stabilen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt gewährleistet.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution — Wende in der revolutionären Weltentwicklung

Von EBERHARD STERN

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution führte zur größten Wende in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft. Zum ersten Mal war in der Welt ein Staat entstanden, in dem die Werktätigen die Macht ausübten; ein Staat, der auf einem Sechstel der Erde für immer Schluß mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen machte und den Sozialismus aufbaute; ein Staat, der die große Losung des Friedens verkündete und neue, friedliche und demokratische Beziehungen zwischen den Völkern und Ländern zur Geltung brachte. Damit war der Grundstein gelegt für den Übergang der ganzen Menschheit zu einer neuen Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung, Krieg und Armut. Seit dem Oktober 1917 wurde das Sowjetland zum Vorbild und Kraftquell für den Kampf der unterdrückten und ausgebeuteten Massen in allen Ländern.

Die Oktoberrevolution war Ausgangspunkt eines weltweiten Aufschwungs des revolutionären Kampfes der internationalen Arbeiterbewegung, der nationalen Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker zur Beseitigung der Kolonialherrschaft. Sie schuf die Grundlage für die Entstehung des sozialistischen Weltsystems. Die junge Sowjetmacht wurde zum Zentrum für alle revolutionären Kräfte im Weltmaßstab. In seinem Artikel „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution“ schrieb W. I. Lenin über die welthistorische Bedeutung der proletarischen Revolution in Rußland:

„... Wir können mit Recht stolz darauf sein, und sind stolz darauf, daß uns das Glück zuteil geworden ist, den Aufbau des Sowjetstaates zu beginnen und damit eine neue Epoche der Weltgeschichte einzuleiten, die Epoche der Herrschaft der neuen Klasse, die in allen kapitalistischen

Ländern unterdrückt ist und die überall zu neuem Leben, zum Sieg über die Bourgeoisie, zur Diktatur des Proletariats, zur Erlösung der Menschheit vom Joch des Kapitals, von den imperialistischen Kriegen vorwärtsschreitet.¹

In der Tat gab der Sieg der Oktoberrevolution der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung in der ganzen Welt einen mächtigen Anstoß. In einer Reihe von kapitalistischen Ländern sowie in vielen kolonialen und halbkolonialen Ländern entwickelten sich große revolutionäre Massenkampfeaktionen. In Deutschland kam es zu Streiks in den Rüstungs- und Munitionsfabriken; Soldaten verbrüderten sich an der Ostfront mit ihren russischen Klassenbrüdern. Ein Höhepunkt dieses Kampfes war der große Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, an dem über eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen. Zur gleichen Zeit fand in Finnland eine Arbeiterrevolution statt, im August 1918 kam es zu den sogenannten Reisaufständen in Japan, im November 1918 zu den Revolutionen in Österreich und Deutschland, im März des Jahres 1919 zur Errichtung der Räterepublik in Ungarn und zum Aufstand in Korea, und schließlich wurde im April des gleichen Jahres eine Räteregierung in Bayern errichtet.

Aber die Arbeiter in diesen Ländern erlitten vorerst Niederlagen. Die veräusserliche Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer, das Fehlen von kommunistischen Parteien in einer Reihe der wichtigsten Staaten waren dafür die wesentlichsten Ursachen. Der heroische Kampf der revolutionären Arbeiter und Soldaten konnte ohne revolutionäre Partei nicht erfolgreich sein.

Eine solche Partei hatte die russischen Arbeiter in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zum Siege geführt. In der bolschewistischen Partei Rußlands hatten Lenin und seine Mitstreiter eine Partei neuen Typus geschaffen und sie in harten Klassenschlachten und entschiedenen Kämpfen gegen den Opportunismus zur Erfüllung ihrer revolutionären Aufgabe als

Führer der Klasse und der Massen vorbereitet. Das Beispiel der Partei Lenins gab für die revolutionären Kräfte in der internationalen Arbeiterbewegung den entscheidenden Ausschlag für den völligen Bruch mit dem Opportunismus, für die Schaffung selbständiger kommunistischer Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Die Oktoberrevolution wurde zur Wiege der modernen kommunistischen Weltbewegung.

Am 31. Dezember 1918 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet. Damit war der entscheidende Schritt getan, um die vom Opportunismus herbeigeführte Spaltung der deutschen Arbeiterklasse zu überwinden und ihre Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus wiederherzustellen. Im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik wurde die Einheit der Arbeiterklasse im Jahre 1946 durch die Vereinigung der KPD und der SPD und die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hergestellt. Damit war die entscheidende Bedingung dafür geschaffen, die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern zu errichten und in der DDR den Aufbau des Sozialismus zu beginnen, der heute seiner Vollendung zuschreitet.

In der Bundesrepublik verkörpert die KPD als einzige Partei, die sich von der Theorie des Marxismus-Leninismus, vom proletarischen Internationalismus leiten läßt, das Erbe des Roten Oktober, die revolutionären Kampftraditionen der deutschen Arbeiterklasse. In fester Kampfgemeinschaft mit der SED und brüderlich verbunden mit der Partei Lenins, kämpft unsere Partei für das Zusammenwirken der Arbeiterklasse, der Kommunisten und Sozialdemokraten und aller friedliebenden demokratischen Kräfte für eine politische Wende in der Bundesrepublik zu Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt.

Während es zur Zeit der Oktoberrevolution 400 000 Kommunisten gab, ist ihre Zahl bis heute auf mehr als das 120fache, auf rund 50 Millionen angewachsen. Die kommunistische Weltbewegung zählt gegenwärtig 88 kommunistische und Arbeiterparteien.

¹ W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Band II, S. 887

Ihre größte Gruppe sind die kommunistischen Parteien der 14 sozialistischen Länder.

In den nichtsozialistischen Ländern gibt es heute rund 7 Millionen Kommunisten. Hier wirken 74 kommunistische Parteien: 27 in den entwickelten kapitalistischen Ländern und 47 in den Gebieten der nationalen Befreiungsbewegung. Die Hälfte von ihnen, 37 Parteien, kämpft in der Illegalität.

Trotz Repressalien und Verfolgungen in den kapitalistischen Ländern wächst und erstarkt die internationale kommunistische Bewegung. Sie ist zur

mächtigsten, einflußreichsten politischen Kraft der Gegenwart geworden. Das ist ein hervorragender Sieg des Marxismus-Leninismus in der internationalen Arbeiterbewegung. Damit hat die Praxis das geschichtliche Urteil über die opportunistischen Auffassungen gefällt, unter deren Einfluß die sozialdemokratischen Parteien stehen. Vom Großen Oktober bis heute konnte nur dort die Macht der Großbourgeoisie gebrochen und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet werden, wo mit Erfolg der Einfluß des Opportunismus auf die Arbeiterklasse ausgeschaltet wurde.

Wachsen der antiimperialistischen Volksbewegungen

Die sozialistische Revolution in Rußland führte zu einem mächtigen Aufschwung der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegungen. Sie gab durch die Befreiung aller im zaristischen Rußland unterdrückten Nationen das große Beispiel dafür, wie die nationale und koloniale Versklavung für immer beendet werden kann.

Unter ihrem Einfluß kam es in den Jahren 1919 bis 1924 zu machtvollen antiimperialistischen Volksbewegungen und Aufständen in China, Indien, Korea, Iran, Afghanistan, Ägypten, in der Mongolei, auf Haiti, in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern. Das imperialistische Kolonialsystem wurde endgültig erschüttert und die nationale Befreiungsbewegung wurde zu einem mächtigen Bundesgenossen der internationalen Arbeiterbewegung.

Waren zur Zeit der Oktoberrevolution noch 77,2 Prozent des Territoriums und 69,2 Prozent der Weltbevölkerung „Kolonialreich“ der Imperialisten, so sind gegenwärtig nur noch 5,2 Prozent des Territoriums und 1,3 Prozent der Bevölkerung des Erdballs unter direkter kolonialer Herrschaft. Aber auch in diesen Gebieten schwillt der nationale Befreiungskampf immer mehr an und sind die Tage der Herrschaft der imperialistischen Kolonialherren gezählt. Nach dem 2. Weltkrieg sind aus ehemaligen Kolonien 60 selbständige Staaten entstanden. In einer Reihe der vom imperialistischen Kolonialjoch befreiten Nationalstaaten wird der nichtkapitalistische Weg beschritten, sie entwickeln sich zu Bundesgenossen der

Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Unter den neuen Bedingungen, die die Oktoberrevolution geschaffen hat, sind die revolutionären Möglichkeiten der nationalen demokratischen Revolutionen unvergleichlich gewachsen. Wenn bis zum Sieg der Oktoberrevolution vor den Völkern der Kolonien und anderen wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern sich der Weg zur Befreiung nur über eine allseitige Entwicklung des Kapitalismus eröffnete und die nationalen Befreiungsrevolutionen nur den Boden säubern konnten vom feudalen Ballast für die folgende kapitalistische Entwicklung, so führte die Oktoberrevolution zu einer völlig neuen Lage. Die Entstehung sozialistischer Länder eröffnete den ehemaligen kolonialen Völkern den Weg zum Sozialismus unter Umgehung des Stadiums der kapitalistischen Entwicklung. Diese Möglichkeit besteht vor allem dadurch, daß die sozialistischen Staaten, die zu einer wichtigen politischen und ökonomischen internationalen Kraft geworden sind, den Völkern der jungen Nationalstaaten eine allseitige Hilfe und Unterstützung erweisen.

Die Sowjetunion hat seit dem ersten Tag ihrer Existenz ein enges Bündnis mit der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung hergestellt und ihr ein Höchstmaß an Hilfe aller Art erwiesen. Heute gewährt sie den jungen antiimperialistischen Staaten eine ständig sich erweiternde ökonomische Unterstützung. Sie verbindet ihre Hilfeleistung für diese Länder niemals

mit politischen Bedingungen und gibt dadurch das Beispiel einer echten uneigennützigen Hilfe. Diese auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der Achtung der Souveränität aller Länder beruhende Politik

der Sowjetunion ist die Quelle ihres wachsenden Ansehens und ihrer großen Autorität bei allen Nationen, die unter der imperialistischen Unterdrückung zu leiden hatten oder noch zu leiden haben.

Die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems

Eine unmittelbare Fortsetzung des revolutionären Prozesses, den die Große Sozialistische Oktoberrevolution einleitete, ist der Sieg der sozialistischen Revolutionen im Ergebnis der Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetunion in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens nach dem 2. Weltkrieg und die Bildung des sozialistischen Weltsystems.

Mit der Entstehung und erfolgreichen Entwicklung des sozialistischen Weltsystems wurden die Kräfte des Sozialismus gewaltig gestärkt. Während die Sowjetunion allein rund ein Sechstel des Territoriums der Erde, knapp acht Prozent der Weltbevölkerung, umfaßte und im Jahre 1937 ein Zehntel der Weltindustrieproduktion erzeugte, nehmen die sozialistischen Länder heute mehr als ein Viertel des Territoriums des Erdballs ein. In ihnen leben mehr als eine Milliarde Menschen; ihr Anteil an der Weltindustrieproduktion beträgt annähernd 38 Prozent.

Das neue Zeitalter des Sozialismus hat auch in Deutschland begonnen. In Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik besitzen alle friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik einen machtvollen Verbündeten im Ringen um Frieden

und demokratische Veränderungen, für die Verbesserung der Lage der Werktätigen. Davon zeugte mit neuer Kraft der VII. Parteitag der SED, der die großen Perspektiven der Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus ausgearbeitet hat. Heute gibt es in der Bundesrepublik und in anderen kapitalistischen Ländern kein wichtiges Gebiet des gesellschaftlichen Lebens, das nicht in der einen oder anderen Weise durch den Sozialismus beeinflusst wird. Die Erfolge der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, ihre wachsende ökonomische Macht, ihre Errungenschaften in der Entwicklung von Wissenschaft und Kultur, verändern das internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens und des Sozialismus und schaffen günstigere Bedingungen für den Kampf um Frieden, Demokratie, für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt.

Das sozialistische Weltsystem als revolutionäre Hauptkraft unserer Epoche erweist sich als zuverlässigste Stütze der beiden anderen großen revolutionären Kräfte der Gegenwart, der nationalen Befreiungsbewegung und der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern.

Oktoberrevolution — Leitstern des weltrevolutionären Prozesses

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat als erste die Kette des imperialistischen Weltsystems durchbrochen, den historischen Prozeß des Zusammenbruchs des Kapitalismus und des Sieges des Sozialismus im Weltmaßstab eingeleitet. Seitdem hat sich die allgemeine Krise des Kapitalismus ständig vertieft und zugespitzt. Einige wichtige Länder des Imperialismus haben gegenwärtig mit Strukturkrisen auf einzelnen Gebieten, mit Währungs- und Finanzkrisen und auch mit gewissen allgemeinen Krisenerscheinungen zu kämpfen. Das trifft auch auf die Bundesrepublik zu, wo

sich anhaltende Krisenerscheinungen bemerkbar machen. Gleichzeitig verstärkt sich der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern, was in der von Jahr zu Jahr zunehmenden Streikbewegung seinen Ausdruck findet. Das alles hat die Widersprüche und Gegensätze im Herrschaftsbereich des Imperialismus verschärft und seine Aggressivität gesteigert, wie es die ständige Ausdehnung des Aggressionskrieges der USA in Vietnam zeigt.

Unter diesen Bedingungen gewinnt der Kampf für die Einheit und Geschlossenheit aller revolutionären

Kräfte der Gegenwart und vor allem der kommunistischen Weltbewegung höchste Bedeutung. Umso mehr muß man die Handlungen der chinesischen Führer verurteilen, die darauf gerichtet sind, die Reihen der revolutionären Kräfte zu spalten, sie von der entscheidenden Kraft im Kampf um Frieden, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus, von der Sowjetunion zu trennen. Die antisowjetische Politik der Mao Tse-tung-Gruppe schadet den Interessen der revolutionären Kräfte und stellt objektiv eine Hilfe für den Imperialismus dar.

Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, deren 50. Jahrestag in diesem Jahr begangen wird, ist die Stellung zur Sowjetunion, zum ersten Staat der Arbeiter und Bauern, zum Prüfstein des Kampfes gegen den Imperialismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus geworden. Das bestimmt auch das Handeln unserer Partei, wie es erneut in dem bedeutsamen Kommuniqué über die Gespräche von Delegationen der KPdSU und der KPD im Mai dieses Jahres seinen Ausdruck findet.

Die KPD stellt zur Diskussion

Wie arbeiten wir überzeugend mit den Erfolgen der DDR?

Aus einer Zuschrift zu den Vorschlägen der Agitationskommission beim ZK

Liebe Genossen, unter einem Gesichtspunkt möchte ich zur Diskussion über die von mir sehr begrüßten „Vorschläge zur Verbesserung der Agitationsarbeit der Partei“ beitragen.

In den „Vorschlägen“ wird bei der Darlegung „neuer Momente im Denken der Menschen“ nach einer m. E. richtigen Aufzählung aller Vorbehalte und Unklarheiten über die DDR, die heute noch in der Bundesrepublik zu finden sind, die Feststellung gesetzt: „Gleichzeitig beginnen sich die Vorstellungen über die DDR in einzelnen Punkten zu wandeln.“

Das stimmt in Bezug auf alle Bevölkerungsgruppen und in vielen Fragen. Wenn man in dieser Hinsicht die heutige Situation z. B. mit den 50iger Jahren vergleicht, wird das ganz offensichtlich. Und bemerkenswert für uns ist, daß in Arbeiterkreisen immer mehr Überlegungen über die wirtschaftliche Stabilität der DDR angestellt, die bundesrepublikanische Unsicherheit durch Kurzarbeit, Entlassungen und Abbau der Sozialleistungen mit den gesicherten Arbeitsplätzen und dem wachsenden Lebensstandard in der DDR verglichen werden. Die Ursache solcher Überlegungen sind oft die eigene Lage und die Sorge um die Zukunft. Und je mehr sich in der Arbeiterklasse die Aufgeschlossenheit für Diskussionen über Grundfragen

der gesellschaftlichen Ordnung entwickelt, umso mehr werden wir mit der Notwendigkeit konfrontiert, unser Wissen über die sozialistische Gesellschaft in der DDR zu verbreiten.

Dabei kann man gewissermaßen von einer Monopolstellung der Kommunisten sprechen. Denn zur Praxis der antikommunistischen Propaganda in der Bundesrepublik gehört nicht nur die Verbreitung von Lügen und Halbwahrheiten, sondern die Zurückhaltung von Informationen über die DDR, direkt die Schaffung von sogenannten weißen Flecken in der Meinungsbildung, d. h., in diesem Fall wird bewußt das Informationsbedürfnis nicht befriedigt. Klagen darüber sind selbst von namhaften Personen aus dem Bereich der Presse und des Rundfunks zu hören. Und dabei wird vor allem kritisiert, daß es in der Bundesrepublik zwar hektisch produzierende Nachrichtenquellen über die DDR gibt, die aber nach aller Erfahrung „mit Vorsicht zu genießen sind, weil bei ihnen die Gesinnung des kalten Krieges Pate steht“ und bei genauem Hinsehen „die Feindseligkeit der Unternehmervverbände gegen die sozialistische Gesellschaft herausklingt“.

Die Ergebnisse dieser nun 20 Jahre währenden Propaganda oder Propaganda-Lücken sind an Meinungssum-

fragen abzulesen, nach denen z. B. der Name des Ministerpräsidenten der DDR von einer hohen Zahl Bundesbürger nicht genannt werden kann, die Stadt Cottbus von einem großen Teil der Befragten in die Volksrepublik Polen verlegt wird oder auch Ansichten über die Mitgliedschaft der SED („drüben müssen alle Menschen Mitglied der SED sein“) geäußert werden, die auch auf diesem Gebiet den bewußt herbeigeführten Bildungsnotstand in der Bundesrepublik grausam offenbaren.

Trotzdem zeigt eine jüngste Meinungsumfrage, die eine große Zustimmung zu Verhandlungen zwischen Stoph und Kiesinger erbrachte, daß sich im Volk trotz der Meinungsmanipulation der vernünftige Menschenverstand durchsetzt.

Einen, wenn man so sagen will, ungesättigten und aufnahmefähigen Markt in der Agitation finden wir vor allem in allen Fragen, die das Leben der Arbeiter und ihre Stellung im Gesellschaftsgefüge der DDR betrifft. Das ist für uns Kommunisten naturgemäß das uns nächstliegende Gebiet und wir müssen uns mehr noch als bisher in allen Einzelheiten dem zuwenden. Das setzt voraus, daß wir selbst informiert sind. Allgemeine Klarheit über die Rolle der Arbeiterklasse in der DDR ist eine Sache. Doch die Agitation braucht mehr — Wissen über alle Einzelheiten des Lebens und Wirkens, der Rechte und Pflichten der Arbeiter in der DDR. Kurz gesagt, die umfassende und sachkundige Information darüber, was das heißt, daß die Arbei-

terklasse die Macht ausübt und wie das geschieht. Damit meine ich nicht, daß wir in trockenen Faktensammlungen, Katalogen oder Statistiken Aussagen z. B. über die Zahl der Arbeiter in Parlamenten oder in anderen Organen der Demokratie in der DDR sammeln sollten. Solche Informationen zu verbreiten, bemühen wir uns nicht erst seit heute. Aber das zeigt nur einen Teil der Macht der Arbeiter. Die andere Seite, wie sie in den Betrieben über die Produktion und ihre eigene soziale und berufliche Gegenwart und Zukunft bestimmen, und vor allem mit welchen Methoden das geschieht, welche Organe sie sich dafür geschaffen haben, welche Rolle dabei die Gewerkschaft spielt usw. ist in Einzelheiten weitgehend unbekannt. Und das sollten wir gewissermaßen erforschen, um es weitergeben zu können. Die Industrie-Reportagen des Gewerkschafters G. Wallraff über die Lage der Arbeiter in den Betrieben der Bundesrepublik sind ein Anreiz, in ähnlicher Weise zu untersuchen, wie der Arbeiter in der DDR lebt, arbeitet und bestimmt.

Wie das in den Vorschlägen der Agitationskommission zutreffend gesagt wird, ist auch dies nicht nur die Aufgabe spezialisierter Agitatoren, sondern aller Genossen. Nach meiner Vorstellung können dazu „Wissen und Tat“ und „Freies Volk“ ebenso beitragen wie alle Genossen, die Gelegenheit haben bei Besuchen in der DDR oder durch Zeitschriften und Zeitungen, sich eingehend zu informieren.

H. S., München

Bündnispolitik für Demokratie, gegen Kultur- und Pressemonopole

Gedanken zu unseren kulturpolitischen Vorschlägen

Ich halte es für wichtig, daß unsere Partei ihren Vorschlägen für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik, die in dem zur Diskussion stehenden Entwurf auch als konkrete Forderungen formuliert sind, eine

* „Wissen und Tat“ veröffentlicht eine ständige Rubrik: „Tatsachen aus der DDR“ und Beiträge über die konkreten Rechte der Arbeiter in den Betrieben. Aber wird schon genügend damit gearbeitet?

sachliche Analyse der Verhältnisse im kulturell-geistigen Leben zugrundegelegt. Dabei wird die Einschätzung, „daß sich auch hier, wie in Wirtschaft und Politik, großkapitalistische Macht etabliert hat“, durch jüngste Entwicklungen treffend bestätigt. Sicher wird man diesen Erscheinungen bei einer Überarbeitung des Entwurfs direkt Rechnung tragen müssen. Ich meine die Vorgänge, die in den letzten Monaten Grund gaben zur öffentlichen Erörte-

rung und sogar zu einer Bundestagsdebatte über die rapide Beschleunigung der Konzentration im Presse- und Verlagswesen.

Es wurde bekannt, daß eine ganze Reihe von Verlagen verkauft wurden, darunter auch solche renommierten Unternehmen wie z. B. der Hamburger Claassen-Verlag, daß weitere zum Verkauf stehen. Das gleiche trifft zu auf viele kleine und mittlere Tageszeitungen; im Bundestag sprach der CDU/CSU-Abgeordnete Schulze-Vorberg davon, daß das „Zeitungssterben“ erst begonnen hat und noch viel größere Ausmaße annehmen wird.

Wenige Konzerne nutzen das Zeitungs- und Verlagssterben skrupellos zum Ausbau ihrer Monopolstellung. Wenn z. B. seit 1955 über 300 Verlage eingegangen sind, so sind das genau die Jahre, in denen der im Entwurf namentlich genannte Bertelsmann-Konzern seine dominierende Machtstellung errang und heute zum größten

„Kultur“-Konzern Westeuropas wurde. Bezeichnend ist, wie dieses Monopol verschleiert wird, indem Verlage, die Bertelsmann sich einverleibte, formal unter altem Namen weiterbestehen. Ob man — um nur einige zu nennen — Bücher des Verlages Sigbert Mohn, Rütten und Loening, Marion von Schröder, Buch und Wissen oder Wissenschaft und Politik kauft, man kauft stets bei Bertelsmann.

Was dieser Konzern im Geschäft mit Büchern, Schallplatten und Filmen ist, ist Springer im Pressewesen — der absolute Herrscher! Es liegt auf der Hand, daß durch das Monopol Springers die Pressefreiheit ebenso in Frage gestellt wird, wie sie durch die Notstandsgesetze gefährdet ist. Über Gefahren für die Pressefreiheit lamentierten sogar in der erwähnten Bundestagsdebatte Abgeordnete und Minister — nur den Namen Springer brachte keiner über die Lippen, der ist offensichtlich tabu.

Bock zum Gärtner gemacht

Um der Unruhe, die das Zeitungssterben hervorgerufen hat, entgegenzuwirken, entschloß sich die Bundesregierung, eine Kommission einzusetzen, die „Vorschläge zur Abwendung der Gefahren für die Pressefreiheit“ ausarbeiten soll. Wäre es der Bundesregierung ernst damit, hätte sie der Kommission gleich den Auftrag erteilen müssen, vor allem einmal den Springer-Konzern zu durchleuchten und Maßnahmen vorzuschlagen, wie seinem Expansionsdrang Einhalt geboten, seine Macht eingeschränkt werden kann. Aber genau das Gegenteil geschah: Axel Cäsar Springer wurde von der Regierung als Mitglied in eben diese Kommission berufen. Der Bock wurde zum Gärtner gemacht! Ich glaube, hier haben wir ein treffendes Beispiel der Verfilzung von Monopol- und Staatsmacht in diesem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem.

Im Lichte dieser Vorgänge wird noch deutlicher, daß Forderungen in unseren kulturpolitischen Vorschlägen, wie z. B.

„Pressemonopole wie der Springerkonzern sind unter demokratische Kontrolle zu nehmen, jede weitere Konzentration im Verlagswesen ist durch ein Gesetz zu unterbinden“

nicht einfach ein Begehren an die Adresse der Regierung sind, sondern demokratische Reformen, die nur durch energischen Kampf aller progressiven Kräfte gegen die Macht des Monopolkapitals realisiert werden können.

Vor allem müssen wir uns wohl darauf orientieren, in der Arbeiterbewegung, in den Gewerkschaften, die Erkenntnis zu verstärken, daß demokratische Reformen auch auf dem Gebiete des kulturell-geistigen Lebens im elementaren Interesse der Arbeiterklasse liegen, ein notwendiger organischer Bestandteil ihres Kampfes für ihre sozialen und demokratischen Rechte ist. Denn in der Macht solcher Monopole wie Springer und Bertelsmann, die ja geistige Herrschaft über Millionen bedeutet, drückt sich deutlich aus, in welchem Maße die kleine Gruppe von Monopolkapitalisten der Arbeiterklasse den ihr gebührenden Einfluß in der Gesellschaft streitig macht. Die großen Kulturkonzerne erweisen sich jeden Tag als Bollwerke gegen jeden demokratischen und sozialen Fortschritt.

Wenn im Grundsatzprogramm des DGB gesagt wird, daß die Gewerkschaften mit dem Kampf für die Aus-

weitung der Mitbestimmung „eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten“ wollen, „die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen“, so erfordert das, den demokratischen Anspruch auf Mitbestimmung in allen Institutionen und Unternehmen, die meinungsbildend tätig sind.

Kampf um demokratische Verhältnisse im kulturell-geistigen Leben erfordert und ermöglicht die Zusammenarbeit, das Bündnis breiter Schichten. Denn in der wachsenden Monopolmacht in diesem Bereich widerspiegelt sich anschaulich der Widerspruch zwischen den Interessen einer Handvoll Milliardäre und den Interessen aller übrigen Klassen und Schichten der Bevölkerung. Zeitungs- und Verlags-

sterben ist nicht nur ein ökonomischer Prozeß; es bedeutet, daß das humanistische Anliegen von Verlegern, die demokratischen Ziele von Redakteuren, auf der Strecke bleiben, daß die Freiheit des Schaffens von Schriftstellern, Künstlern und Journalisten eingeschränkt wird, ihre Abhängigkeit von monopolistischen Kräften sich verstärkt. Zahlreiche Stimmen aus diesen Kreisen belegen, wie sehr unter den Kulturschaffenden das Unbehagen über diese Entwicklung wächst. Ihre Interessen decken sich mit denen der Arbeiterklasse, denn sie alle brauchen Demokratie, die Verwirklichung des Grundgesetzes. Das muß die Arbeiterklasse und die Kulturschaffenden noch enger zusammenführen; dieses Bündnis zu fördern, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Kurt T., Hamburg

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Wie stehen wir zu den bäuerlichen Gemeinschaften und Genossenschaften?

Frage: Sind Gemeinschaften und Genossenschaften der Bauern ein Schutz vor Ruin? Sind sie ein Ausweg? Wie müssen wir als Kommunisten zu diesen neuen Erscheinungen und Aufgaben in der Landwirtschaft stehen?

I.

In der Beantwortung der Frage in unserer Mai/Juni-Ausgabe* sind wir bereits darauf eingegangen, daß die CDU/CSU und ihre Regierungen mit Hilfe des reaktionären Strukturwandels die Bildung kapitalistischer Großbetriebe vorantreiben (Gesundschrumpfung durch Strukturwandel). Gleichzeitig reden die CDU/CSU-Landwirtschaftsexperten und die offizielle Regierungspolitik vom „Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebes“. In zunehmendem Maße entwickelt sich jedoch in den letzten Jahren die gemeinschaftliche und genossenschaftliche Zusammenarbeit der Bauern, in

der Vergangenheit vorwiegend bei den Waren- und Finanzbeziehungen (z. B. Raiffeisengenossenschaften) und jetzt vorwiegend auf dem Gebiet der Produktion.

Gegenwärtig existieren in der Bundesrepublik bereits über 30 000 bäuerliche Gemeinschaften und Genossenschaften der verschiedensten Art. Etwa die Hälfte davon sind Maschinengemeinschaften. Andere Formen sind: Maschinengenossenschaften, Maschinenringe- und Banken, Erzeugergemeinschaften, Obstbaugemeinschaften, Winzergenossenschaften, Aufzuchtgemeinschaften, Betriebs- und Höfegemeinschaften und andere. Aber nicht nur in der Bundesrepublik, sondern

* Grundlagen des Bündnisses von Arbeitern und Bauern, S. 42—44

auch in den anderen kapitalistischen Ländern Europas vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung. In Schweden und Dänemark gibt es z. B. die gemeinschaftliche Viehhaltung, in Holland genossenschaftliche Betriebshilfsdienste. Diese Tatsachen beweisen, daß die Herausbildung der Gemeinschaften ein objektiv notwendiger Prozeß ist, der unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus vor sich geht. Es handelt sich also nicht nur um „Notmaßnahmen“ der Bauern, um sich der drohenden Ruinierung zu entziehen, sondern die Bauern sind auch bemüht, mit der Bildung von Gemeinschaften überlebte Betriebsformen und Strukturen zu überwinden und

die zersplitterte Kleinproduktion durch die rationellere Großproduktion zu ersetzen.

Wie unsere Übersicht zeigt, sind bei den Gemeinschaften die unterschiedlichsten Formen und rechtlichen Grundlagen festzustellen. Um sie aber zu beurteilen, ist nicht in erster Linie ihre Form oder ihr juristischer Status entscheidend, sondern die soziale Zusammensetzung der Mitglieder, der gewählten Organe, die Betriebs- und Wirtschaftsordnung, die innergemeinschaftliche Demokratie und die Stellung gegenüber anderen Unternehmen und Verbänden sowie gegenüber dem Staat.

II.

Durch die rasche Entwicklung der Produktivkräfte im Zusammenhang mit der technisch-wissenschaftlichen Revolution wird die vorwiegend kleinbäuerliche Struktur mit einer durchschnittlichen Hektargröße von knapp 10 ha ein Hindernis für den rationellen Einsatz der Technik und die Anwendung modernerer Produktionsverfahren. Der Arbeitsaufwand in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben liegt zum Teil erheblich über dem notwendigen und anerkannten Aufwand.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus und die unter seiner Herrschaft schnell voranschreitende Konzentration in der gesamten Wirtschaft zwingt daher die Landwirtschaft zu einer starken Konzentration, Spezialisierung und Rationalisierung. Nur dadurch kann den Anforderungen nach einem kontinuierlichen Angebot in großen, qualitativ gleichbleibenden Warenposten entsprochen werden. Bäuerliche Gemeinschaften und Genossenschaften und die damit verbundene Konzentration kommen somit auch den Interessen der Monopole entgegen. Durch vertragliche Bindung (Abkommen mit den Gemeinschaften und Genossenschaften über bestimmte Lieferungen) wollen sie sich die Gemeinschaften unterordnen.

Obwohl wir diese Tatsachen nicht übersehen, müssen wir doch auch erkennen, daß die Konzentration der

landwirtschaftlichen Produktion durch Gemeinschaften und Genossenschaften den Interessen der Bauern (bessere Ausnutzung der Technik, rationellere Produktion, Senkung des Arbeitsaufwands, Schutz vor Ruin) entspricht. Wir müssen beide Seiten beachten, wenn wir zu einer richtigen Einschätzung der bäuerlichen Zusammenhänge kommen wollen.

Daß sich immer mehr Bauern für den genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Weg entscheiden, liegt nicht zuletzt an den Erfahrungen, die die Bauern in den sozialistischen Ländern mit den Genossenschaften machen.

Noch ist die Entwicklung bäuerlicher Gemeinschaften und Genossenschaften nicht die allgemeine Richtung auf dem Lande. Viele Bauern sind abwartend und skeptisch, sehen oft das Unge wohnte einer Arbeit im Kollektiv und fürchten um ihre traditionelle Selbständigkeit. Nach wie vor wirkt auch die antikommunistische Hetze. Die Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR, die auf dem VII. Parteitag der SED sehr überzeugend dargelegt wurde, zieht jedoch immer mehr Bauern an und weckt das Bedürfnis, sich mit den Erfahrungen der Genossenschaftsbauern in der DDR, mit der gegenseitigen Hilfe und genossenschaftlichen Zusammenarbeit eingehend vertraut zu machen. Dieses Suchen sollten wir tatkräftig unterstützen.

III.

Die Haltung der Monopole zu den bäuerlichen Gemeinschaften ist ebenfalls widersprüchlich. Einerseits rüttelt die Bildung gemeinschaftlichen Eigentums an den Grundfesten der auf privatkapitalistischem Eigentum beruhenden kapitalistischen Gesellschaft. Die Verbreitung der Demokratie in und durch die Gemeinschaften widersprechen dem Streben nach kapitalistischer Konzentration und Herrschaft. Andererseits wollen die Monopole die Gemeinschaften für ihre Zwecke, d. h. für die Erhöhung der Profite, nutzen.

Unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Herrschaft wird auch die soziale und wirtschaftliche Stellung

der Beteiligten innerhalb der Gemeinschaften nicht aufgehoben. Die Kleinbetriebe sind oft von den größeren Besitzern abhängig. Unter den staatsmonopolistischen Bedingungen ist die Wirksamkeit der Gemeinschaften oft schwierig und auch fast ohne staatliche Unterstützung. Aber dennoch ist dieser Weg richtig, weil die Bauern sich so auf die neuen Aufgaben in einer sich ändernden Welt vorbereiten. Wir müssen die Bauern überzeugen, daß die Arbeiterklasse auf diesem Wege ihr natürlicher Bündnispartner ist. Im gemeinsamen Kampf lassen sich die Möglichkeiten, die gegeben sind, besser nutzen.

IV.

Es wurde die Frage gestellt, ob Gemeinschaften und Genossenschaften die Alternative für die Bauern sind. Sicherlich ist es richtiger, zu sagen, eine Alternative. Es wäre nämlich falsch, würden wir nur die Entwicklung bäuerlicher Zusammenschlüsse in den Mittelpunkt unserer Agrar- und Bündnispolitik stellen. Das wäre unter den gegebenen Bedingungen zu eng gefaßt und wir würden viele Bauern abstoßen. Heute muß unsere Partei auch noch andere Formen der Sicherung der Existenz sowohl der Arbeiter als auch der Bauern vertreten. Unsere Partei hat in ihrem Wirtschaftsprogramm die Aufgaben und unsere Forderungen klar und knapp entwickelt.

Wir Kommunisten sind der Meinung, daß die Landwirtschaft staatlich zu fördern ist. Wir schlagen garantierte Erzeugerpreise, billige Kredite, Steuerermäßigungen und — soweit notwendig — gezielte Subventionen vor. Wir sind der Auffassung, daß auf diesem Wege alle Bauern, jenen, die schon in Genossenschaften und Gemeinschaften arbeiten und jenen, die ihren Einzelbetrieb bewirtschaften, geholfen werden kann. In unserem Wirtschafts-

programm wird aber auch das Ziel einer höheren Produktivität in der Landwirtschaft hervorgehoben und festgelegt: „Eine höhere Produktivität der Landwirtschaft ist vor allem dadurch anzustreben, daß Gemeinschaften und Gemeinschaftseinrichtungen, zu denen sich die Bauern zusammenschließen, staatlich unterstützt werden.“

Für die Verwirklichung dieser Forderungen müssen sich alle Bauern mit den Arbeitern zusammenschließen. Die Zusammenschlüsse der Bauern können dabei eine wesentliche Rolle spielen, wenn sie sich demokratisch entwickeln und von den Monopolen und ihrer Politik klar abgrenzen.

Unsere Partei hat die Aufgabe, die Arbeiterschaft darauf zu orientieren, die bäuerlichen Zusammenschlüsse (wie auch solche im Handwerk!) zu unterstützen, die Bauern von den Möglichkeiten und Vorteilen der Gemeinschaftsarbeit zu überzeugen und für die Demokratie in den Gemeinschaften und ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Finanzkapital einzutreten. Eine solche Politik fördert das Bündnis für die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Bauern.

Hört den deutschen Freiheitssender 904

Jeden Abend um 19.00 Uhr, 21.00 Uhr, 22.30 Uhr

Jeden Morgen um 4.30 Uhr, 5.00 Uhr, 5.30 Uhr

• Hört die Welle des Deutschen Freiheitssenders 904 = 331,9 m! •

Berichte, Dokumente, Tatsachen

Was will das Russell-Tribunal?

Fünf Fragen zur amerikanischen Aggression in Vietnam will das sogenannte Russel-Tribunal untersuchen, das auf Initiative des britischen Nobelpreisträgers Lord Bertrand Russell gegründet worden ist.

Die fünf Fragen lauten:

1. Haben die Regierungen der USA, Australiens, Neuseelands und Südkoreas gemäß internationalen Gesetzen Aggressionshandlungen begangen?

2. Hat die USA-Armee neue Waffen angewendet und erprobt, die nach den Kriegsgesetzen verboten sind?

3. Sind Objekte bombardiert worden, die ausschließlich ziviler Natur sind?

4. Verstößt die Behandlung vietnamesischer Gefangener gegen die Kriegsgesetze, und ist die Zivilbevölkerung Repressalien ausgesetzt worden?

5. Sind Zwangsarbeitslager eingerichtet und ist die Zivilbevölkerung verschleppt worden?

Anfang Mai tagte das Tribunal in Stockholm in einer ersten Sitzungsperiode. 15 Mitglieder der Jury — Juristen, Wissenschaftler und Parlamentarier

aus 13 Ländern — prüften Gutachten, Zeugenaussagen und Berichte von Kommissionen, die sich in Vietnam aufgehalten hatten. Zu den Mitgliedern des Tribunals gehören u. a. der französische Philosoph Jean Paul Sartre, der türkische Parlamentsabgeordnete Mehmet Ali Ayber, der amerikanische Journalist Dave Dellinger und Prof. Wolfgang Abendroth aus der Bundesrepublik. Ihre politischen Auffassungen sind unterschiedlich. Aber sie stellten sich freiwillig, ohne Auftrag irgendeiner Regierung, zur Mitarbeit in diesem Tribunal zur Verfügung, das die Verstöße der USA gegen international geltende Gesetze und Übereinkommen, gegen das Völkerrecht, in Vietnam beweiskräftig belegen will.

Nicht ein Gerichtsverfahren mit abschließender Verurteilung ist das Ziel und der Sinn des Tribunals, sondern eine auf Sachlichkeit der Untersuchungen fußende moralische Anklage gegen die Aggressoren in Vietnam. Auf diese Weise wird das Tribunal dokumentarische Beweise über den Bruch des Völkerrechts durch die USA in Vietnam verbreiten und an das Gewissen der Völker und Regierungen appellieren.

Die Opfer klagen an

Vier Opfer der amerikanischen Bombenüberfälle in Vietnam, darunter ein Kind und eine 22jährige Lehrerin, waren die Hauptzeugen des Tribunals. Der 9jährige Do van Ngoc hatte am 16. Juni 1966 auf der Weide Büffel gehütet, als er von amerikanischen Flugzeugen mit Napalm-Bomben angegriffen wurde und Verbrennungen 3. Grades erlitt. Gutachten und Röntgenaufnahmen über die Verletzungen dieses vietnamesischen Kindes lieferte das karolinische Krankenhaus in Stockholm als Beweismaterial.

Alle Zeugen aus Vietnam betonten, daß in der Nähe ihrer Dörfer, wo sie von Napalm-, Phosphor- oder Kugelbomben verletzt wurden, keine militärischen oder industriellen Anlagen vorhanden waren.

Ein Wissenschaftler, früher Offizier im französischen Generalstab, analysierte die Wirkung der berichtigten amerikanischen Kugelbombe, die im Umfang einem Tennisball gleicht, 640 scharfkantige Kugeln in sich birgt und über der Erde in einer Höhe explodiert, die der Größe des Menschen entspricht. Der Sachverständige erklärte: diese Kugelbomben haben keine Wirkung gegen militärische und industrielle Anlagen, sie sind eine Waffe zur Ausrottung der Zivilbevölkerung. Man muß diese Bombe verbieten.

Berichte der Untersuchungskommissionen enthalten Angaben über amerikanische Bombenangriffe auf Krankenhäuser, Dämme und Deiche, Pagoden und Kirchen, Reisfelder, Wälder und Dörfer. Aus ihnen geht hervor,

daß in den vergangenen 12 Monaten 300 Krankenhäuser, 294 Schulen und 133 Kirchen und Pagoden in Vietnam durch amerikanische Bomber zerstört wurden.

Der japanische Wissenschaftler Prof. Tsetsure Tsurushima berichtete vor dem Tribunal, daß das Wasserreservoir von Suoi Hai in der Provinz Ha Tay — eines der größten Staubecken in der DRV — allein in der Woche vom 9. bis 16. September 1966 43mal bombardiert wurde.

Im Kreuzverhör des Weltgewissens

An das Tribunal wandte sich Prinz Sihanouk, der Staatschef Kambodschas, mit einer Anklage gegen die USA, die durch laufende Grenzübergriffe und Angriffe auf kambodschanische Dörfer die Neutralität seines Landes verletzen.

Beweise für die Aggressionshandlungen und den Bruch des Völkerrechts durch die USA, wie den bewußten Verstoß gegen das Genfer Abkommen von 1954, legten die amerikanischen Wissenschaftler Prof. J. B. Neilands, Prof. Gabriel Kolko und Samuel Rosenwein dem Tribunal vor.

Der italienische Parlamentsabgeordnete und Rechtswissenschaftler Prof. Lelio Basso, der selbst Vietnam besuchte, analysierte die vorgelegten Zeugenaussagen und Studien anhand offizieller Erklärungen namhafter

Beweismaterial über die Zerstörung ziviler sanitärer und medizinischer Einrichtungen lieferten schwedische und japanische Mediziner.

Andere Experten, die in der DRV in einem Gefangenenlager Gespräche mit amerikanischen Piloten geführt hatten, gaben die Erklärungen der namentlich genannten Piloten zu Protokoll, nach denen vorgesetzte amerikanische Offiziere die Bomber-Besatzungen direkt anweisen, zivile Ziele anzugreifen.

amerikanischer Politiker und definierte die Bombardierung der DRV als Kriegsverbrechen. Er sagte: Wir dürfen nicht schweigen, damit nicht das Unrecht der Stärkeren zur legalen Praxis wird.

Die Schlußerklärung der ersten Sitzungsperiode des Tribunals verlas Jean Paul Sartre:

„1. Haben die Regierungen der USA, Australiens, Neuseelands und Südkoreas Aggressionshandlungen begangen? Das Tribunal antwortet einhellig mit Ja. 2. Sind Objekte bombardiert worden, die ausschließlich ziviler Natur sind? Das Tribunal antwortet einhellig mit Ja.“

In der nächsten Sitzungsperiode will sich das Tribunal mit den anderen von ihm aufgeworfenen Fragen befassen.

Wer schweigt, klagt sich an

Stehen auch vor diesem Tribunal ebenso Kriegsverbrechen zur Untersuchung, wie das in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen der Fall war — ein Unterschied ist bemerkenswert in Bezug auf die internationalen Aktivitäten, zu denen das Tribunal beitragen will. Der Unterschied, daß die Nürnberger Prozesse nach der Niederlage der faschistischen Machthaber in Deutschland geführt wurden, während das Russel-Tribunal Beweise gegen die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam noch während der verbrecherischen Handlungen zusammenträgt, um zur Beendigung der Aggression beizutragen. Das ist eine internationale Hilfe für den nationalen Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes.

Die Reaktionen der schwedischen Öffentlichkeit im Verlauf der Stock-

holmer Tribunal-Tagung zeigt den erfolgreichen Einfluß der Arbeit des Tribunals. Zeigte anfangs die öffentliche Meinung in Schweden z. T. noch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem Tribunal, so bewirkten die eindrucksvollen und erschütternden Beweisführungen und Zeugenaussagen vor dem Tribunal, sowie die Sachlichkeit und Gründlichkeit der Fragestellungen von seiten der Jury eine Wandlung. Die größte schwedische Gewerkschaft sagte dem Tribunal moralische und materielle Unterstützung zu. Das schwedische Fernsehen begann mit einer ausführlichen Berichterstattung über das Tribunal, und namhafte schwedische Kulturschaffende appellierten an die Presse, objektiv über die Tagungen des Tribunals zu berichten.

Stimmen in aller Welt werten die erste Sitzung des Tribunals als einen

Erfolg. Die internationale Öffentlichkeit kann sich den „überwältigenden Beweisen für den wohlbedachten Einsatz von menschenvernichtenden Bomben gegen zivile Bevölkerungszentren“ („New Statesman“, 12. 5. 67) durch die USA in Vietnam nicht entziehen.

Sartre hat in einem Telegramm der amerikanischen Regierung angeboten,

alle Beweise zu dieser Frage jedem beliebigen Kongreßausschuß vorzulegen und den führenden Experten des Tribunals nach den USA zu entsenden, damit er öffentlich befragt werden kann. Die amerikanische Regierung hat nicht geantwortet.

Claudia Kerst

Tatsachen aus der DDR

Der Perspektivplan der DDR bis 1970

Am 26. Mai 1967 beschloß die Volkammer ein Gesetz über den Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft bis 1970. Aus diesem Gesetz veröffentlichen wir einige der wichtigsten Angaben und Zielsetzungen. Dieser Plan, der durch die Beschlüsse des VII. Parteitages der SED seine große Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft und die Friedenspolitik der DDR mit großem Nachdruck erhalten hat, zeigt die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaftsordnung gegenüber der Wirtschaftsordnung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik. Kein Bonner Minister weiß zur Zeit, was in den nächsten zwei Monaten sein wird, während die Bevölkerung und die Marxisten in der DDR mit dem Plan klar in die Zukunft blicken.

Das Nationaleinkommen erhöht sich bis 1970 gegenüber 1965 auf 128 bis 132 Prozent.

Die Arbeitsproduktivität in der Industrie wird auf 140 bis 145 Prozent und in der Landwirtschaft auf 130 bis 135 Prozent steigen.

Der Umfang der Investitionen ist auf 148 bis 152 Prozent zu erhöhen.

Das Realeinkommen der Bevölkerung wird bis 1970 auf 119 bis 121 Prozent anwachsen.

Die Industrieproduktion ist bis 1970 auf 137 bis 140 Prozent zu erhöhen. Eine Konzentration der Mittel und Kräfte sowie ein höherer Produktionszuwachs sind insbesondere in der Elektrotechnik und Elektronik, im wissenschaftlichen Gerätebau, in der zweiten Verarbeitungsstufe der Metallurgie, in

der chemischen Industrie, im Maschinenbau, in der Leichtindustrie und in der bezirksgeleiteten Industrie zu erreichen.

Überdurchschnittliche Steigerungsraten sind u. a. vorgesehen bei der Produktion von synthetischen Faserstoffen, Phosphordüngemitteln, Erzeugnissen der Elektroindustrie, BMSR-Anlagen, Transistoren sowie Elektroapparaten.

Das Angebot an Industriewaren steigt im gleichen Zeitraum auf etwa 128 bis 130 Prozent, an Nahrungs- und Genussmitteln auf 118 bis 120 Prozent.

Die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist bis 1970 auf 113 bis 115 Prozent zu steigern, um die Versorgung der Bevölkerung weitgehend aus eigenem Aufkommen zu sichern.

Die Bauproduktion ist bis 1970 auf mindestens 140 Prozent zu steigern.

Im Transportwesen sind 1970 50 bis 55 Prozent der Zugförderleistung der Deutschen Reichsbahn mit modernen Traktionsmitteln durchzuführen.

Die Mittel für Forschung und Entwicklung werden zur Lösung der im Plan festgelegten Aufgaben bis 1970 auf mindestens 180 Prozent erhöht.

Der Warenaustausch der DDR mit dem Ausland soll von rund 24 Milliarden Valutamark (1965) auf 33 bis 35 Milliarden Valutamark im Jahre 1970 steigen. Den bestimmenden Platz in den Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR nehmen weiterhin die Länder der sozialistischen Gemeinschaft ein. Der Warenaustausch mit der UdSSR ist bis 1970 auf 145 bis 150 Prozent zu erhöhen.

Im Zeitraum von 1966 bis 1970 ist der Einsatz von Mitteln für den Neubau von Wohnungen und die Erhaltung des Wohnraums auf 122 Prozent gegenüber 1961 bis 1965 zu erhöhen. Es sind rund 400 000 Wohnungen, darunter mindestens 50 000 durch Um- und Ausbau, zu schaffen.



Die neuen Säulen der Akropolis von Athen!

Zeichnung: Schrade

Die Zahl der Ärzte wird sich je 10 000 Einwohnern von elf (1965) auf etwa 15 im Jahre 1970 erhöhen.

Weitere 40 000 Kinderkrippenplätze, 125 000 Kindergartenplätze und 100 000 Plätze in Einrichtungen der Tageserziehung entstehen bis 1970.

Verbesserung der Lebenslage

Der Ministerrat der DDR hat am 3. Mai 1967 wesentliche Verbesserungen der Lebenslage der Werktätigen der DDR beschlossen. Die Beschlüsse wurden vom VII. Parteitag der SED vorgeschlagen. Sie sehen u. a. vor:

5-Tage-Woche

Es wurde beschlossen, ab 28. August 1967 die durchgängige Fünf-Tage-Arbeitswoche mit einer wöchentlichen Arbeitszeit bei ein- und zweischichtiger Arbeit von $43\frac{1}{4}$ Stunden und bei dreischichtiger bzw. durchgehender Arbeitszeit von 42 Stunden einzuführen. Zur Vorbereitung und Durchführung der 5-Tage-Arbeitswoche wurde eine gemeinsame Zentrale Kommission des

Ministerrates und des Bundesvorstandes des FDGB gebildet.

Mindesturlaub erhöht

Der Ministerrat beschloß die Verordnung über die Gewährung eines Mindesturlaubs von 15 Werktagen ab 1967 für Werktätige, die in einem Arbeitsrechtsverhältnis stehen. Schwerbeschädigte erhalten zusätzlich einen Zusatzurlaub. Mit der Festsetzung des Mindesturlaubs auf 15 Tage erhöht sich für 1,5 Millionen Werktätige der Urlaub.

Neuer Mindestrentensatz

Mit dem Beschluß, die Mindestrenten von monatlich 129,- MDN auf 150,- MDN zu erhöhen und eine freiwillige Versicherung für eine Zusatzrente einzuführen, werden bedeutsame vom VII. Parteitag vorgeschlagene soziale Maßnahmen verwirklicht. Sie treten am 1. Juli 1968 in Kraft. Von diesem Zeitpunkt ab werden die Renten nach dem Arbeitseinkommen der letzten 20 Jahre und der Dauer der Berufstätigkeit bestimmt und mit der Erhöhung der Mindestrente neu festgelegt.

